Reagan raus! Seite 6

1 H 3752 C

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Werbeexemplar

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 23 vom 11. Juni 1982 | 16. Jahrgang | 1 DM



„Hände weg von Zanker" riefen die 1000 Beschäftigten des Zanker-Werkes in Tübingen immer wieder auf Deutsch, Spanisch, Italienisch, Jugoslawisch und Türkisch, als sie am letzten Freitag die Arbeit niederlegten und auf die Straße gingen. Am Tag davor hatte die Geschäftsleitung des zum AEG-Konzern gehörenden Waschmaschinen- und Wäschetrocknerherstellers der Belegschaft total überraschend mitgeteilt, daß das Werk bis Ende 1983 stufenweise stillgelegt werden soll. Die Arbeiter reagierten mit Wut und Empörung. Es kam sofort zu spontanen Streikaktionen. Bei der Kundgebung am Freitag auf dem Tübinger Rathausplatz riefen die Kollegen in ohrenbetäubenden Sprechchören: „Nieder mit den Bossen, nieder mit dem Kapitalismus!" (ausführlicher Bericht auf Seite 5)

Unter fadenscheinigen Vorwänden

Israels Überfall — Gefahr für den Weltfrieden!

Wieviele Aggressionen kann Begin noch begehen?

Am Wochenende wurde die israelische Militärmaschine in Marsch gesetzt: drei Panzerkolonnen, Kriegsschiffe und zahllose Bomber überfielen den benachbarten Libanon. Hunderte von Todesopfern unter der Zivilbevölkerung. Die meisten Todesopfer forderte ein verbrecherischer Bombenangriff auf das Stadion von Beirut, wo gerade Bergungsarbeiten nach der ersten Bombenwelle im Gange waren. Dieser Überfall auf den Libanon ist der Höhepunkt der neuen israelischen Offensive, die sich seit dem Bombenangriff auf ein irakisches Atomkraftwerk im letzten Jahr mit der brutalen rassistischen Besatzungspolitik fortgesetzt hatte. Daß beim jetzigen Überfall die Stellungen der UNO-Friedenstruppe einfach überrannt wurden, beweist nochmals nachdrücklich, wie wenig sich Begin und seine Hintermänner um die Weltmeinung kümmern.

Schon seit mehreren Wochen hatte die Regierung Begin immer heftigere Drohungen gegen den Libanon ausgestoßen. Das Attentat auf den Pariser Botschafter wurde jetzt als einer der beiden Gründe für den Überfall der israelischen Armee angegeben. Dies ist eine Begründung ganz im Stil chauvinistischer Strafexpeditionen der imperialistischen Großmächte.

Und auch der zweite Grund ist ein bloßer zynischer Vorwand: es gehe darum, die PLO so weit nach Norden zu drängen, daß sie mit ihren Waffen das israelische Gebiet nicht mehr erreichen könnte.

Die Tatsache allein, daß ausschließlich Zivilisten unter den Opfern des Bombenterrors sind und keine Angehörigen bewaffneter PLO-Einheiten, zeigt, wie erlogen diese Behauptung ist. Und selbst einmal vorausgesetzt, die israelische Mär von den Terroristennestern sei wahr, so wäre so ein Vorgehen wahrhaftig nicht geeignet, sie zu beseitigen. Aber es gibt sie ja auch gar nicht. Was es gibt, das sind Flüchtlingslager, die durch die israelische Vertreibungspolitik geschaffen wurden. Und daß dort keine israelfreundliche Stimmung herrscht, das dürfte auf der Hand liegen. Natürlich ist dort die PLO als Vertreterin der nationalen Interessen der Palästinenser stark vertreten. Und darum ging es und geht es bei diesem Überfall unter anderem: die PLO, die Organisation des Widerstands zu zerschlagen. Es ist nicht der erste Versuch in diese Richtung und auch er wird scheitern, denn solange es Palästinenser gibt, wird es auch die PLO geben.

Das zweite Ziel Israels ist es, die strategischen Stellungen der eigenen Armee im Libanon auszubauen, einen Schritt hin zu tun, zu einem weiteren großen Waffengang mit den arabischen Nachbarstaaten. Der Süden des Libanons wird ja bereits durch israelische Söldnertruppen kontrolliert. Auf die Gefahr eines Zusammenstoßes mit syrischen Truppen angesprochen, zuckte der israelische Militärsprecher denn auch nur mit den Schultern.

Dieses freche, brutale Vorgehen kann sich Begin erlauben, weil er zum einen im Inneren keine Opposition fürchten muß: die sozialdemokratische Partei hat auch zu diesem kriegerischen Akt ihre Zustimmung gegeben.

Zum anderen glaubt er auch international nichts befürchten zu müssen. Denn das längst bankrotte Israel wird ja nur noch durch die täglichen Dollarströme aus den USA am Laufen gehalten und die USA haben bisher, was sie auch immer sagten, jede israelische Aktion praktisch gebilligt.

Jetzt muß endlich gehandelt werden! Es darf nicht dabei bleiben, Begin in Resolutionen und Entschließungen zu verurteilen! Es müssen Maßnahmen gefordert werden, die seiner Kriegstreiberei ein Ende machen, internationale Sanktionen aller Art! Je mehr man ihn machen läßt, desto mehr verschärft sich die Gefahr, daß er die Lunte für den Pulverkessel Nahost legt — das muß verhindert werden! Sofortiger Rückzug der israelischen Aggressionstruppen!



Bürgerschaftswahl in Hamburg

Keine Mehrheit für neuen Senat

KPD bekommt 720 Stimmen

In Hamburg setzte sich der Trend aus den letzten Landes- und Kommunalwahlen ungemindert fort: Die SPD mußte schwere Verluste (minus 8,7 Prozent gegenüber 1978) hinnehmen; die CDU gewann 5,6 Prozent dazu und ist jetzt mit einem Mandat Vorsprung vor der SPD die stärkste Fraktion in der Bürgerschaft; die Grün-Alternative Liste (GAL) erreichte 7,7 Prozent und wird mit neun Abgeordneten in das Hamburger Parlament einziehen.

Auch in Hamburg erlitt die SPD die größten Verluste in ihren traditionellen Hochburgen in den Arbeitervierteln, eine deutliche Quittung für den gegen die Interessen der Werktätigen gerichteten Kurs dieser Partei. Wie bei früheren Wahlen blieb ein Teil ihrer Stammwähler zu Hause, ein anderer Teil wählte alternativ. Offenbar konnte in Hamburg jedoch auch die CDU vom Niedergang der SPD profitieren.

Die FDP, der traditionelle Mehrheiten-Beschaffer für die beiden großen bürgerlichen Parteien, blieb in Hamburg nun schon zum zweiten Mal auf der Strecke. Damit gibt es in der neuen Bürgerschaft weder für Kiep noch für Donanyi eine Mehrheit. Die GAL hat ihre mögliche Unterstützung eines SPD-Minderheitssenats an eine Reihe von Bedingungen geknüpft — beispielsweise den Ausstieg Hamburgs aus dem Brokdorf-Projekt. Die SPD-Führung allerdings hat nicht die geringste Bereitschaft gezeigt, darauf einzugehen. Stattdessen wurde schon in der Wahlnacht der Ruf nach Neuwahlen laut.

Die KPD konnte mit 720 Stimmen ihr Ergebnis von 1978 (880 Stimmen) fast halten, angesichts des starken Sogs der GAL auf das linke Stimmpotential sicherlich ein respektables Ergebnis.

Bemerkenswert am Ausgang der Hamburger Wahl ist auch die Tatsache, daß die von der NPD gesteuerte „Liste für Ausländerstopp" mit 0,7 Prozent weit hinter dem zurückblieb, was sich die Faschisten mit diesem Manöver erhofft hatten. In einigen Wohnbezirken mit hohem Ausländeranteil in Wilhelmsburg lag der Stimmenanteil dieser Liste allerdings bei bis zu 2 Prozent.

In Bonn ist das Ergebnis der Hamburger Wahl von der CDU erwartungsgemäß als Niederlage für Kanzler Schmidt interpretiert worden; die Kräfte der äußersten Reaktion um Franz Josef Strauß haben nach der Wahl ihren Führungsanspruch auf Bundesebene bekräftigt.

Bundesrepublik raus aus der NATO!

Ami go home!

Nun ist er da! Ronald Reagen im Mittelpunkt des NATO-Gipfels, der auf ausdrückliches Verlangen der Bundesregierung in Bonn stattfindet. „In Treue fest zur NATO" könnte man das Programm überschreiben, das in den folgenden Tagen dort abgezogen werden soll. Den inoffiziellen Auftakt zu diesem Thema lieferten die Demonstranten von CDU und CSU vom 5. Juni in Bonn bzw. München, zu denen allerdings insgesamt keine 100000 Leute mobilisiert werden konnten. Die richtige Antwort müssen wir am 10. Juni mit einer machtvollen Demonstration geben, die besonders die kriegstreiberische NATO-Politik ins Schußfeld rückt.

Ein Block der KPD wird dafür sorgen, daß derartige klare Forderungen besonders in dem Zug zum Ausdruck kommen, der als einziger durch die Innenstadt von Bonn führt und für den der Sammelplatz am Hauptbahnhof/Th.-Mann-Straße liegt. Aber auch in den anderen Zügen wird sich zeigen, daß die Forderung nach NATO-Austritt und Neutralität zunehmend Anhänger gewinnt.

In Hamburg, wo der 10. Juni kein Feiertag ist, weshalb viele Kriegsgegner nicht an der Bonner Demonstration teilnehmen können, fand bereits am 5. Juni eine Demonstration statt, an der sich etwa 5000 Menschen beteiligten, darunter auch die KPD. Die DKP, die Jusos und von ihnen beeinflußte Kräfte hatten diese begrüßenswerte eigene Aktivität boykottiert und mit dem völlig haltlosen Vorwurf einer „Spalterdemonstration" bedacht. Ihnen dürfte allerdings auch der Aufruf nicht gepaßt haben, weil er — leider im Gegensatz zu dem für die Bonner Aktion — nicht den Verhandlungsrummel der imperialistischen Supermächte als Beispiel für den Friedenskampf hinstellte.



Kommentar der Woche

In weiten Kreisen der westdeutschen Friedensbewegung gilt es als ausgesprochen unfein, irgendeinem der für die Hochrüstung in West und Ost verantwortlichen Politiker die Absicht zu unterstellen, er kalkuliere auch mit dem militärischen Einsatz des unter seiner Regie angesammelten Waffenpotentials. Sicher wird da nicht jeder soweit gehen wollen wie etwa ein Erhard Eppler, der ja meint, Kanzler Schmidt und die Friedensbewegung verfolgten letztlich doch die gleichen Ziele — nur eben auf höchst unterschiedlichen Wegen.

Weitgehende Einigkeit aber besteht darin, daß eigentlich weder der Kreml noch das Weiße Haus — von den jeweiligen „Verbündeten" ganz zu schweigen — den großen Krieg, von dem wir uns alle bedroht fühlen, wirklich wollen. Die blutige Schlacht im Südatlantik jedoch stößt gerade die Friedensbewegung mit der Macht der realen Fakten auf die zwingende Notwendigkeit, solche Positionen radikal zu überdenken.

Falkland-Krieg und NATO

Der Kampf um die Malvinen ist ein anachronistischer Krieg genannt worden, der nicht in unsere Zeit passe und sich nach den Regeln vergangener Zeiten entwickelt hätte. Aber dieser Krieg spielt sich einmal im Jahre 1982 ab; und seine Existenz beweist doch ganz offenkundig, daß der gesellschaftliche Mechanismus, der frühere Kolonial- und auch Weltkriege hervorgebracht hat, immer noch wirkt. Wenn gesagt wurde, im Zeitalter der atomaren Rüstung, der Abschreckung und der internationalen Kontrollsysteme sei Krieg kein Mittel der Politik mehr, dann zeigt Falkland in aller Eindringlichkeit, daß Krieg auch heute die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist.

Niemand wird doch ernsthaft behaupten können, die britische Regierung sei in diesen Krieg ohne ihr Wollen hineingeschlittert. Der Aufmarsch der englischen Armada zum blutigen show down ist vielmehr höchst bewußt geplant und organisiert worden. Auf jeder einzelnen Stufe der britischen Aggression bestand die reale Möglichkeit, auf eine politische Lösung umzuschalten. Aber jede einzelne dieser Möglichkeiten hat die Thatcher-Regierung in klarer Sicht der Folgen ihres Vorgehens ausgeschlagen. Es war ihr Ziel, die Malvinen wieder unter die uneingeschränkte Herrschaft des britischen Imperialismus zurückzubringen. Und dieses Ziel diktierte die Mittel — den hemmungslosen Einsatz der Kriegsflotte, der Blutbad unter den argentinischen Soldaten, das Verheizen der eigenen Truppen und auch die Bombardierung der Zivilbevölkerung auf den Malvinen.

All das hat nun unter den führenden Politikern des Westens bekanntlich keineswegs Proteste ausgelöst. Im Gegenteil: Schmidt und all die anderen haben sich bedingungslos hinter den blutigen Aggressionskrieg des britischen NATO-Partners gestellt. Auch dieser Umstand sollte bei der Friedensbewegung die Alarmglocken schrillen lassen. Nun ist zwar keineswegs zu erwarten, daß auch Thatcher-Freund Schmidt die Bundesmarine zur „Befreiung" irgendeiner entlegenen Inselgruppe ausschicken würde. Aber wie steht es mit den in Bonn immer so lautstark beschworenen Bündnisinteressen?

Die NATO-Gipfelkonferenz in dieser Woche wird doch nicht zuletzt das festschreiben, was die Kriegsminister des Pakts letzten Monat schon vorformuliert haben: Daß nämlich faktisch die ganze Welt Interessengebiet der NATO ist und ihre Mitgliedsländer sich bei militärischen Operationen außerhalb des Nordatlantiks gegenseitig unterstützen sollen.

Sieht man sich den von Washington zügig vorangetriebenen Aufbau einer amerikanischen Eingreiftruppe an, dann kann man ermessen, worauf diese nun offiziell verkündete neue NATO-Doktrin hinausläuft. Die Eingreiftruppe — das haben uns ja die Reagan-Leute selbst wiederholt gesagt — soll vor allem „unsere" Energieversorgung (sprich: die Kontrolle der amerikanischen Multis über die Ölquellen des Mittleren Ostens) sichern. Wie die britischen Imperialisten im Falkland-Konflikt, so setzt auch die amerikanische Supermacht bewußt auf militärische Mittel zur Durchsetzung ihrer ökonomischen und strategischen Interessen.

Und wir? Käme es zum Krieg ums Öl, dank der NATO-Strategie, in die uns die Bonner Regierungen hineingezwängt haben, wären wir mitgefangen. Dann würde nicht nur die wirtschaftliche und politische Unterstützung abgefordert wie jetzt für Thatchers Falkland-Krieg — dann könnte es wieder einmal heißen: The Germans to the front.

Detlef Schneider

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Neue Angriffe auf sozialen Besitzstand

Die „Operation 83" wird vorbereitet

BONN. — „Weitere Kürzungen bei den Sozialleistungen" hält Bundeskanzler Schmidt „für erforderlich", wie er kürzlich bei einer Sitzung der SPD-Bundestagsfraktion erklärte. In Bonn beginnen die konkreten Vorbereitungen für die Beratungen über den Bundeshaushalt 1983. Und der Kanzler selbst stellt jetzt schon klar, daß auch mit der „Operation 83" wieder ein massiver Angriff auf den sozialen Besitzstand der Werktätigen geführt werden soll.

Schmidts neue Minister Lahnstein (Finanzen) und Westphal (Arbeit und Soziales) halten sich, was konkrete Absichten betrifft, zwar gegenwärtig noch bedeckt. Immerhin ist aber jetzt schon durchgesickert, daß unter anderem weitere Kürzungen bei den Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit, im Rentenbereich und auch beim Mutterschaftsgeld geplant sind. Und auch das ist erst ein Anfang.

In den letzten Tagen wurden — vor allem im Lager der Unternehmer — die Stimmen derjenigen immer schriller, die fordern, daß im Rahmen der „Operation 83" das sogenannte soziale Netz endgültig zerfetzt werden solle. Der BDA-Chef Esser beispielsweise hält „eine tiefgehende Reform des Sozialstaats für unumgänglich" und fordert: „Die Sozialhilfe muß auf den Prüfstand". Wolff von Amerongen, Boß der Deutschen Industrie- und Handelskammer, verlangt eine generelle Kürzung aller Sozialleistungen um 10 Prozent. Und die CDU/CSU nimmt solche Forderungen immer unverhohlener in ihr eigenes Programm auf; der Kieler Ministerpräsident Stoltenberg beispielsweise machte letzte Woche noch einmal deutlich, daß nach Ansicht seiner Partei eine Konsolidierung der zerrütteten Staatsfinanzen nur durch drastische Kürzungen bei den Sozialleistungen vollzogen werden könne.

Daß die Bonner Koalition den massiven Forderungen des Kapitals Widerstand entgegensetzen wird, sollte niemand erwarten. Zwar hat der jüngste Parteitag der SPD, der größten Regierungspartei also, eine Reihe von schönen Beschlüssen zur Sicherung des sozialen Besitzstands der Werktätigen gefaßt. Aber schließlich haben ja die SPD-Bosse selbst schon unmittelbar nach München dem Koalitionspartner FDP erklärt, das sei alles nicht so ernst gemeint gewesen. Kein Wunder, daß die Genscher und Co. im Vorfeld der Haushaltsberatungen wieder groß auftrumpfen und erneut die große „Wende" in der Sozialpolitik fordern.

Wobei die Spitzen der SPD offenbar zu dieser „Wende" nicht erst gezwungen werden müssen. Der von Schmidt gefeuerte Arbeitsminister Ehrenberg bestätigte vergangene Woche, daß bei den Haushaltsberatungen im vergangenen Jahr der damalige Finanzminister Matthöfer sowohl die Einführung von Karenztagen bei der Lohnfortzahlung und beim Arbeitslosengeld als auch die Senkung der Rentenbeiträge für Arbeitslose (die von der Bundesanstalt gezahlt werden) **befürwortet** habe. Gerade diese Dinge werden im Rahmen der „Operation 83" mit Sicherheit erneut auf den Tisch kommen. Und Finanzminister Lahnstein wird ihnen sicher nicht weniger wohlwollend gegenüberstehen als sein Vorgänger Matthöfer.

Auf die Forderungen von der SPD-Basis, im kommenden Jahr endlich die Reichen zur Kasse zu bitten, hat Lahnstein erklärt: „Ich kann meine Haushaltsprobleme nicht dadurch lösen, indem ich mich allein an die Besserbetuchten wende. Die bringen beim besten Willen die notwendigen Beträge nicht zusammen." Mit anderen Worten: Nur die Masse kann es bringen. Um die „Lücken" im nächsten Haushalt zu stopfen (gegenwärtig wird mit einem 10-Milliarden-Loch gerechnet), müssen die Millionen Werktätigen herangezogen wrden; die Millionäre zur Kasse zu bitten, lohnt sich angeblich nicht.

Mit dieser Lüge hat auch schon Matthöfer gearbeitet. Tatsächlich aber würde schon eine auf das Vermögen der über 100000 Millionäre in der BRD erhobene fünfprozentige Abgabe 20 Milliarden Mark in die Bonner Staatskasse bringen. Aber genau das wollen die Bonner Sparkommissare ja nicht. Ihre Haushaltsoperationen dienen im Gegenteil einer gigantischen Umschichtung der Einkommen der Werktätigen zugunsten der Kapitalisten. Die Unternehmer sind gerade jetzt erst mit einer zehnprozentigen Investitionszulage beschenkt worden, und für das nächste Haushaltsjahr hat Genscher weitere „Förderung von Investitionen" angekündigt, wogegen sich sicher kein SPD-Minister sträuben wird.

Wir aber, die arbeitenden Menschen, können den alljährlichen Schlägen gegen unseren sozialen Besitzstand nicht tatenlos zusehen. Der Widerstand, der sich jetzt schon überall regt, muß noch viel stärker werden, wobei vor allem die Gewerkschaften gefordert sind, endlich massive Kampfmaßnahmen einzuleiten. Und für die Orientierung dieses Kampfes kann es keine andere Richtung geben als die, daß die Reichen die Krise bezahlen sollen. Nicht die Opfer, sondern diejenigen, die beispielsweise für die Massenarbeitslosigkeit verantwortlich sind, sollen für die Folgen der kapitalistischen Krise aufkommen. Deshalb fordert die KPD:

- **Herabsetzung der Rüstungsausgaben um mindestens 20 Prozent!**
- **Drastische Anhebung der Besteuerung der Profite der Konzerne und Banken!**
- **Faktisches Wegsteuern aller Beträge über 120 000 Mark Jahreseinkommen!**
- **Anhebung der Einkommens- und Körperschaftssteuer ab 80 000 Mark Einzeljahreseinkommen!**
- **Kompromißlose Eintreibung aller Steuerschulden der Banken, Konzerne und Großverdiener!**
- **Durchgreifen gegen die Wirtschaftskriminalität!**



Gewerkschaftsprotest gegen Sparpolitik

RGO-Kollege aus Hamburg in der DDR verhaftet

Ein Mitglied der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition (RGO) aus Hamburg ist gemeinsam mit zwei Bekannten bei einer Transitfahrt durch die DDR verhaftet worden. Die Ortsgruppe Hamburg der RGO verbreitete letzte Woche ein Flugblatt zu diesem empörenden Willkürakt, das wir im folgenden im Wortlaut wiedergeben.

Am 28.5.1982 fuhr der Kollege Horst Brey, Ersatzbetriebsrat der RGO-Liste bei der HDW, zusammen mit zwei Bekannten im Auto nach Berlin, um dort über Pfingsten Bekannte zu besuchen. Die drei kamen dort nicht an. Als sie sich dann am Sonntag nicht, wie abgesprochen, meldeten, begannen sich die Angehörigen Sorge über den Verbleib zu machen.

Nachdem eine Vielzahl von Telefonaten mit der Polizei und mit Behörden in West- und Ost-Berlin keinen Aufschluß brachte, erfuhren sie dann am vergangenen Mittwoch, daß Horst und seine Bekannten auf dem Transit durch die DDR verhaftet worden waren. Die Begründung des Haftbefehls lautet: „Verdacht des Verstoßes gegen das Transit-Abkommen". Im weiteren wird dann gesagt, sie seien „erheblich" von der Transit-Strecke abgewichen. Dies kann nach dem Strafgesetzbuch der DDR mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft werden.


Horst Brey

Da Einzelheiten über die Verhaftung und über die Haftbedingungen von den DDR-Behörden nicht mitgeteilt werden, ist die Ehefrau von Horst, er ist verheiratet und hat drei kleine Kinder, am Mittwoch, dem 2.6. nach Berlin geflogen, um dort direkt mit dem zuständigen Anwaltsbüro in West-Berlin Kontakt aufzunehmen und um eine Besuchserlaubnis zu bekommen und Schritte zur Freilassung der Verhafteten einzuleiten.

Horst Brey ist nicht der erste Kollege der RGO, der Schikanen der DDR ausgesetzt ist. Bereits vor einiger Zeit hat ein Betriebsrat der RGO aus Berlin „Transitverbot" von der DDR erhalten, was für einen Bürger aus Berlin bedeutet, nur noch mit dem Flugzeug Berlin verlassen zu können.

Wir halten es deshalb nicht für ausgeschlossen, daß unser Kollege verhaftet wurde, weil er ein bekanntes Mitglied der RGO ist. Die Begründung des Haftbefehls durch die DDR erscheint uns absurd, zumal jedem, der nach Berlin fährt, bekannt ist, daß er die Transitstrecke nicht verlassen darf. Darin bestärkt sind wir dadurch, daß wir Horst als eine zuverlässigen und gewissenhaften Kollegen kennen, der sich auf keinerlei Abenteuer einläßt. Wir sind empört, daß Horst und seine Bekannten von der DDR wie Kriminelle behandelt werden und fordern deshalb:

Sofortige Freilassung der Verhafteten!

Front machen gegen Ausländerfeindlichkeit

Auch in den Betrieben sind Initiativen nötig

Systematisch heizen reaktionäre Kräfte die Ausländerfeindlichkeit an. Erfreulicherweise engagieren sich zunehmend mehr Menschen gegen diese gefährliche Hetze. Bürgerinitiativen werden gebildet, deutsch-ausländische Freundschaftsfeste gefeiert, Protestdemonstrationen organisiert. Nötig sind jedoch auch mehr Initiativen im Betrieb, am Arbeitsplatz, in der Gewerkschaft.

Sicherlich müssen die oben angerissenen Formen des Widerstands gegen Ausländerfeindlichkeit noch weiter verstärkt und verbreitet werden. Insbesondere das Durchbrechen der gegenseitigen Abkapselung von deutscher und ausländischer Bevölkerung im Wohngebiet oder Stadtteil (wobei beispielsweise deutsch-ausländische Freundschaftsfeste gute Dienste leisten können) ist sehr wichtig.

Es scheint jedoch notwendig, darauf hinzuweisen, daß auch in der sogenannten Arbeitswelt, also am Arbeitsplatz, in den Betrieben und nicht zuletzt in der Gewerkschaft gezielt gegen die Ausländerfeindlichkeit Front gemacht werden muß.

Die untenstehende Arbeiterkorrespondenz aus Lübeck greift einmal ein ganz gewöhnliches, alltägliches Beispiel auf:



Streik bei BMW/Berlin in der Tarifrunde '82. Deutsche und ausländische Arbeiter kämpfen gemeinsam gegen Lohnsenkung

Ein offenbar nicht gerade fortschrittlich eingestellter Kolonnenführer beschimpft auf üble Art einen türkischen Kollegen. Daß man da nicht schweigt, sondern solchen Leuten paroli bietet, ist eine wichtige Sache. Wie der geschilderte Fall zeigt, wird man dabei normalerweise auch Unterstützung von Kollegen erhalten.

Es genügt jedoch nicht, daß man dort jeweils sofort reagiert, wo sich krasse Fälle von Ausländerfeindlichkeit zeigen. Auch im Betrieb muß offensiv und systematisch gegen Ausländerfeindlichkeit Front gemacht werden. So kann man beispielsweise die Belegschaftsversammlung nutzen, um Fälle von Hetze gegen unsere ausländischen Kollegen anzuprangern und zu erklären, wem das nützt, wem es schadet und wie wichtig es ist, daß die deutschen und ausländischen Arbeiter zusammenhalten.

Man kann auch versuchen, gemeinsame Freizeitaktivitäten zwischen deutschen und ausländischen Arbeitskollegen und deren Familien anzuregen und zu fördern. Und es sollte im übrigen klar sein, daß es gerade angesichts der zunehmenden Hetze gegen die ausländischen Kollegen noch wichtiger geworden ist, gegen die Benachteiligung der ausländischen Arbeiter im Betrieb, am Arbeitsplatz vorzugehen (bzw. das Bewußtsein für die Notwendigkeit dafür bei den deutschen Kollegen zu schärfen).

Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit — für uns Kommunisten stellt sich diese Aufgabe im Rahmen unseres grundlegenden Anliegens, jeder Spaltung der Arbeiterklasse entgegenzuwirken und die Kampfeinheit der Arbeiter gegen die Unternehmer und die Regierung herzustellen. Unsere Parole lautete schon von jeher: **„Deutsche und ausländische Arbeiter — eine Klasse, eine Kampffront".**

Unsere Partei wird ihre Anstrengungen in dieser Hinsicht noch erheblich ausweiten. Dazu wird nicht zuletzt das Ausländerprogramm der Partei beitragen, das zur Zeit ausgearbeitet wird. Im täglichen Kampf in den Betrieben müssen wir jedenfalls noch mehr darauf achten, daß die Einheit zwischen deutschen und ausländischen Kollegen hergestellt wird. Unter anderem gilt es auch, die ausländischen Kollegen stärker in gewerkschaftliche- und Belegschaftsorgane (wie den gewerkschaftlichen Vertrauenskörper und den Betriebsrat) einzubeziehen.

In dieser Richtung haben unsere Betriebszellen bis jetzt schon einiges getan. Ein Ausdruck dieser Bestrebungen ist es, daß die Zahl unserer Betriebszeitungen, die zweisprachig (meist in deutsch und türkisch) abgefaßt sind, größer wird. Wir unterstützen alles, was den einheitlichen, geschlossenen Kampf und das solidarische Verhältnis der ausländischen und deutschen Lohnabhängigen fördert. Wir bekämpfen alles, was eine Spaltung entstehen läßt oder vertieft.

IGM-Vertrauenskörper bei MBB

Gegen Duldung ausländerfeindlicher Hetze

Der IG-Metall-Vertrauensleutekörper bei Messerschmidt-Bölkow-Blohm (MBB) in Hamburg (rund 7000 Beschäftigte) verabschiedete auf seiner Sitzung im April ohne Gegenstimme die untenstehende Resolution. Außerdem beschloß der Vertrauenskörper, einen Arbeitskreis gegen Ausländerfeindlichkeit einzurichten.

„In Hamburg tritt in letzter Zeit eine ‚HLA — Hamburger Liste für Ausländerstop und Beseitigung von Mißständen' auf. Die ‚HLA' ist eine Tarnorganisation der NPD. Ihre Kandidatur zur Bürgerschaftswahl ist im wesentlichen auf Ausländerhetze begründet. Diese Liste darf nicht zur Wahl zugelassen werden.

Das Beispiel Kiel zeigt, daß Duldung und Tolerierung rassistischer Hetze die ausländerfeindliche Stimmung erheblich verstärkt.

Wir, die Vertrauensleute von MBB fordern:

Die ‚HLA' darf nicht zu den Hamburger Bürgerschaftswahlen zugelassen werden!"



Gewerkschaft kontra Ausländerfeindlichkeit

DGB soll mehr Farbe bekennen

Es gibt viele aktive Gewerkschafter, die sich gegen Ausländerfeindlichkeit engagieren. Trotzdem kann man nicht behaupten, in dieser Hinsicht seien die Politik und die Aktivitäten des DGB zufriedenstellend.

Von bestimmten Teilen der Gewerkschaftsführung gehen sogar Bestrebungen aus, die eine Förderung der Ausländerfeindlichkeit bedeuten (vom Treiben ausgesprochen ausländerfeindlicher Betriebsratsbonzen einmal ganz abgesehen). Und von einem konsequenten Vorgehen der DGB-Führung gegen die Diskriminierung und die besondere Rechtlosigkeit der ausländischen Kollegen kann überhaupt keine Rede sein.

Was soll es zum Beispiel, wenn die IG-Chemie-Führung einen Appell an das Bundesarbeitsministerium losläßt mit der Forderung, der „ungezügelte Ausländerstrom" müsse gestoppt werden? Was soll es weiter, wenn diese unterschwellig ausländerfeindliche Initiative von der zentralen DGB-Wochenzeitung „Welt der Arbeit" auch noch in großer Aufmachung herausgestellt wird? (vgl. „Welt der Arbeit" vom 3. Juni 1982).

In der gleichen Ausgabe von „Welt der Arbeit" findet sich ein ebenfalls größerer Beitrag, in dem sich der Kopf darüber zerbrochen wird, wie die Bundesregierung durch „Rückkehrprämien" die sogenannte Rückkehrbereitschaft der Ausländer fördern, gleichzeitig aber sogenannte Mitnahmeeffekte verhindern kann. Unter „Mitnahmeeffekt" ist zu verstehen, daß die Prämie auch von Ausländern in Anspruch genommen wird, die ohnedies die Bundesrepublik verlassen wollten. Seltsame Sorgen macht sich da das DGB-Organ!

Statt sich in solches Fahrwasser der offiziellen „seriösen" Form der Ausländerhetze und Diskriminierung zu begeben, wäre es doch die Pflicht der Gewerkschaftsführung, sich für die volle, uneingeschränkte politische und soziale Gleichstellung der hier lebenden und arbeitenden Menschen aus dem Ausland mit den Deutschen einzusetzen!

Das liegt jedoch der DGB-Führung mitnichten im Sinn. Ein trauriges Beispiel für diese für die Gewerkschaftsbewegung letztlich sehr schädliche Haltung lieferte der unlängst in Westberlin abgehaltene DGB-Bundeskongreß. Da lag ein Antrag vor, der das Kommunalwahlrecht für Ausländer forderte; eine sicher nicht besonders weitgehende Reform.

Auf Initiative von reaktionären Spitzenfunktionären wurde dieser Antrag jedoch unter formalen Vorwänden abgelehnt. Die ausländischen Gäste des Kongresses waren darüber schockiert und verließen aus Protest vorübergehend den Kongreßsaal.

Vor kurzem forderte der Bundesverband spanischer Schüler- und Jugendvereine in der Bundesrepublik den DGB auf, in Sachen Ausländerpolitik „mehr Farbe zu bekennen". Der DGB müsse der Ausländerfeindlichkeit konsequent entgegentreten und die repressive Ausländergesetzgebung bekämpfen, meinen die spanischen Jugendvereine. Unserer Meinung nach eine sehr berechtigte Forderung! Die klassenkämpferischen Gewerkschafter müssen auf diesem Gebiet mehr Druck auf die Führungsgremien des DGB und der Einzelgewerkschaften ausüben.

Aus unseren Betriebszeitungen

„Die rote Ziehbank", Betriebszeitung der KPD für Kammerich-Mannesmann (Bielefeld-Brackwede)

Verschärfte Arbeitshetze — Jetzt 6-Tage-Woche?



Die Kammerich-Bosse wollen immer mehr aus uns herausholen. Die Arbeitshetze und die Belastung für uns waren ja schon immer schlimm, aber inzwischen wird es unerträglich.

- **Die 3-Schicht-Arbeit wurde im ganzen Betrieb durchgesetzt. Das bedeutet ein unregelmäßiges Leben (Schlafen etc.). Wenn man über längere Zeit so arbeitet, verkürzt sich die Lebenserwartung um Jahre.**
- **Die Akkordhetze wird immer stärker. So fertigen die Kollegen in Halle 37 inzwischen 14 Achsbrücken in der Stunde und das soll noch auf 15 heraufgeschraubt werden. Auch das geht nur auf unsere Knochen. Man wird öfter und länger krank, die Unfallgefahr steigt erheblich.**
- **Das Letzte: In einigen Abteilungen versuchen Röper & Co. die Kollegen zu zwingen, regelmäßig samstags zu arbeiten. Das heißt 6-Tage-Woche!**

Alles, was dabei herauskommt, ist, daß die Mannesmannaktionäre weiter ihre Dividende einstreichen. Aber wie sieht es bei uns aus?

Wieviel ältere Kollegen haben Herz-, Magen- und Nervenkrankheiten und können sich nur noch mit Medikamenten und regelmäßigen Kuren einigermaßen auf den Beinen halten!

Dann die zunehmende Unfallgefahr, das Familienleben leidet und wenn dann ein Kollege in Rente geht — man kann fast sicher sein: Die Todesanzeige in der NW läßt nicht lange auf sich warten.

Und wie setzen Röper & Co. diese Verschärfungen durch? Nur durch Erpressung und Spaltung.

Sie holen sich jeden Kollegen einzeln ins Büro und nehmen ihn in die Mangel: „Wollen Sie ..."; „Ja oder Nein"; „Ihr Kollege hat eben schon ..."; „Sonst müssen wir Sie entlassen ...".

Und das wird nicht nur bei Arbeitsverschärfungen durchgezogen, sondern auch, wenn ein Kollege mal einen Unfall hatte oder krank war. Und bei der Samstagsarbeit heißt es auch „Wenn Sie nicht wollen, können Sie ja gehen."

Es ist klar, sie wollen unsere Einheit zerstören, unseren Kampf verhindern. Und was macht BR-Vorsitzender Paul Winking? Er fragt nicht lange — er stimmt allem zu!

Dagegen wehren kann für uns nur heißen: Einheit und Geschlossenheit. Sprecht euch vorher ab. Nehmt zu den „Gesprächen" bei der Betriebsleitung einen BR oder Vertrauensmann mit, dem ihr vertraut.

„Du klaust meiner Tochter die Zukunft"

Arbeiterkorrespondenz aus Lübeck

Was ich euch zu berichten habe, ist eine weniger schöne Geschichte, die sich heute im Betrieb bei uns ereignet hat.

Ich arbeite auf einer Werft in der Rohrschlosserei. Wir haben einen ziemlichen Anteil an türkischen Kollegen. Ausgerechnet der kleinste und älteste türkische Kollege wurde heute das Angriffsziel eines Menschen, der sich auch noch Kolonnenführer nennt. Auf die widerlichste Art und Weise hat er den Kollegen beschimpft und ihn aufgefordert, in dieTürkei zurückzugehen.

„Du klaust meiner Tochter die Zukunft" — „Du bist bei uns ja reich geworden" — „Ihr gebt ja hier kein Geld aus". — Das waren noch die harmlosesten Sprüche, die dieser Typ brachte.

Ich habe natürlich sofort eingegriffen. Daß ich diesen Kolonnenführer nicht von seinem falschen Standpunkt abbringen konnte, ist wohl nicht verwunderlich. Der hat angefangen rumzubrüllen. Noch saurer wurde er, als ich mich dadurch nicht einschüchtern ließ, sondern ihm ruhig gesagt habe, daß er mit seiner Ansicht durchaus nicht die Meinung aller vertrete.

Ein weiterer Kolonnenführer, der schon älter ist, hörte zufällig von dem Streit, als er vorbei ging. Er kam hinzu und hat mich unterstützt.

Der türkische Kollege war total außer sich. Ich konnte ihm aber klarmachen, daß nicht alle deutschen Kollegen so denken. Nachher haben wir noch im Bus zusammengesessen und uns unterhalten. Zuerst war mein türkischer Kollege erstaunt, daß ich mich zu ihm setzte. Aber nach ein paar Minuten taute er auf.

Nur schade, daß wir ziemliche Sprachschwierigkeiten bei unserer Unterhaltung hatten. Verstanden haben wir uns trotzdem.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld 1**, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum**, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 **Dortmund 1**, Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231 / 832328, geöffnet: Mo, Mi, Fr 17 - 19 Uhr.

4600 **Dortmund 30**, Zentrales Büro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 / 92.

4100 **Duisburg 12**, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203 / 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Fr 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

6000 **Frankfurt 60**, Kontaktadresse: Peter Stecay, Linnéstr. 13, Tel.: (0611) 491918

2000 **Hamburg 6**, Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 4300709, geöffnet: Mo - Fr 15 - 18 Uhr, Fr 11 - 13 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

7100 **Heilbronn**, Kontaktadresse: F.-Helmut Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1

2300 **Kiel 1**, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo, Di + Fr 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Mi 9 - 13 Uhr, Do 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit", Marienstr. 37 a, Tel.: 0221 / 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: Willi Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621 / 523966.

8500 **Nürnberg**, Parteibüro der KPD, Humboldstr. 103, Tel.: 0911 / 438043, geöffnet: Mi - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.

4500 **Osnabrück**, Kontaktadresse: Ralf Czogalla, 4506 Hagen a. TW, Sperberstr. 5.

7000 **Stuttgart 1**, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mi 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.

ÖTV-Vorsitzender Kluncker zurückgetreten

Für die Arbeiterbewegung kein Verlust

Der überraschende Rücktritt des langjährigen ÖTV-Vorsitzenden Heinz Kluncker wurde in Unternehmerkreisen und bei den etablierten Politikern mit außerordentlichem Bedauern aufgenommen. Dies hat seine Gründe. Auf seine Art war Kluncker sicherlich ein Gewerkschaftsführer mit besonderen Fähigkeiten. Freilich nicht im Sinne des Kampfes für die Interessen der Arbeiterklasse. Dieser Kampf war es nicht, der Heinz Kluncker im Sinn lag.

Er ist ein rechter SPD-Mann. Unter den Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften des DGB zählte er stets zum weit größeren Lager derjenigen, die ohne Wenn und Aber auf der Position der Sozialpartnerschaft stehen, dem Standpunkt der Anpassung an die Interessen des Kapitals, an die reaktionäre imperialistische Politik des Bonner Staates.

Wenn Kluncker als ein Vertreter dieser Kategorie von DGB-Bonzen dennoch auch heute noch ein verhältnismäßig gutes „Image" hat, wenn er unter der Masse der Gewerkschaftsmitglieder noch ein gewisses Ansehen genießt und in geringerem Maße als Freund und Komplize der Herrschenden erkannt und durchschaut wurde, wie andere rechte DGB-Führer, so sicherlich vor allem deshalb, weil er durch sein Auftreten oftmals den Eindruck (oder besser: die Illusion) zu erwecken vermochte, er sei ein harter Gegner der „Arbeitgeber", einer, der rücksichtslos Gewerkschaftsforderungen durchsetzt, ein Mann von festen und ehrlichen gewerkschaftlichen Grundsätzen.

Jüngstes Beispiel der Imagepflege des Heinz Kluncker: Sein geschickt in Szene gesetzter Auftritt im Berliner Kongreßzentrum nach der Wahl von Ernst Breit zum neuen DGB-Vorsitzenden, als er, der schwergewichtige ÖTV-Chef, dem Nachfolger Vetters den symbolträchtigen Besen überreichte.

Auf diese Weise sollten Illusionen erweckt werden, als würde jetzt, mit der „neuen Mannschaft" an der Spitze des Dachverbands, tatsächlich Ernst gemacht mit dem von der Basis so nachdrücklich geforderten Ausmisten in den Führungsgremien des Gewerkschaftsapparates.

Ganz nebenbei profilierte Kluncker dabei natürlich noch sich selbst als der große Saubermann im DGB, der ja bereits im Vorfeld des DGB-Kongresses dafür gesorgt hat, daß Alois Pfeiffer seine Kandidatur für die Vetter-Nachfolge zurückziehen mußte.

In Wirklichkeit kann natürlich von einem Ausmisten überhaupt nicht die Rede sein. Die fällige Auseinandersetzung über den sogenannten „Neue-Heimat-Skandal", über seine Ursachen und Folgen, über das mehr als fragwürdige Konzept der „Gemeinwirtschaft", über den sichtbar gewordenen unergründlichen Sumpf an den Spitzen des Gewerkschaftsapparates und die Wege zu dessen Trokkenlegung — sie wurde nicht im geringsten geführt sondern total unter den Teppich gekehrt.

Daß dies in dieser radikalen Form überhaupt möglich wurde, ist nicht zuletzt das „Verdienst" von Heinz Kluncker. Hätte der Kandidat für die Vetter-Nachfolge auf dem Kongreß nämlich Pfeiffer und nicht Breit geheißen, dann wäre die „Bewältigung des NH-Skandals" auf dem Kongreß wohl kaum so reibungslos über die Bühne gegangen.

Kluncker hat es immer wieder verstanden, den Verrat an den Interessen der Kollegen, den Verzicht auf die gewerkschaftlichen Positionen und Forderungen so zu garnieren und zu servieren, daß er noch als Erfolg bzw. als Niederlage der Gegenseite aufgeputzt werden konnte. So auch in der letzten Tarifrunde.

Sicher: In der Form, wie die Bundesregierung die einprozentige Lohnkürzung bei den Beschäftigten im öffentlichen Dienst ursprünglich durchsetzen wollte, ist sie nicht gelaufen. Das lag an der Streikbereitschaft der ÖTV. Aber den Kollegen ist das Sonderopfer faktisch dennoch aufs Auge gedrückt worden. Mit 3,15 Prozent (umgerechnet auf eine Laufzeit von 12 Monaten) liegt der ÖTV-Abschluß ziemlich genau um ein Prozent niedriger, als die Abschlüsse in den meisten anderen Branchen.

Es gab allerdings auch Fälle, wo Kluncker seinen Part nicht wie vorgesehen spielen konnte. So zum Beispiel beim Hafenarbeiterstreik im Frühjahr 1978, als die Kollegen gegen einen bereits perfekt gemachten Tarifabschluß revoltierten und durch spontanes Weiterstreiken ein höheres Ergebnis erzwingen konnten.

Bundeskanzler Schmidt brachte über den Rücktritt des ÖTV-Chefs sein tiefes Bedauern zum Ausdruck, Kluncker habe — so der Regierungschef — „sich nicht nur um die ÖTV und den DGB, sondern darüber hinaus um den sozialen Frieden in der Bundesrepublik verdient gemacht".

Das hat er. Zweifellos. Was bedeutet das denn, „sozialer Friede"? Dieser bei unseren Bossen, Bonzen und Politikern so beliebte Ausdruck ließe sich in Umkehrung einer berühmten Losung auch so übersetzen: „Krieg den Hütten — Friede den Palästen!". Heinz Kluncker hat sich verdient gemacht. Gewiß. Freilich nicht für die Arbeiterklasse. Für sie ist sein Abgang kein Verlust.

DGB / Westberlin — jubeln für Reagan?

Wie ernst darf man eigentlich die Erklärung nehmen, die der DGB-Bundesvorstand jüngst zum NATO-Gipfel in Bonn abgegeben hat?

Immerhin heißt es darin: *„Die anläßlich des NATO-Gipfels geplanten Demonstrationen bringen die Sorge der Bürger unseres Landes um den Frieden in Europa zum Ausdruck"*.

In der letzten Ausgabe des „Roten Morgens" stellten wir fest, daß dieser Satz, so selbstverständlich er sich anhört, eine positive Veränderung in der Haltung der DGB-Führung gegenüber der Friedensbewegung bedeutet. Man muß diese Aussage mit den zum Teil übel verleumderischen Äußerungen der DGB-Führung gegenüber der Friedensbewegung vergleichen, wie sie bis zum 10.10.81 vorherrschten. Oder man erinnere sich des Verbotes für die Gewerkschaftsjugend, an der Demonstration vom 10.10. teilzunehmen.

Die Haltung der DGB-Führung hat sich nun aber nicht grundlegend geändert. Sie hat sich vor allem in den politischen Kernfragen nicht zum Besseren gewendet. Besonders scharf zeigt sich diese Widersprüchlichkeit an einer Erklärung, die der Landesbezirksvorstand Berlin des DGB am 7. Mai zum Reagan-Besuch beschlossen hat. Darin heißt es:

„Der DGB, Landesbezirk Berlin, begrüßt den Besuch des amerikanischen Staatsoberhauptes, des Repräsentanten der größten Schutzmacht für die Freiheit unserer Stadt".

Wie läßt sich diese, für unsere Gewerkschaften beschämende Stellungnahme mit der oben zitierten Aussage des DGB-Bundesvorstands vereinbaren? Schlichtweg gar nicht. Sie fügt sich schon eher in die Jubeldemonstrationen ein, die unter der Führung von Strauß und Kohl abgehalten werden: Für Reagan, für die NATO, für den westlichen Rüstungswahnsinn, für den Nachrüstungsbeschluß und natürlich gegen Breschnew und die östliche Rüstung.

Die Demonstrationen der Friedensbewegung gegen den Reagan-Besuch sind Ausdruck der Sorge, die die Bevölkerung sich zunehmend um den gefährdeten Frieden macht. In der Tat! Aber warum machen immer mehr Menschen in der Bundesrepublik und in Westberlin sich diese Sorgen? Doch wohl nicht allein wegen der Politik Moskaus und der Aufrüstung im Osten!

Mindestens genauso trägt dazu die Politik Washingtons, Bonns und überhaupt der NATO und der westlichen Großmächte bei: Die Absicht, noch mehr amerikanische Atomraketen bei uns aufzustellen: die zynischen Bekenntnisse eines Herrn Reagan zur Vorbereitung eines „begrenzten Atomkrieges", bei dem Deutschland zum Hauptschlachtfeld gehören soll oder auch das, was sich zur Zeit im Südatlantik und auf den Falkland-Inseln abspielt!

Außerdem: So sehr unsere Massenmedien auch eine — gelinde gesagt — einseitige Berichterstattung pflegen, so ist es doch den Arbeitern und Angestellten, den Millionen DGB-Mitgliedern, nicht verborgen geblieben, was sich in Ländern wie El Salvador oder Guatemala abspielt. Das Blut an den Händen Reagans läßt sich nicht abwaschen! Mit Dollars und Militärberatern (vom CIA ganz zu schweigen) hält er die faschistischen Killerbanden aus und hilft ihnen, das Volk zu massakrieren.

Auch dies entgeht den Kollegen nicht: Daß dieser Präsident noch hemmungsloser als seine Vorgänger die eigene Arbeiterklasse ausplündern läßt, daß er rücksichtslos den Sozialabbau vorantreibt, daß er für den Profit der Rockefeller und Konsorten, für den Rüstungswahnsinn, den Armen und Ärmsten noch das Letzte raubt.

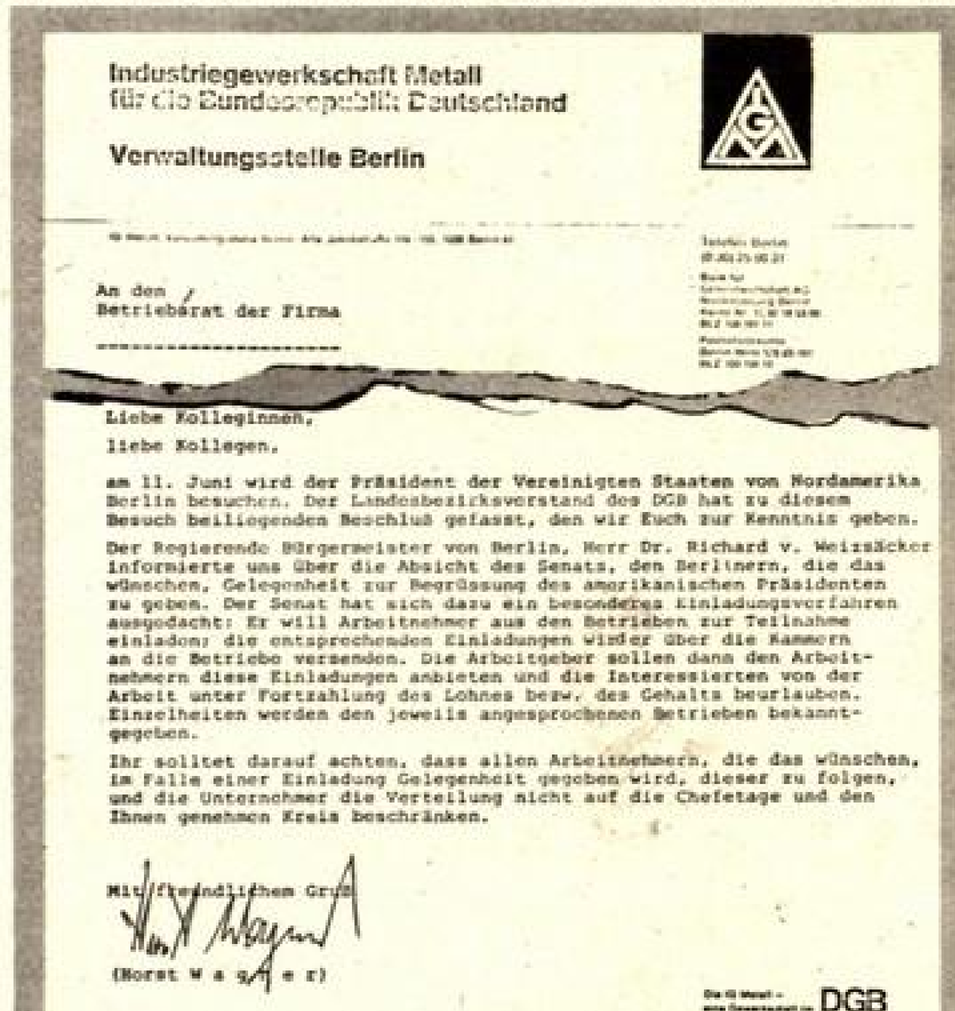
Diesen Herrn bejubeln die Berliner DGB-Bonzen im Namen der Gewerkschaftsmitglieder als „unseren Schutzherren", als „Garanten der Freiheit"! Von welcher Freiheit reden die eigentlich?

Damit wird praktisch ein propagandistischer Background für die Bonner und Münchener Jubelveranstaltungen der Reagan-Fans geliefert.

Man ist versucht, zu fragen: Sollte mit der eingangs zitierten Aussage des DGB-Bundesvorstands (die Demonstrationen zum NATO-Gipfel seien Ausdruck der Sorge um den Frieden) auch der gespenstische Aufmarsch der Pershing-Liebhaber und Reagan-Fans in Bonn und München gemeint sein?

Eins steht fest: Die Gewerkschaften müssen zur entscheidenden und führenden Kraft der Friedensbewegung werden. Das ist absolut notwendig. Es gibt durchaus Fortschritte in dieser Richtung. So haben beispielsweise sehr viele betriebliche und gewerkschaftliche Gremien der Arbeiterbewegung zu den Anti-Reagan-Demonstrationen aufgerufen.

Daran können auch die rechten DGB-Führer nicht vorbeisehen. Ihre grundlegende Ausrichtung auf die Interessen und Ziele des Imperialismus und den NATO-Kriegspakt geben sie jedoch keineswegs auf. Genauso wenig, wie sie ihre grundlegende Orientierung auf die Profitinteressen der Unternehmer, auf die Stabilisierung des kapitalistischen Systems aufgeben.



Industriegewerkschaft Metall
für die Bundesrepublik Deutschland

Verwaltungsstelle Berlin

An den
Betriebsrat der Firma

Liebe Kolleginnen,
liebe Kollegen,

am 11. Juni wird der Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika Berlin besuchen. Der Landesbezirksvorstand des DGB hat zu diesem Besuch beiliegenden Beschluß gefasst, den wir Euch zur Kenntnis geben.

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Herr Dr. Richard v. Weizsäcker informierte uns über die Absicht des Senats, den Berlinern, die das wünschen, Gelegenheit zur Begrüssung des amerikanischen Präsidenten zu geben. Der Senat hat sich dazu ein besonderes Einladungsverfahren ausgedacht: Er will Arbeitnehmer aus den Betrieben zur Teilnahme einladen; die entsprechenden Einladungen wieder über die Kammern an die Betriebe versenden. Die Arbeitgeber sollen dann den Arbeitnehmern diese Einladungen anbieten und die Interessierten von der Arbeit unter Fortzahlung des Lohnes bzw. des Gehalts beurlauben. Einzelheiten werden den jeweils angesprochenen Betrieben bekanntgegeben.

Ihr solltet darauf achten, dass allen Arbeitnehmern, die das wünschen, im Falle einer Einladung Gelegenheit gegeben wird, dieser zu folgen, und die Unternehmer die Verteilung nicht auf die Chefetage und den Ihnen genehmen Kreis beschränken.

Mit freundlichem Gruß

(Horst W a g n e r)

DGB

Die DGB-Führung von Westberlin läßt auf Bitte des regierenden Bürgermeisters Weizsäcker (CDU) Kollegen in den Betrieben anheuern, die Ronald Reagan bei seinem Berlin-Besuch zu Propagandazwecken vorgeführt werden.

Der Jubilar

Otto Esser, Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) konnte am 1. Juni seinen 65. feiern. Ob ihm wohl der neugewählte DGB-Chef Breit gratuliert hat?

Fast sicher würden wir es von seinem Vorgänger H.O. Vetter, bekannt als Experte für die Pflege des sozialen Friedens und steuersparender Abschreibungsgeschäfte, annehmen. Vetter hatte den Unternehmerpräsidenten erst kürzlich noch zum höchsten gewerkschaftlichen Ereignis, dem DGB-Bundeskongreß, eingeladen und für den Gast dabei die folgenden warmen Begrüßungsworte gefunden:

„Ich möchte ganz besonders würdigen, daß die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände durch ihren Präsidenten, Herrn Otto Esser, bei uns vertreten ist. Eine Hand gilt nichts, das Problem unserer Gesellschaft können nur mehrere Hände lösen. Unsere Hand ist ausgestreckt. Mögen andere sie ergreifen."

Es hätte eine so schön versöhnliche Atmosphäre hergestellt werden können durch diese mutigen Worte des bisherigen DGB-Vorsitzenden. Endlich wurde einmal vor aller Augen demonstriert, daß der Hader dieser Welt durch eine edle Geste überwunden werden kann.

Aber nein! Karlheinz Janzen vom IG-Metall-Vorstand mußte das alles wieder zerstören. Taktlos blökte er ins Mikrophon, er habe zwar nichts gegen ausgestreckte Hände: wenn man aber seine Hand dem BDA-Präsidenten hinreiche, brauche man sich dann nicht zu wundern, wenn anschließend kein einziger Finger mehr dran sei.

Solch eine Gehässigkeit! Nur, weil Otto Esser in ein paar Kleinigkeiten anderer Meinung ist, wie die Gewerkschaften! Zugegeben: Er hat den Tabukatalog aufgestellt, will die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall abschaffen und bastelt an der lohnpolitischen Wende.

Man muß aber doch auch einmal Verständnis für die andere Seite haben! Nicht? Wo bleibt denn sonst die Sozialpartnerschaft?

Auch Otto Esser will doch im Grunde nur unser Bestes. Und eine Hand allein gilt eben noch nichts. Sie allein reicht doch nicht aus, um unser Bestes zu nehmen ...

Das „Handelsblatt" schrieb in einer Würdigung



„Milde in der Art". Unternehmerpräsident Otto Esser.

an den Jubilar mit großer Sachkenntnis, wie immer: „,Stark in der Sache, milde in der Art', das ist die Personenbeschreibung des BDA-Präsidenten Otto Esser, der am 1. Juni seinen 65. Geburtstag feiert."

Eben! Und zeigt das nebenstehende Foto vielleicht nicht eindrucksvoll, wie milde in der Art der Mann nun wahrlich ist?

Was heißt hier: „Der will das Verbot von Warnstreiks durchsetzen, ist für die Aussperrung und hat sogar den Papst gerügt, weil der gepredigt hat, der Mensch stehe höher als der Profit"?

Es kommt doch auf die Art an, wie Otto Esser all dies vertritt! Und die ist nun eben mal milde!

Wer das jetzt immer noch nicht wahrhaben will, dem seien die abschließenden Sätze aus der Würdigung des „Handelsblattes" ins Stammbuch geschrieben:

„Esser ist Vater zweier Kinder und ein Freund der Werke von Thomas Mann, Ernst Jünger und Shakespeare. Und er liest, auch hier ein Mann der Ausgewogenheit, mit Vorliebe Bert Brecht.

Wer ihm zu seinem Geburtstag mit einem Händedruck gratulieren wird, braucht seine Finger nicht nachzuzählen. Wenn er vorher seine fünf Finger an der Hand hatte, werden es auch nachher noch fünfe sein!"

Na also! Wir brauchen doch nur nachzusehen, ob H.O. Vetter oder Ernst Breit noch alle fünfe an ihrer Rechten haben. Falls ja, dann haben sie dem Esser entweder gar nicht gratuliert oder aber die bornierten Klassenkampfagitatoren sind wieder einmal widerlegt.

Vorschußlorbeer?

„Wirtschaft setzt nach Wahl von Breit Hoffnungen in den DGB". So ist ein Beitrag in der „Frankfurter Rundschau" vom 2. Juni '82 überschrieben. Es geht dabei um eine Einschätzung des 12. ordentlichen DGB-Bundeskongresses, die das Institut der Deutschen Wirtschaft (IDW) in seinem Informationsdienst veröffentlichte. In dem FR-Beitrag heißt es unter anderem:

„Von ‚zentraler Bedeutung' ist für die Wirtschaft, daß sich nun Breits Auffassung durchgesetzt zu haben scheint, nach der Gewerkschaften gegenüber Unternehmern nicht nur ‚Gegenmacht' sondern auch ‚Ordnungsfaktor' sein müßten und auf keinen Fall Gegenmacht zum Parlament sein dürften."



Zanker / Tübingen: Proteststreiks gegen Stillegung

„Nieder mit den Bossen, nieder mit dem Kapitalismus!“

TÜBINGEN. — „Es war wie ein Hammerschlag in den Nacken.“ So beschrieb ein Kollege die Wirkung der völlig überraschenden Mitteilung der Zanker-Bosse, daß das Tübinger Waschmaschinen- und Wäschetrocknerwerk bis Ende 1983 stillgelegt werden soll. Die Benommenheit über diese Hiobsbotschaft dauerte jedoch bei den Arbeitern nur Minuten. Dann machte sie heller Empörung Platz. Es kam sofort zu spontanen Arbeitsniederlegungen.

Am Donnerstag letzter Woche (3. Juni) eröffnete der Chef des AEG-Unternehmensbereichs Hausgeräte Dr. Günter Tumm dem Wirtschaftsausschuß des Zanker-Betriebsrates, daß die AEG-Konzernherren im Rahmen der „Konzernstraffung“ das Tübinger Tochterunternehmen Zanker GmbH bis Ende 1983 stufenweise stillegen und die Produktion, soweit sie nicht ganz eingestellt wird, in das Tübinger Hausgeräte-Werk von AEG verlagern wollen. Begründung: Die Marktlage zwinge die AEG-Telefunken Hausgeräte AG, ihre Kapazitäten zu verringern. Alle 1000 Arbeitsplätze des Tübinger Werkes müßten künftig „wegfallen“.

Paul Diez, der Stellvertreter des erkrankten Betriebsratsvorsitzenden Harald Neutz, reagierte schnell: Er brach das Gespräch mit Tumm sofort ab und rief in der Mittagspause die Belegschaft für 14.30 Uhr zu einer außerordentlichen Betriebsversammlung auf. Auf dieser Versammlung in der total überfüllten Werkskantine verkündete dann AEG-Boß Tumm lapidar: „Bis Ende 1983 wird die Produktion auf Null gefahren“.

Die Belegschaft war wie vom Donner gerührt. Man hatte wohl mit vielerlei gerechnet, mit Entlassungen und Kurzarbeit, nicht jedoch damit. Vor fast genau einem Jahr hatte AEG-Oberboß Heinz Dürr aus Anlaß der Einweihung einer 30 Millionen Mark teuren neuen Endmontagehalle der Belegschaft noch höchstpersönlich versichert, die Zukunft der Tübinger Zanker GmbH sei gesichert. Angesichts der dicken Neuinvestition erschien diese Aussage auch keineswegs unglaubwürdig. Als dann vor einigen Wochen die Massenmedien Einschränkungen im Hausgerätebereich ankündigten, verbreitete die Pressestelle des AEG-Konzerns Beruhigungserklärungen.

Das Entsetzen auf der Betriebsversammlung schlug ungeahnt schnell in helle Empörung um. Die Lokalzeitung „Schwäbisches Tagblatt/Tübinger Chronik“ schildert dies folgendermaßen:

„Die aufgebrachte Versammlung hielt sich an Unglückskünder Tumm schadlos, beschimpfte ihn ‚nach allen Regeln der Kunst‘ (Diez) als ‚Jobkiller‘, ‚Lügner‘, ‚Betrüger‘ und ‚Totengräber‘. Nach einer Stunde war die Stimmung ‚so explosiv‘, daß Paul Diez die Versammlung abbrach. ‚Das hätte uns sicher nichts mehr gebracht‘, meinte er hinterher.“

Über letzteres ließe sich allerdings streiten. Unter Umständen wäre es ja nicht unbedingt ein Fehler gewesen, die nur zu berechtigte Empörung auf der Versammlung unmittelbar in organisierte und zielgerichtete Kampfmaßnahmen umzumünzen!

Nun ja —, diejenigen, die in dieser Hinsicht eigentlich zuständig wären, die IGM-Funktionäre in den entsprechenden Gremien (z. B. die Ortsverwaltung Tübingen und die Stuttgarter Bezirksleitung der IGM), haben wohl anderes im Sinn, als einen schlagkräftigen, konsequenten Kampf mit dem Ziel der kompromißlosen Verteidigung bedrohter Arbeitsplätze ...

Aber dennoch kam es bereits an diesem Donnerstag zu aktiver Gegenwehr. Nach der Versammlung versuchte die Werksleitung vergeblich, die Fließbänder wieder in Gang zu bringen. Die Arbeiter streikten spontan. Es lief an diesem Nachmittag nicht mehr viel bei Zanker.

Am nächsten Morgen, als zunächst nur die 60 Mann der Frühschicht da waren, gelang es den Bossen zwar, mit Verzögerung Band III anlaufen zu lassen. Es wurde jedoch bereits wieder gestoppt, als gegen 7.00 Uhr der Hauptteil der Belegschaft zur Normalschicht stempelte. Um 7.00 Uhr standen bei Zanker alle Bänder still!

Dieser Streik war nicht von irgendwelchen offiziellen Gremien organisiert oder geplant. Die Arbeiter standen in Gruppen in den Hallen herum und diskutierten, wie den AEG-Bossen ein Strich durch die Rechnung gemacht werden kann. Es wurde dann bekanntgegeben, daß IG Metall und Betriebsrat für den Nachmittag eine Demonstration auf dem Marktplatz planen.

Die Arbeiter dachten nicht daran, bis dahin brav zu arbeiten. Gegen 8.00 Uhr formierte sich eine Gruppe von vielleicht 200 Kollegen, die zum Protestmarsch durch die Produktionshallen antrat. Gegen 9.00 Uhr stellte sich Werksleiter Dette dem immer mehr anwachsenden Zug der demonstrierenden Arbeiter entgegen und versuchte durch Drohung und Beschwichtigungen zu erreichen, daß die Arbeit wieder aufgenommen wird. Dette bot sogar an, falls die Kollegen nach der 9-Uhr-Pause wieder an die Bänder zurückkehrten, würde die ausgefallene Zeit bezahlt. Und was die geplante Demonstration vor das Rathaus beträfe, so könne die Firma sich da ja großzügig geben ...

Aber der Werksleiter hatte es hier nicht mit „kompromißgeübten“ Funktionären sondern mit Arbeitern zu tun, die für ihre Existenz kämpfen wollten. Niemand ließ sich auf das Angebot ein. Der Streik wurde fortgesetzt. Lange vor 14.30 Uhr, dem Abmarschtermin für die angekündigte Demonstration, strömte die Belegschaft bereits zu Hunderten aus allen Teilen des Werkes zur Sindelfinger Straße. Die Kollegen hatten sich in der Verpackungsabteilung Kartons und Latten besorgt und daraus Schilder und Transparente gefertigt.

Die IGM-Ordner konnten schließlich die Kollegen nicht mehr halten. Eine Viertelstunde früher als verabredet setzte sich der tausendköpfige Zug — die ganze Belegschaft beteiligte sich geschlossen — in Bewegung.

Immer wieder dröhnte es auf Deutsch, Spanisch, Italienisch, Jugoslawisch und Türkisch (die Zanker-Belegschaft besteht zu über 50 Prozent aus ausländischen Kollegen): „Hände weg von Zanker“. Es war ein außergewöhnlich kämpferischer Demonstrationszug mit dröhnenden Sprechchören und schrillen Pfeifkonzerten!

Über die Stimmung auf der Kundgebung vor dem Rathaus gibt uns wohl am besten die folgende Passage aus dem Bericht im „Schwäbischen Tagblatt/Tübinger Chronik“ Auskunft:

*„Wie Diez mit erhobener Faust über das Mikrofon verkündete, wollte man den Tübinger Bürgern ebenso wie den ‚AEG-Bossen‘ zeigen, daß ‚der Kapitalismus uns kaputtmacht‘. Die ohrenbetäubende Antwort der Zanker-Belegschaft: ‚**Nieder mit den Bossen, nieder mit dem Kapitalismus!**‘ Die Kaffeetrinker am Marktplatz hörten es offensichtlich gerne, jedenfalls begrüßten sie die ankommenden Demonstranten mit unzweideutigem Applaus.“*

Für die Zanker-Belegschaft gibt es eigentlich nur eine realistische Perspektive: In den unbefristeten Streik treten und den Betrieb besetzen! Darin liegt für die AEG-Konzernherren eine große Gefahr, denn dieses Beispiel würde für viele andere Belegschaften des Elektroriesen, die ebenfalls von Rationalisierungsterror und Entlassung betroffen sind, (und nicht nur bei AEG!) ein Fanal bedeuten.

Am gleichen Tag wie in Tübingen fand übrigens auch in der Ruhrgebietsstadt Gelsenkirchen ein Proteststreik mit Demonstration seitens einer AEG-Hausgeräte-Belegschaft statt: Bei Küppersbusch (Herde und Großküchen) gingen rund 2000 Kollegen auf die Straße, um gegen die angekündigte Vernichtung von ca. 1000 Arbeitsplätzen in ihrem Werk in den nächsten anderthalb Jahren zu protestieren.

Gauner und Schweine ...

Am Donnerstag letzter Woche, dem Tag, als die beabsichtigte Stillegung des Zanker-Werkes bekanntgegeben wurde, machte ein Reporter des Lokalblattes „Schwäbisches Tagblatt / Tübinger Chronik“ vor dem Werkstor eine Umfrage unter den Arbeitern über ihre Gedanken zur Lage. Das Ergebnis veröffentlichte die Zeitung am nächsten Tag unter der Überschrift: „Es brodelt bei den Arbeitern“. Im folgenden geben wir einige besonders markante Teile dieser Umfrage im Wortlaut wieder:

„Für zwei kaufmännische Lehrlinge im letzten Lehrjahr ist sicher: ‚Wir wollen kämpfen, ganz einfach werden die es nicht mit uns haben.‘

‚Jahrelang hat man uns gesagt, daß es dem Arbeiter gut geht, wenn es dem Unternehmer gut geht. Das ist eine Lüge: Jetzt sieht man, daß es dem Unternehmer gut geht und dem kleinen Mann nicht.‘ ‚Umgekehrt wär's besser‘, meint ein 28jähriger Werkzeugmacher; die Runde quittiert's bitter lachend.

Vor dem Werkstor 1 an der Sindelfinger Straße diskutieren drei Gabelstablerfahrer, immer mehr Kollegen stellen sich dazu. Auch sie geladen, ‚aufgeheizt‘, wie einer sagt. ‚Gauner‘ und ‚Schweine‘ sind noch die gelindesten Titulierungen für die ‚Bonzen in Frankfurt und Nürnberg‘ (dies bezieht sich auf die AEG-Konzernzentralen — RM). Wenn ihm einer aus der Konzernzentrale in die Quere kommt, würde er ihm am liebsten ‚das Messer in den Ranzen hauen‘, sagt ein kleiner Rundlicher. Der danebenstehende Kollege denkt da eher laut an ‚eine Sprengladung für Dürr, wenn ich nur seine Adresse wüßte‘. ‚Ich bin heut radikal geworden‘, schreit ein Familienvater dazwischen, ‚und wenn ich ins Zuchthaus komm.‘

‚Aber das ist doch viel mehr als bloß Zanker‘, lenkt ein Schnauzbärtiger das Augenmerk aufs ganze Land, die machen noch mehr kaputt, Zanker ist bloß ein kleines Rädchen‘. Kann ja auch gar nicht anders sein, ‚bei unserem System‘, wirft einer ein. Was er damit meint? ‚Zuerst kaufen sich die Konzerne die kleinen Klitschen, und wenn sie die ausgesaugt haben, läßt man sie fallen! Das Großkapital und die Banken sind die Gewinner!‘“

Streik bei Still gegen Arbeitsplatzvernichtung

„Sozialpläne schaffen keine Arbeitsplätze“

HAMBURG. — Drei Stunden lang streikte am letzten Freitag die Belegschaft der mechanischen Teilefertigung im Hamburger Gabelstablerwerk Still. Die Kollegen wehren sich gegen die Vernichtung ihrer Arbeitsplätze. Die Produktion dieser Abteilung soll ausgelagert werden.

Bereits am 24. Mai war es gegen die Stillegungspläne der Bosse des Linde-Konzerns (Still in Hamburg ist ein Tochterunternehmen der Wiesbadener Linde AG) zu einem Proteststreik von ca. einer Stunde gekommen (wir berichteten ausführlich im letzten RM). Der dreistündige Streik vom vergangenen Donnerstag ist nun ein zweiter Kampfschritt. Er wurde in diesem Fall ausschließlich von den direkt betroffenen Kollegen getragen.

Die Linde-Bosse wollen die bislang in dieser Abteilung hergestellten Teile künftig aus einem anderen Gabelstaplerwerk des Konzerns in Nürnberg beziehen. Es gibt im übrigen schwerwiegende Anzeichen dafür, daß langfristig das gesamte Werk von Still in Hamburg dichtgemacht und daß die Gabelstablerproduktion völlig auf Nürnberg konzentriert werden soll.

Anlaß für die Aktion, an der alle Arbeiter der betroffenen Abteilung und auch einige Angestellte teilnahmen (insgesamt waren es 50 bis 100 Kollegen), war eine Aufsichtsratssitzung. Die streikenden Kollegen versammelten sich vor dem Haupttor an der Berzeliusstraße um 6 Uhr früh. Um 9 Uhr brachen sie die Aktion dann ab. Die Aufsichtsräte mußten dieses Tor passieren. Auch der Vertreter des Wiesbadener Konzernvorstandes von Linde, Dr. Meinhardt, kam hier durch.

Ein Flugblatt, das die Streikenden an die Belegschaft verteilten, hat folgenden Wortlaut:

„Wir, die Kolleginnen und Kollegen der Mechanik, fordern heute, am Tage der Aufsichtsratssitzung, Dr. Meinhardt auf:

- Rücknahme der Verlagerungspläne!
- Erhalt und Garantien für alle Arbeitsplätze!

Wir müssen arbeiten, um zu leben. Sozialpläne schaffen keine Arbeitsplätze.

Kolleginnen und Kollegen! Solidarität und Einigkeit macht stark!

Heute stehen wir von der Teilefertigung vorm Tor. Morgen steht sicher wieder die ganze Belegschaft Seite an Seite.

Laßt unsere Arbeitsplätze hier, sonst geben wir keine Ruhe mehr!“

„Caltex darf nicht sterben“



Am Donnerstag letzter Woche (3. Juni) demonstrierten am späten Nachmittag an die 1000 Menschen, darunter die Belegschaft der Caltex-Raffinerie, durch Raunheim bei Frankfurt. „Wir kämpfen für unsere Arbeitsplätze“ hieß es auf einem Transparent. Die beiden Mutter-Konzerne der Raunheimer Caltex-Raffinerie, die Ölmultis Chevron und Texaco, wollen im September 300 der 500 Beschäftigten bei Caltex auf die Straße setzen. Die gesamte Rohölverarbeitung des Caltex soll bis dahin stillgelegt werden. Die Stillegung der restlichen Teile der Raffinerie wäre dann nur noch eine Zeitfrage. Zu der Protestaktion hatte die „Gemeinschaftsinitiative gegen die geplanten Stillegungen bei Caltex-Raunheim“ aufgerufen. Der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende Hans Kirbis stellte auf der Schlußkundgebung heraus, daß der Stillegungsplan purer Profitgier entspringt. Wörtlich sagte Kirbis: „Wir haben alle daraus zu lernen, daß in unserer Gesellschaft gilt: ‚Im Mittelpunkt steht das Kapital und seine Rendite‘. Alles andere sind fromme Sprüche.“



Die NATO-Mitgliedschaft „sichert" uns nur die Teilnahme am Weltkrieg

Den Frieden sichern durch Neutralität

Der NATO-Gipfel tagt in Bonn. Das war ursprünglich gar nicht vorgesehen; man wollte sich in Brüssel treffen. Aber das wollten ausgerechnet „unsere" Politiker nicht: Es waren Schmidt und Genscher, die sich mit den Häuptern des US-Imperialismus in Verbindung setzten, um eine Verlegung des Gipfels in die Bundeshauptstadt zu erreichen.

Die Bundesregierung will dem US-Präsidenten demonstrativ ihre Verbundenheit und absolute Bündnistreue beweisen. Reagan nahm dies dankbar an.

„Wir müssen unsere Welt hinreichend begreifen, um den Wert unserer Bündnisse zu erkennen. Wir müssen uns selbst gegenüber klug genug sein, um auf unsere Verbündeten zu hören, mit ihnen zusammenzuarbeiten und die Bande zwischen uns auszubauen und zu festigen. (...)

Unser Ziel ist der Frieden. Wir können diesen Frieden erreichen, indem wir unsere Bündnisse stärken (...)

Mit diesen Zielen im Sinn werde ich am Mittwoch nach Europa reisen (...)"

So sagte Reagan kurz vor dem Beginn seiner Europa-Rundreise, die ihn auch zu uns führt. Die NATO sichert den Frieden. Sagt Reagan. Sagen Schmidt, Strauß, Kohl... Was sichert sie wirklich?

Es ist vor allem die NATO-Mitgliedschaft, die unserem Land die größte Atomwaffendichte der Welt gesichert hat, als Vorposten des Bündnisses an der Grenze zum Warschauer Pakt. Atomraketen, von denen Dutzende auf Ziele im Inland ausgerichtet sind, weil man in einem Krieg die Warschauer-Pakt-Truppen in Westdeutschland mit Atomschlägen aufhalten will. Dafür werden deutsche Großstädte geopfert. Die NATO sichert uns immer neue US-Raketen, die NATO-Strategie soll uns Pershing II und Cruise Missiles bescheren.

Die NATO-Mitgliedschaft sichert uns das Vorrecht, zentrales Schlachtfeld des nächsten Krieges zu sein.

Aller Friedenskampf, alle Einzelerfolge in der Abwehr neuer Waffen helfen nicht wesentlich, solange wir in dieses Kriegsbündnis eingebunden bleiben. Deshalb müssen wir raus! NATO-Austritt und Neutralität Westdeutschlands — das macht uns frei von dem Zwang der Aufstellung von Raketen, die im Ernstfall zu Magneten werden. Das rückt die imperialistischen Militärblöcke weit auseinander. Das durchkreuzt all die Planungen vom Einsatz taktischer Atomwaffen in Mitteleuropa. Das ist unser wirkungsvoller Beitrag zur Erhaltung des Friedens, Anstoß für andere Völker, es gleichzutun. Der einzig konkrete Schritt zur Schwächung des NATO-Kriegsblocks.

Wir müssen bei uns, einseitig, damit anfangen. Eine „Auflösung der Blöcke" als Ergebnis von Verhandlungen der Supermächte wird es nie geben. Wir müssen sie Stück für Stück auseinanderbrechen.

Dazu brauchen wir eine Massenbewegung, die vor allem von der werktätigen Bevölkerung getragen wird, die aus den Betrieben kommt. Dafür kämpfen die Genossen der KPD in den Gewerkschaften.

Ein solches, durch den Massenkampf erzwungenes neutrales Deutschland wäre auch ein Staat, in dem diejenigen Kräfte, die auf Aufrüstung und Kriegsvorbereitung setzen, erheblich geschwächt wären. Die Kräfte des Friedens und des gesellschaftlichen Fortschritts hingegen hätten eine viel bessere Position errungen, ihre weitergehenden Ziele durchzusetzen.

Die Friedensbewegung braucht dringend diese Orientierung gegen die NATO, gegen die bündnistreue Bundesregierung.

Deshalb gehen wir am 10.6., wo die Bundesregierung provokativ ihr Festhalten am NATO-Pakt demonstriert, ausdrücklich gegen die NATO auf die Straße.

... ihr wollt doch noch mehr?

Neutralität —und dann?

Ja, wir wollen mehr, richtiger: wir wollen noch weitergehen. Für uns ist der Kampf für den endgültigen Frieden mit dem Erreichen eines neutralen Deutschland, um das wir mit allen Kräften ringen, nicht beendet. Wir wollen den Sozialismus und Kommunismus, die klassenlose Gesellschaft, in der niemand mehr ein Interesse am Krieg hat.

Ohne nur einen Augenblick in dem Bemühen nachzulassen, zum Zustandekommen einer Massenbewegung, des gemeinsamen Kampfes der Friedenskräfte gleich welcher Weltanschauung für die Verhinderung des drohenden 3. Weltkrieges zu sorgen, werben wir auch in der Friedensbewegung für die Idee des Sozialismus. Denn für uns steht Kriegsvorbereitung und Kriegsverhinderung nicht als ein Kampf zwischen „Böse" und „Gut", sondern wir sehen die Kräfte, die jeweils dahinterstehen.

Neutralität und Sozialismus

Wie die KPD die Sache sieht, wie wir die Frage „Neutralität — und dann?" beantworten, dazu seien die „Thesen des ZK der KPD zum Friedenskampf" zitiert, die das Zentralkomitee unserer Partei im Oktober letzten Jahres vorlegte.

„Wenn wir die Forderung nach Neutralität erheben, so fordern wir damit eine Abkoppelung der Bundesrepublik von der Aggressionspolitik der amerikanischen Supermacht, so fordern wir von der Bundesregierung, sich aus der Konfliktstrategie der zwei Supermächte, ihrem Kampf um Weltherrschaft, herauszuhalten. Keinesfalls verbinden wir jedoch damit die Illusion, eine derart neutrale Bundesrepublik wäre kein imperialistischer Staat mehr. Sie bleibt — auch neutral — auf vielfältige Weise der imperialistischen Weltbourgeoisie verbunden und würde auch weiterhin ihre eigenen aggressiven imperialistischen Ziele verfolgen. Deshalb ist es notwendig, die Forderung nach Neutralität unbedingt mit Forderungen zu verbinden, die eine Schwächung des westdeutschen Imperialismus bedeuten, wie Herabsetzung der Rüstungsausgaben, Einstellung des Baus von Angriffswaffen und ihre Verschrottung, Entfernung aller atomaren, chemischen, biologischen und anderen Massenvernichtungswaffen von bundesdeutschem Boden etc.

Immer bleibt die Gefahr bestehen, daß sich auch eine neutrale Bundesrepublik — würde sie angegriffen oder auch nicht — an einem Krieg zwischen den Supermächten beteiligt wird. Für uns Kommunisten aber heißt die Frage nicht, wer ist der Angreifer, in wessen Land steht der „Feind", sondern welche Klasse führt den Krieg, welche Politik wird durch ihn fortgesetzt. Die aber ist klar: die Politik der imperialistischen Staaten, ihr Kampf um die Neuaufteilung der Welt. Dieser Krieg aber ist nicht unser Krieg. Deshalb bleibt die zentrale Losung unserer Partei: Krieg dem imperialistischen Krieg!

Wir Kommunisten kämpfen aufrichtig für die Erhaltung des Friedens. Wir wollen den Sozialismus nicht auf den Trümmern eines zerstörten Deutschlands errichten. Deshalb bleibt unser Kampf für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland untrennbar mit dem Kampf um die Erhaltung des Friedens verbunden. Dieser Kampf wird Opfer fordern. Der westdeutsche Imperialismus wird nicht kampflos Positionen aufgeben oder auch nur seine Schwächung in Kauf nehmen. Doch jedes Opfer lohnt sich, wollen wir unser und das Leben unserer Kinder sichern, wollen wir verhindern, daß der Kapitalismus bei seinem unvermeidlichen Untergang eine Welt der atomaren Zerstörung hinterläßt."

Reagan kommt —

Reagan go home!

„Reagan go home!" — eine inzwischen recht populäre Parole, die in Anlehnung an das altbekannte „Ami go home!" — raus mit den amerikanischen imperialistischen Besatzungstruppen — entstanden ist. Dennoch ist sie innerhalb der Friedensbewegung nicht unwidersprochen. Man soll nicht „personalisieren", heißt es manchmal, man soll auch nicht „antiamerikanisch" sein.

Nun, was den Antiamerikanismus betrifft, braucht nicht viel gesagt zu werden. Die Völker der USA, die unter dem Reaganschen Regierungsprogramm zu leiden haben wie selten zuvor, die aufrechten Friedenskämpfer in den Staaten sind unsere Freunde. Sie sind „das andere Amerika", wie früher im Ausland zur Zeit der Hitler-Diktatur die deutschen Antifaschisten für „das andere Deutschland" standen.

Reagan aber ist die Symbolfigur des menschenverachtenden amerikanischen Imperialismus. Sein Programm ist das der rücksichtslosen Senkung aller sozialen Leistungen; man kann heute sehen, was es für das einfache Volk gebracht hat. Seine Leute sind die bewährten Strategen der Kriege in Korea und Vietnam, sind die Leute Nixons, die Leute des bekannten Faschisten Barry Goldwater.

Sein Programm ist die hemmungslose Aufrüstung, die Atomrüstung vor allen Dingen. Er ist als Mann der Bank of America, die unter anderem die erste Geige in der Rüstungsindustrie Kaliforniens spielt, und anderer Kreise des amerikanischen Finanzkapitals zur Macht gekommen. Er konnte sich auf die Mobilisierung der reaktionärsten faschistischen und rassistischen Kräfte stützen, all derer, die gleich ihm wollten, daß die USA „wieder groß werden", daß die Schlappe von Vietnam ausgebügelt, der Watergate-Skandal vergessen gemacht werden usw.

Für Reagan und seine Leute, Caspar Weinberger etwa, oder der frühere Oberkommandierende von SHAPE (NATO-Europa-Mitte), Alexander Haig, ist ein Atomkrieg „begrenzbar" — nämlich auf Europa, vor allem auf Deutschland — und vor allem „gewinnbar". Krieg ist ein Geschäft, schon die Aufrüstung ist ein Geschäft, ein Bombengeschäft. Die Militär-Industrie verdient prächtig an seinem Programm: „Verteidigungs"ausgaben von 1400000000000 (eintausendvierhundert Milliarden) US-Dollar in fünf Jahren.

Dieser Mann kommt hierher, weil er die Bundesrepublik fest einspannen will in seine Kriegspläne und sich dafür die ausdrückliche Bestätigung holen will. Dafür lud man ihn sogar ein, vom Rednerpult des Bundestages aus für die unheilige NATO-Allianz auf Gedeih und Verderb zu werben. Er kommt auch, um mit Friedensphrasen die westdeutsche Bevölkerung zu täuschen. Er wird versuchen, besonders unter Berufung auf die noch Ende Juni beginnenden START-Runden (START = Gespräche über die Reduzierung strategischer Waffen) sich als Friedensstifter hinzustellen. Dabei ist dies nur eine weitere Variation der Verhandlungen, die Jahre dauern, ohne ein greifbares Abrüstungsergebnis zu erzielen — und in der Zwischenzeit rüsten beide Supermächte munter weiter auf. Daß er das tun will, daraus macht Reagan kaum ein Hehl. Zusätzlich bekräftigte er kürzlich, daß für die USA der Verzicht auf einen Ersteinsatz von Atomwaffen nicht annehmbar sei.

Diesen Mann wollen wir bei uns nicht haben! Sein Besuch ist eine Provokation, eine Herausforderung, der wir uns stellen müssen. Deshalb muß die Demonstration am 10.6. machtvoll sein.

Reagan go home! — Ami go home!
Keine Mark und keinen Mann für den NATO-Rüstungsplan!
BRD raus aus der NATO!

„Freeze" —

Frostige Aussichten

Demonstration für Kennedy?

Folgendes konnte man am 4. Juni in der Zeitung „die tat" (Organ der VVN, DKP-verwandt) lesen:

„... wir gehen am 10. Juni in Bonn auf die Straße, weil wir erzwingen wollen, daß endlich auch bei uns Minister und Abgeordnete das Leben der eigenen Landsleute verteidigen, **wie es** (in den USA) **McNamara und Kennedy** und viele andere Nordamerikaner tun."

Friedenskampf ade!

Die Friedensbewegung solchen „Führern" wie dem ehemaligen US-Kriegsminister McNamara und Edward Kennedy, hinter dem einflußreiche Kräfte des US-amerikanischen Finanzkapitals stehen, anzuhängen, hieße, ihr endgültig jede positive Stoßkraft zu nehmen und ihr lediglich eine Legitimationshilfe für **eine bestimmte Art der Rüstungspolitik und Kriegsvorbereitung** zuzubilligen.

Ein hartes Urteil. Aber ein notwendiges. Warum?

Es heißt, wachsam sein. Innerhalb der Friedensbewegung nehmen Kräfte zu, die den Blick auf die gesellschaftlichen Ursachen von Rüstung und Kriegen verstellen und nur noch die abstrakte „Bedrohung" sehen, die „Eigendynamik" der Atomwaffenarsenale usw. Deshalb ist ja auch der offizielle Aufruf zur Demonstration am 10.6. so halbseiden und geht noch hinter den vom 10.10. letzten Jahres zurück. Deshalb haben wir ihn auch nicht unterzeichnet.

Die Unterstützung für Kennedy und Co. ist ein neuer, gefährlicher Höhepunkt dieser Entwicklung.

Kennedy gehört zu den Kreisen in den USA, die eine Gefahr in dem einseitigen Setzen auf die Atomrüstung sehen und die zum anderen mit dem Reaganschen Haushaltsplan nicht vollständig einverstanden sind. Sie vertreten kurz gesagt vor allem folgendes:

Es besteht ein ungefähres atomares Gleichgewicht, aber ein US-Übergewicht bei der Atomrüstung im Verhältnis zur UdSSR. Die vorhandenen, sogar weniger Atomwaffen reichen für die Durchsetzung der politischen Ziele des US-Imperialismus durchaus aus. Sie bezweifeln auch die tatsächliche Begrenzbarkeit eines Atomkrieges auf Europa. Sie wollen erst „Einfrieren" und dann über Reduzierung verhandeln, wie Reagan das jetzt tun will. Aber selbst bis zum Zustandekommen effektiver Verhandlungen über ein „Einfrieren" in Ost und West würde noch lange Zeit vergehen, während der weiter gerüstet wird.

Zum anderen will Kennedy Einsparungen im teuren Atomrüstungshaushalt machen. Aber was hat er mit den eingesparten Geldern vor? Er will sie zum großen Teil einsetzen, um „die Kampfbereitschaft und die Zuverlässigkeit unserer konventionellen Streitkräfte zu verbessern", die wie bestimmte Bereiche der Wirtschaft vernachlässigt worden wären und schwer unter den Kosten der atomaren Aufrüstung gelitten hätten.

Dafür sollen wir demonstrieren? Uns auch noch als Wahlkampfhelfer eines Imperialisten mißbrauchen lassen? (Kennedy ist bereits in den Stimmenfang für die Kongreßwahlen im nächsten Jahr eingestiegen.)

Kennedy verspricht sich von seinem Kurs auch ein besseres Bild der USA in Europa, wodurch es den NATO-Mitgliedstaaten leichter würde, ihr festes Bestehen auf dem Bündnis zu vertreten sowie einen Einfluß auf die Friedensbewegung. Er wird sich freuen, daß er so schnell kurzsichtige Unterstützer gefunden hat.

Kennedy arbeitet gegen jede einseitige Abrüstungsmaßnahme. Und er will zwar — ausdrücklich im Interesse der NATO, wie er es sieht — auf die atomare Erstschlagdoktrin verzichten — jedenfalls in Worten —, aber sozusagen als Ersatz auch noch in Europa das konventionelle Waffenpotential und die Anzahl der Truppen verstärken.

Der Falkland-Konflikt, den jeder dieser Tage miterleben kann, ist ein Beispiel dafür, daß die Imperialisten starke konventionelle Streitkräfte brauchen und einsetzen. Aus der Friedensbewegung eine Bewegung allein gegen „die Bombe" machen zu wollen, hieße, ihr — und vielleicht sehr bald tatsächlich uns allen oder vielen von uns — das Grab schaufeln.

(Die „Freeze"-Vorstellungen Kennedys und die zum Teil etwas weitergehenden der „Freeze-and-reduce"-Kampagne werden wir in einem der nächsten „Roten Morgen" genauer unter die Lupe nehmen.)

Die Revanchisten trommeln wieder

NÜRNBERG/KÖLN. — Auf den Pfingsttreffen der revanchistischen Landsmannschaften — der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Nürnberg und der Landsmannschaft Ostpreußen in Köln — wurden offener und deutlicher als in den vorausgegangenen Jahren Forderungen nach Rückgewinnung tschechoslowakischer und polnischer Gebiete erhoben. Es ist das passende, das logisch notwendige revanchistische Begleitkonzert zu einer Politik der Bundesregierung und der Bonner Oppositionsparteien, die immer stärker auf Aufrüstung und Kriegsvorbereitung setzt. Rückeroberung der Ostgebiete, das ist und bleibt das Ziel des westdeutschen Imperialismus, und die Forderung danach und die Sammlung der reaktionärsten Elemente wird heute wieder unverhüllt betrieben.

„Unser Gebietsanspruch bleibt bestehen"

Bei den Sudetendeutschen (und denen, die sich in diesem Verein so nennen, ohne jemals in der Tschechoslowakei gelebt zu haben) schied der bisherige Sprecher und Vorsitzende, Dr. Walter Becher (Bundestagsabgeordneter der CSU), aus dem Amt. Er tat dies nicht, ohne seine Organisation auf die Verstärkung ihrer Wühlarbeit im Dienste des Revanchismus zu verpflichten. Er erneuerte den Anspruch auf Zerstückelung der CSSR:

„Das Bekenntnis zum Gewaltverzicht", so sagte er, bedeute keine Aufgabe der „gerechten" Gebietsansprüche. Zum Gewaltverzicht bekennt sich bekanntermaßen heutzutage jeder, von Strauß bis Reagan, auch Hitler hat das vor dem Krieg getan. Tatsache bleibt: „Den Sudetendeutschen" Gebiete im Osten zu geben, ist ohne militärischen Überfall auf die Tschechoslowakei — der wiederum nur denkbar erscheint im Rahmen einer kriegerischen Auseinandersetzung zwischen NATO und Warschauer Pakt, im Zuge eines 3. Weltkrieges also — gar nicht möglich. Allein diese Forderung zu erheben, ist ein eklatanter Verstoß gegen das Völkerrecht, gegen alle unmittelbar nach Niederschlagung des Hitler-Faschismus getroffenen internationalen Abkommen, die bekanntlich auch die Frage der Ostgrenzen Deutschlands und der Staatsgebiete in Europa festlegten. Schon daß dies heute in der Bundesrepublik ungestraft möglich ist, ist ein Beweis dafür, wie neben den Unionsparteien auch die Bundesregierung das Völkerrecht (im oben beschriebenen Interesse) mit Füßen tritt.

Landsmannschaften sind Nazi-Verbände

Becher ist der richtige Mann für solche Worte. Das mag ein kurzer Blick auf seinen Lebenslauf verdeutlichen:

Becher, der bereits seit dem 27.1.1968 Sprecher der SL war, war bereits seit 1945 als Spitzenfunktionär in verschiedenen Institutionen der sudetendeutschen Revanchisten tätig. Unter anderem war er Mitbegründer und langjähriger Vorsitzender des Witiko-Bundes, einer Vereinigung ehemaliger nationalsozialistischer Aktivisten, der sich erklärtermaßen als Kaderorganisation und Vordenker für revanchistische Massenorganisationen versteht und die gesamte Arbeit der SL maßgebend beeinflußt (seine Mitglieder besetzen die meisten Vorstandsposten). Von 634 Mitgliedern, die der Witiko-Bund 1958 (er wurde 1950 offiziell konstituiert) hatte, waren mehr als 600 ehemalige sudetendeutsche NS-Funktionäre.

Becher selber war Redakteur beim Organ der sudetendeutschen Nationalsozialisten unter Führung des berüchtigten Henlein, „Die Zeit". Vorbereiter des faschistischen Überfalls, Aufhetzer der deutschsprachigen Bevölkerung, als 5. Kolonne zu fungieren, wozu sich auch die Mehrheit hergegeben hat. Becher und seinesgleichen tragen die Hauptverantwortung dafür, daß das Volk der Tschechoslowakei nach dem Weltkrieg keine deutsche Enklave mehr auf seinem Staatsgebiet dulden konnte. Mit der Umsiedlung der deutschen Bevölkerung aus der CSSR und Polen, die von allen Siegermächten des Krieges beschlossen und organisiert wurde, wurde die Grundlage gelegt, ohne die es keinerlei Aussicht auf eine sichere Nachkriegsordnung, sichere Grenzen und geschlossene Nationalstaaten hätte geben können.

Insofern gibt es auch keine deutschen Vertriebenen. Nur Umgesiedelte.

Ein Ausflug in die Geschichte

Es sei an dieser Stelle ein ganz kurzer Rückblick auf die tatsächlichen Geschehnisse in der Tschechoslowakei erlaubt — die beispielhaft für die Grundlage der gesamten Umsiedlungen und das sogenannte „Vertriebenenproblem" sind —, weil das für die Auseinandersetzung mit der Propaganda der landsmannschaftlichen Revanchisten von Bedeutung ist.

Das Terrorregime, das die Nazis nach dem „Anschluß" ausübten, ist bekannt. Dafür steht vor allem ein Name — Heydrich. Vor dem Anschluß hatten natürlich die antifaschistisch gesinnten Deutschen mit aller Kraft gegen diese Politik gekämpft und waren verfolgt worden. Tatsache ist auch, daß es hier natürlich nicht nur ein Nationalitäten- sondern auch ein Klassenproblem gab, daß die werktätige deutsche Bevölkerung ebenso wie die tschechische und slowakische von der einheimischen Bourgeoisie ausgebeutet wurde. Nur eine einzige Partei hatte ein Programm zum nationalen Ausgleich in der Tschechoslowakei, und das war die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei. Deren Mitglieder waren dem Terror der Henlein-Leute ausgesetzt, für die eben auch Becher arbeitete.

Nach dem Krieg erklärte der Vorsitzende der KPTsch, Klement Gottwald:

„... Sechstens werden wir konsequenterweise und gründlich die Säuberung der Republik von den Deutschen durchführen und das Grenzgebiet mit Tschechen und Slowaken besiedeln. Die Lösung dieser Frage — wobei sich unsere Partei schützend vor die deutschen Antifaschisten stellen wird, die gemeinsam mit uns gegen Hitler gekämpft und gemeinsam mit uns gelitten haben — ist im Hinblick auf die Zukunft und Sicherheit unseres Staates von außerordentlicher Wichtigkeit. Wir müssen uns diesmal dieser ‚fünften Kolonne' entledigen, damit sich nie mehr wiederholen kann, was zu München beigetragen hat. Gleichzeitig aber werden wir darauf bestehen, daß aus den Reihen der Tschechen und Slowaken die verräterischen Elemente ausgemerzt werden, die innerhalb des eigenen Volkes eine ‚fünfte Kolonne' gebildet haben und weiterhin bilden und ohne deren Ausmerzung die neue Republik auf schwankenden Grundlagen stehen würde."

Also: Sowohl Schutz der deutschen Antifaschisten als auch Kampf gegen die reaktionären Kräfte in der Tschechoslowakei, die nun puren Deutschenhaß betreiben wollten und nur die deutschen Faschisten, aber nicht die einheimischen verfolgen wollten. (Was dann die Revisionisten, die nach Gottwald an die Macht kamen, aus dem Land machten, steht auf einem ganz anderen Blatt.)

Kehren wir in die Gegenwart zurück

Sie träten für das „Selbstbestimmungsrecht der Nationen" ein. Das ist ein, nach der brutalen Rückeroberungshetze der ersten Nachkriegsjahre mit Vorliebe vorgebrachtes Schlagwort der Revanchisten. Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen im Osten aber ist nicht gemeint. Es ist, wie wir gezeigt haben, eine Lüge, ein Hohn. Und: Die Zeit der milden Töne, das deuteten die diesjährigen Treffen an, wird nicht ewig dauern.

Das Sudetentreffen fand in Bayern statt. Nicht von ungefähr: Bayern ist „Patenland" dieser größten Landsmannschaft. Nach Bechers Amtsantritt 1968 jubelt der „Bayernkurier" über das „klare Heimat- und ostpolitische Konzept" des Henlein-Mannes Becher, den die Bayrische Staatsregierung bereits 1961 mit dem Bayerischen Verdienstorden ausgezeichnet hatte.

Strauß — „Sammelfigur" wofür?

Bei seinem letzten Auftritt für die SL revanchierte sich Becher mit einer anderen Auszeichnung, die er seinem Intimfreund und derzeitigen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß verlieh: dem „Karlspreis 1982" der SL. Und warum? Weil er und seine Kameraden in Strauß „die Sammelfigur für den Willen zur Freiheit" sehen.

Diese Wahl ist von ihrem Verständnis her sehr gut getroffen. Eine Sammelfigur aller reaktionären und aggressiv-revanchistischen Kräften in der Bundesrepublik, das ist dieser Altnazi, erklärter Interessenvertreter maßgeblicher Kreise des westdeutschen Monopolkapitals, vor allem der Rüstungsindustrie.

Strauß nahm die Auszeichnung mit „tiefer Bewegung" an. Er nutzte die Gunst der Stunde, nicht nur seine Überzeugung zu äußern, die Vorstellungen der Landsmannschaftler mögen in Erfüllung gehen — wofür er ihnen tatkräftige Hilfe zusicherte —, sondern auch Werbung für einen rücksichtslosen Atomrüstungskurs in der Bundesrepublik und ganz Europa zu machen. Er wies alle Ansinnen, die in Europa stationierten Atomwaffen durch konventionelle Rüstung zu ersetzen, zurück. (Man sollte hier keine falschen Fronten aufbauen: Dies ist eine Auseinandersetzung innerhalb der Großbourgeoisie, und gänzlich auf Atomwaffen verzichten will eigentlich ebensowenig irgendjemand, wie Strauß ein Gegner jeder konventionellen Rüstung ist.)

Becher übergab seine nunmehr personell getrennten Posten des Sprechers und Vorsitzenden der Landsmannschaft in geeignete Hände: Sprecher wurde Franz Neubauer, CSU, bayerischer Innensekretär, Vorsitzender Jörg Kudlich, CSU, Ministerialrat im bayerischen Arbeitsministerium.

„Ostpreußen ist deutsches Land"

Ebenso stramm revanchistisch wie in Nürnberg ging es Pfingsten in Köln zu, wo sich die Landsmannschaft Ostpreußen versammelte. Kein Geringerer als der Vizepräsident des Deutschen Bundestages, CDU-Mann Heinrich Windelen, tat sich mit der Forderung hervor, die per Bildschirm in Millionen deutscher Haushalte übertragen wurde: in der Politik müsse „unüberhörbar" gemacht werden — „Auch Ostpreußen ist deutsches Land!"

So offen reden führende Repräsentanten des Bonner Staates.

Die „Vertriebenenorganisationen" sind nach wie vor eine Speerspitze des Revanchismus, das haben diese Pfingsttreffen gezeigt. Ihr alljährliches Gejammer über die angeblichen „ungesühnten Verbrechen an Millionen Deutschen", gibt auch den herrschenden Parteien Gelegenheit, unter dem Deckmantel der Unterstützung des „Selbstbestimmungsrechtes der Nationen" die Bevölkerung mit den nach wie vor bestehenden Kriegszielen des westdeutschen Imperialismus vertraut zu machen.

Die Parteien der „Vertriebenen" sind traditionsgemäß die Unionsparteien. CDU und CSU waren ja auch direkt nach dem Kriege schon das hauptsächliche Auffangbecken für faschistische Aktivisten, sie unterstrichen ihre Rückeroberungsziele bereits im ersten Jahr nach der Niederschlagung der Hitler-Diktatur mit Beschlüssen wie diesen:

„Die CDU ist sich darüber klar, daß eine endgültige und befriedigende Bereinigung des Flüchtlingsproblems nur dadurch möglich ist, daß man den Vertriebenen ihre Heimat zurückgibt.

Die CDU wird deshalb immer mit Nachdruck die Forderung auf **Rückgabe der Ostprovinzen erheben, ohne die das deutsche Volk nicht leben kann.**" (Zonenausschuß der CDU in der britischen Zone, 1./2. August 1946)

„Die Vertreibung von mehr als 14 Millionen Deutscher aus ihrer angestammten Heimat widerspricht jedem Natur- und Völkerrecht. Sie hat die verzweifelte Lage des deutschen Volkes in unerträglicher Weise verschärft. Es gibt deshalb nur eine befriedigende Lösung: **die Rückgabe der Heimat...**"

Dementsprechend gibt die Sudetendeutsche Landsmannschaft, die unter der Schirmherrschaft der CSU-Staatsregierung steht, ihren „Zweck" im Paragrafen 3 ihrer Satzung so an: „... den Rechtsanspruch auf die Heimat, deren **Wiedergewinnung** und das damit verbundene Selbstbestimmungsrecht der Volksgruppe durchzusetzen".

Die SPD und natürlich auch die FDP fördern das Treiben im Sinne dieser doch wirklich unverhohlen kriegslüsternen Ansprüche trotz aller „entspannungspolitischen" Reden, trotz ostpolitischer Differenzen zur CDU/CSU, die Interessengegensätze innerhalb der Monopolbourgeoisie widerspiegeln, wobei man sich ja in letzter Zeit immer näher kommt, wenn es jetzt, da sich weltweit die Widersprüche zuspitzen, um die Festlegung eines möglichst einheitlichen Kurses im Rahmen der NATO-Pläne geht. Interessanterweise hat sich ausgerechnet der „linke" Herbert Wehner immer mit besonderer Aufmerksamkeit der Landsmannschaften angenommen. Dieses Jahr zu Pfingsten war es niemand anders als der Innenminister der sozialliberalen Regierung, Gerhart Baum, der mit Schlagworten wie „die Heimat ist ein unverzichtbares Stück von uns selbst" das Auftreten der Landsmannschaften begrüßte.

Welche Rolle die Landsmannschaften in unserem Lande spielen können, das haben ihre führenden Vertreter schon recht früh recht eindeutig selbst beschrieben.

Dazu sei noch einmal Walter Becher zitiert, dessen Worte in einer Versammlung des Bundes der Vertriebenen (BdV) vom Oktober 1963 in ihrem Kern an Gültigkeit nichts verloren haben, auch wenn die Regierungsparteien heute (noch) andere sind:

„Die Bundesregierung hat ihre Aufgabe, der BdV seine. *Aber der BdV muß um zwei Lautstärken lauter sein als die Bundesregierung, damit die Bundesregierung um einen Ton lauter werden kann.*"

Heute drängen die Unionsparteien wieder nach vorn. Strauß sollte mit entsprechender kapitalkräftiger Förderung Kanzler werden, und er steht nach der Wahlniederlage heute bereits wieder ganz vorn. Die Hilfstruppen der äußersten Reaktion werden entsprechend der politischen Lage wieder lauter, offener, unverfrorener. Es gilt, wachsam zu sein.

Aus Protest gegen Ausländerfeindlichkeit

Türkin verbrennt sich selbst

HAMBURG. — Am 28. Mai verbrannte sich in Hamburg die aus der Türkei stammende Semra Ertan auf offener Straße selbst. Es war ihr 25. Geburtstag an dem diese junge Frau ihrem Leben ein Ende setzte, weil sie sich nicht mehr in der Lage fühlte, das Elend und die Demütigung ihrer Situation in diesem Land zu ertragen. Ein verzweifelter Protest gegen den Ausländerhaß, der in der Bundesrepublik geschürt wird, aber auch gegen die Praxis des Menschenhandels zwischen der Türkei und Westdeutschland.

In einem Gespräch mit zwei Journalistinnen von ARD und ZDF hatte Semra Ertan bereits drei Tage zuvor ihre Aktion angekündigt. Nach einem ausführlichen Gespräch waren sowohl die Journalistinnen als auch Freunde der Frau davon überzeugt, sie habe ihre Absicht aufgegeben. Ein tragischer Irrtum.

So sah sie selbst die Lage der Ausländer, und so stellte sie klar, daß nicht die Völker verantwortlich sind für die Situation:

„Die Schuld liegt nicht bei den Deutschen, nicht bei den Türken. Die Türkei braucht Devisen, Deutschland die Arbeitskräfte. Mein Land hat uns ins Ausland verkauft wie Stiefkinder. Stiefkinder dort — Stiefkinder hier; unbrauchbar. Aber dennoch brauchen sie Devisen und Ruhe von Unzufriedenen. Mein Land hat mich nach Deutschland verkauft. Mein Name ist Ausländer."

„1961 habt ihr gesagt: Herzlich willkommen, Gastarbeiter! Aber nur für unsere Kraft..."

Dieser verzweiflete Protest muß Anlaß sein, für deutsche und ausländische Arbeiter und Antifaschisten gemeinsam, den Kampf gegen die Ausländerfeindlichkeit zu verstärken.

Am 3. Juni demonstrierten in Hamburg etwa 7000 Menschen gegen die Ausländerfeindlichkeit.

„Auf der Flucht erschossen"

AACHEN. — Am 31. Mai wurde ein 31jähriger Fahrlehrer, der an einer Polizeikontrolle vorbeifuhr, von einem Polizisten „auf der Flucht erschossen", wie es in einer Zeitungsmeldung heißt. Polizeibeamte gaben an, er habe ein Polizeiauto, das ihn stoppen wollte, gerammt. Angeblich nach einem Warnschuß schoß ein Beamter fünfmal gezielt. Der Fahrlehrer wurde von einem Schuß, der die Heckscheibe durchschlug, tödlich getroffen. Noch steht keineswegs fest, ob dieser Todesschuß für den Polizisten nachteilige Folgen haben wird. Die Staatsanwaltschaft will den Tathergang zuvor von zwei Sachverständigen prüfen lassen.

Polizeischüsse auf Motorradfahrer

HEIDELBERG. — Ende Mai wurden in Heidelberg zwei junge Männer von Polizisten beschossen und erheblich verletzt, weil sie ein unangemeldetes Moto-Cross-Rad fuhren.

Eine Funkstreife verfolgte die Motorradfahrer gegen zwei Uhr nachts, ohne sich den jungen Männern als Polizisten zu erkennen zu geben. In einer Sackgasse wendeten die Verfolgten und fuhren langsam auf das Polizeifahrzeug zu, aus dem inzwischen ein Beamter — im Dunkeln kaum zu erkennen — aus gestiegen war. Kurz bevor die Kradfahrer das Polizeiauto erreichen, fallen drei Schüsse, die beide Männer verletzen. Dem einen wird der Oberschenkelknochen zerschossen, die austretende Kugel bohrt sich noch ins Gesäß des Fahrers und bleibt in seinem linken Oberschenkel stecken. Eine Mofafahrerin, die zufällig vorbeikommt und nach dem rechten sehen will, wird mit der Pistole bedroht und verjagt. Einem der Verletzten setzt ein Polizist noch die Pistole an die Schläfe. Im Krankenhaus wird einer von ihnen unter Bewachung gestellt. Man kündigt den beiden an, daß gegen sie Strafanzeige wegen Verdachts des versuchten Totschlags gestellt worden sei!

Heftige Proteste gegen NPD-Landesparteitag in Lübeck

Am 22. Mai veranstaltete die NPD ihren Landesparteitag Schleswig-Holstein. Nachdem sie in den vergangenen Jahren sich immer in die kleineren Orte zu diesem Anlaß verzogen hatte, wollte sie diesmal wohl offensiver auftreten.

Gleich nach Bekanntwerden gab es vor allem in den Gewerkschaften eine klare Bewegung für die Verhinderung dieses Parteitages unter der Losung „Nazis raus aus Lübeck". So war anfangs auch klar, daß es nur einen Ort geben könne, an dem die Antifaschisten an diesem Tag zu demonstrieren hätten, nämlich dort, wo die Nazis sich versammeln. Doch aus der erhofften antifaschistisch-gewerkschaftlichen Aktion wurde nichts. Vom DGB-Vorstand wurde aus der ganzen Aktion kurzerhand eine Kundgebung in der Innenstadt gemacht, 15 Kilometer weg vom Ort des Geschehens und genau zum Zeitpunkt der Eröffnung des Parteitages. Auch aus der Losung wurde nun „Für die Verteidigung der demokratischen Verfassung". Eine solche Aktion entsprach aber nicht im mindesten dem erforderlichen Widerstand gegen das immer frechere Auftreten der Nazis, ja es führte praktisch zur Spaltung der erhofften einheitlichen Aktion. Bezeichnend, daß VVN und DKP nichts besseres zu tun wußten, als sich an diese DGB-Aktion anzuhängen.

Trotzdem kam noch eine Anti-NPD-Aktion zustande, an der auch unter anderem unsere Partei aktiv mitwirkte und die *Volksfront* landesweit mobilisierte. Schon früh morgens trafen sich ca. 300 Antifaschisten, um nach Möglichkeit den Parteitag zu verhindern. Ein riesiges Polizeiaufgebot hatte das gesamte Gelände jedoch schon systematisch abgeriegelt und stand zum Schutze der faschistischen Provokation bereit. Da gab es für die Antifaschisten kein Durchkommen.

Währenddessen zog der DGB dann seine 20-Minuten(!)-Kundgebung durch. Auf dieser Kundgebung rief die *Volksfront* dann die Teilnehmer zu einer gemeinsamen Demonstration mit den Antifaschisten in Schlutup auf und so auch an diesem Tag im Kampf um ein einheitliches antifaschistisches Handeln sich zu bemühen.

Leider kam es aber nicht zu dieser gemeinsamen Aktion. Beim DGB waren nur etwa 200 Teilnehmer gewesen, von denen zwar eine ganze Reihe das sehr gut fanden (einige kamen auch nach Schlutup), der ununterbrochene Regen aber schwächte wohl den Willen noch zu einer weiteren Aktion. Gleichzeitig waren auch die Antifaschisten vor Ort in der schwierigen Lage zwischen Wetter und Polizeiaufgebot, so daß eine weitere Demonstration zum Tagungsort nicht mehr sinnvoll war.

Dieser Nazi-Parteitag hatte in der Stadt einigen Staub aufgewirbelt und selbst in den Betrieben war er in der Diskussion. Die Pflichtschau des DGB hatte eine noch wirkungsvollere und vor allem einheitliche antifaschistische Aktion verhindert.

Die Anti-NPD-Aktion war aber ein Zeichen, daß die Antifaschisten sich nicht vor den Karren leerer Appelle im Kampf gegen die Nazis spannen lassen. Es genügt nicht, gegen die Nazis zu protestieren. Die Antifaschisten haben auch die Pflicht, die Aktivitäten der Nazis selbst zu verhindern, denn wir können es nicht zulassen, daß sie sich wieder ausbreiten. Man sollte bedenken, daß dieser Landesparteitag sicherlich mit die Aufgabe hatte, für die Landtagswahlen in Schleswig-Holstein im nächsten Jahr die Kandidaten einer Liste Ausländerstopp für Schleswig-Holstein vorzubereiten.

Anmerkung der Redaktion:

Gleich zwei Kritiken erreichten uns zu dem doch sehr kurzen Bericht über die Lübecker Aktion im RM 21/82. Und sie sind berechtigt, denn daraus ergibt sich ein falsches Bild. Wie das zustande kam? — Bei Redaktionsschluß lag uns aus Lübeck lediglich ein Flugblatt der *Volksfront* mit dem Aufruf zu den Aktionen vor. Über den Ablauf selber kein Bericht. Die Angaben in dem Artikel beruhten auf Informationen von der DKP, auf die wir in diesem Fall vertraut haben. Soll man nicht machen. Machen wir auch nicht mehr.

Spendenkampagne zum 5. ordentlichen Parteitag der KPD

Liebe Kollegen, Freunde und Genossen!

Die Spendenaffäre zeigt es wieder einmal klar: Die bürgerlichen Parteien werden durch die Bank vom Monopolkapital ausgehalten. Zig Millionen Steuergelder werden ihnen über dunkle Kanäle und über die Wahlkampfkostenerstattung für ihre arbeiterfeindliche Tätigkeit zugeschanzt.

Unsere Partei hat es dagegen schwer. Als kommunistische Arbeiterpartei verfügt die KPD über keine anderen Einnahmen als die Beiträge und Spenden ihrer Mitglieder und Freunde. Die Finanzkraft der Partei steht und fällt mit der Einsatz- und Opferbereitschaft ihrer Genossen.

Der 5. ordentliche Parteitag rückt näher. Der Parteitag wird in einer Zeit stattfinden, in der die Vertiefung der kapitalistischen Krise, die drohender werdende Kriegsgefahr und das Anwachsen der faschistischen Kräfte die Arbeiterklasse und die Partei vor große Aufgaben stellen. Ohne Geld kann die Partei diese Aufgaben nicht bewältigen, ohne viel Geld gibt es keine Vorbereitung des Sozialismus.

Führen wir deshalb zum 5. Parteitag eine große Spendenkampagne durch!

Unser Ziel:

200 000 DM Spenden für die KPD bis zum Jahresende!

Jede Mark für die Partei ist gut investiert — jede Mark für die KPD dient deinen eigenen Interessen, ist eine Mark für die Revolution.

ZK der KPD

Spenden bitte auf folgende Konten überweisen:

KPD, 4600 Dortmund 30, Bank: Stadtsparkasse Dortmund (BLZ 44050199) Kto-Nr.: 321004547.
Postscheckkonto: Postscheckamt Dortmund (BLZ 44010046) Kto-Nr.: 6420 - 467.

* * *

Spenden für die KPD sind im Rahmen der Höchstgrenzen (1800,— DM für Ledige / 3600,— DM für Ehepaare) von der Lohn- und Einkommenssteuer absetzbar. Dies bewirkt, daß 22 oder mehr Prozent der Spende vom Finanzamt erstattet werden. Auf Wunsch versenden wir Spendenbescheinigungen. **Spendenbescheinigungen für Privatpersonen können nicht für Spenden ausgestellt werden, die — laut Überweisungsabschnitten — von Zellen oder anderen Gliederungen der Partei gezahlt werden.**

Für den Erhalt aller preisgünstigen Bergmannswohnungen

Arbeiterkorrespondenz aus Dortmund

1988 läuft der Ruhrkohlevertrag aus, in dem auch das Belegungsrecht der Zechen über 200000 Wohnungen für die Kumpel geregelt ist. Die Wohnungen gehören zum Teil den Altgesellschaften des Bergbaus und zum Teil den „gemeinnützigen" Wohnungsbaugesellschaften.

Nun überraschte uns die RAG kürzlich mit der Gründung einer „Gesellschaft zur Sicherung von Bergmannswohnungen", kurz GSB genannt. Im Aufsichtsrat der neuen Gesellschaft ist zum Beispiel auch Kurt Obijou von Zeche Minister Stein, Gesamtbetriebsratsvorsitzender, vertreten.

Werden jetzt die relativ billigen Bergmannswohnungen vor dem Zugriff von Spekulanten geschützt?

Die neue Gesellschaft entpuppt sich bei näherem Hinsehen als ein Interessenverband de gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften (z. B. Neue Heimat, NRW), an die die Bergmannswohnungen übertragen werden. Die GSB übernimmt aber nur etwa 25000 Wohnungen von den Altgesellschaften. Etwa 50000 Wohnungen dagegen werden an die Altgesellschaften zurückgegeben.

Das bedeutet aber, daß nur ein Teil der Wohnungen für aktive Bergleute weiter bewirtschaftet wird. Der riesige, preiswerte Wohnungsbestand in den sogenannten Stillegungszonen dagegen, wo die ehemaligen Bergbauangehörigen, Berginvaliden usw. wohnen, werden den Altgesellschaften endgültig überlassen. Schon seit Jahren blüht das Geschäft der Spekulation in diesen Gebieten (genannt seien die Spekulanten Skutta in Castrop Rauxel, Kaussen in Bergkamen, Bauer in Gelsenkirchen).



Bergmannssiedlungen wie diese stehen schon seit Jahren auf der Abschußliste der Konzerne, was mehrere Male durch große Mieterbewegungen verhindert werden konnte.

Was machen die Altgesellschaften mit den Bergarbeiterwohnungen?

Die Altgesellschaften des Bergbaus (bekannteste: die Harpener Bergbau AG) haben sich an den Grundstücken und Häusern seit Jahrzehnten eine goldene Nase verdient. In letzter Zeit wollen auch solche Gesellschaften wie Hoesch-Wohnungsbau und Klöckner verstärkt Kapital flüssig machen, um ihre „notleidende Stahlindustrie zu retten".

Problem dabei ist jedoch: Bei der Stillegung der Zechen wurde den dort wohnenden Bergbauangehörigen oder Invaliden durch Sozialplan ein Dauerwohnrecht auf Lebenszeit eingeräumt.

Die Harpener Bergbau AG will in den nächsten sechs Jahren allein in Dortmund 2137 Gerbmannswohnungen verkaufen. Sie bietet die Ein- und Zweifamilienhäuser (die typischen Doppelhaushälften) zunächst den augenblicklichen Mietern zum Kauf an. In Lünen, wo ebenfalls die Harpener verkauft, liegen die Verkaufspreise bei 50000 bis 60000 Mark für 50 bis 60 Jahre alte Häuser. Die meisten können jedoch nicht kaufen, und das Vorverkaufsrecht ist nur ein „Bonbon", um die Mieter zu beruhigen.

Um die Mieter, die nicht kaufen wollen, unter Druck zu setzen, haben die Altgesellschaften entweder selbst immer wieder massive Druckmittel eingesetzt, oder sie überließen das Geschäft Spekulanten, denen sie gewisse Siedlungen verkauften.

Die „Dattelner Morgenpost" berichtete über den Fall der 60jährigen Irmgard Althoff, „deren einzige Schuld darin bestand, daß sie in ihrer Wohnung ein unbeschränktes Belegungs- und Dauerwohnrecht hat." Der neue Besitzer setzte ihr ein Schild „Betreten des Grundstücks verboten" vor die Tür und baute in ihrer Abwesenheit ein neues Türschloß ein. Außerdem hängten ihr Unbekannte einen schwarzen Trauerflor an die Tür, als wenn bei ihr ein Trauerfall gewesen wäre.

Ein Gewerkschaftskollege aus Lünen, befragt zu den Problemen der Mieter in den Zechenhäusern, erzählte folgendes: Die Wohnungsgesellschaften stecken in die Häuser für Reperaturen und Instandsetzung nicht mehr viel rein. So fehlt den Häusern, von außen deutlich sichtbar, jeder Putz. Einige Bewohner wandten sich an die zuständige Stelle bei der Stadt Lünen, daß die Häuser ordentlich verputzt werden sollten. Man wollte den Bewohnern jedoch nur einen „grauen Einheitsputz" zubilligen, was diese nicht wollten.

Verantwortlich dafür macht der Kollege die SPD-Politiker, die an den entsprechenden Stellen der Wohnungsbaugesellschaften und der Städte wirken. Diese vergeuden die Steuergelder lieber für sogenannte abstrakte Kunstwerke, die unsere Städte verunzieren, als für die Bedürfnisse der Bewohner.

**Ich habe den/die unten Genannte(n) als neuen Abonnenten des „Roten Morgens" geworben. Ich nehme damit am Wettbewerb teil.
Das Abo soll beginnen ab Nr. /82. Es gelten die bekannten Abonnements- und Vertriebsbedingungen.**

Name des Werbers: ....

Straße: ....

PLZ/Ort: ....

RM-Abo-Wettbewerb

Name des Abonnenten: ....

Straße: ....

PLZ/Ort: ....

(Ausschneiden, auf Postkarte kleben oder in Briefumschlag stecken, einsenden!)

Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. ......

☐ für 1 Jahr
☐ für 1/2 Jahr
☐ Probenummer

ROTER MORGEN — Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich **DM 60.-** ☐ halbjährlich **DM 30.-**

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD
☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Datum: .... **Unterschrift:** ....

(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.**

Besuch bei einer Grundorganisation der PAA

Die Kommunisten im Textilkombinat

Unser Korrespondent Johannes Vetter war Gast bei der Sitzung einer Grundorganisation der Partei der Arbeit Albaniens (PAA) im Stalin-Kombinat, einem großen Textilbetrieb in der Hauptstadt Tirana, wo er die Basisarbeit der albanischen Kommunisten „vor Ort" beobachten konnte. Hier sein Bericht.

Pünktlich um 16 Uhr ist die letzte in den kleinen Sitzungssaal gekommen, der von der Anordnung der Tische und Stühle eher an eine Schulklasse erinnert, etwa sieben Reihen zu je drei Tischen, an denen bequem drei Personen Platz nehmen können. Knapp 20 Genossinnen und Genossen sind jetzt anwesend, 10 Parteimitglieder, 4 Kandidaten, einige parteilose Kollegen sind auch eingeladen, da es heute um ein verwickeltes Problem in der Produktion geht, und die Fabrikdirektorin, die zwar auch Parteimitglied ist, aber in der Verwaltungsgrundorganisation mitmacht. Wir befinden uns in Tirana, genauer im Stalin-Kombinat, eine der drei Parteigrundorganisationen (zwei je Schicht und eine in der Verwaltung) der Spinnereifabrik beginnt gerade ihre monatliche Sitzung.

Einziger Tagesordnungspunkt: wissenschaftlich-technische Revolution. Vorne steht Genossin Sofie Shehu, geboren 1937, seit 27 Jahren Arbeiterin im Stalinkombinat, seit 24 Jahren Parteimitglied, seit über 10 Jahren Zellensekretärin, drei Kinder (zwei Mädchen, einen Jungen — auch in ihrer Grundorganisation ist die überwiegende Mehrheit weiblichen Geschlechts); sie macht anhand einer Liste die Anwesenheitskontrolle. Ohne Entschuldigung fehlt niemand.

Die Präsidiumswahl wird unbürokratisch durch Zuruf erledigt. Rechts und links neben der Parteisekretärin, die wohl zu den älteren Genossinnen gehört, nehmen zwei junge Frauen Platz; vom Plenum aus gesehen ganz links, etwas abgesondert von den drei übrigen, aber auf gleicher Höhe, eine vierte, die Protokoll führt und immer dann protestieren wird, wenn jemand im Verlauf der Diskussion zu leise, zu schnell oder zu undeutlich sprechen sollte.

Die Tagesordnung wird dadurch, daß sich bei entsprechender Frage kein Widerspruch regt, ebenfalls gebilligt und ist schon einen Monat bekannt, da sie bereits auf der letzten Sitzung festgelegt worden ist.

Genossin Sofie Shehu erhält das Wort und verliest einen etwa 20minütigen Bericht, der im Verlauf des letzten Monats von einer Arbeitsgruppe der Parteigrundorganisation ausgearbeitet worden ist.

Der Bericht wird durch eine Direktive des 7. Parteitages der PAA eingeleitet: „Das gegenwärtige Entwicklungsstadium des Landes und die großen Aufgaben, die vor uns stehen, erfordern, daß *wissenschaftliche Studien und Forschungen zu der allgemeinen Methode werden, die jede Arbeit durchzieht und ihr vorangeht und so wirksam zur Lösung der aktuellen und zukünftigen Probleme des Aufbaus des Sozialismus und der Verteidigung des Vaterlandes beiträgt.*"

Hinsichtlich von Produktivitätssteigerungen, Qualitätsverbesserung, Qualifizierung usw., fährt Genossin Sofie dann fort, habe die Grundorganisation — gestützt auf diese Direktive — eine wichtige Rolle gespielt.

„Doch heute werden wir auf der Versammlung der Grundorganisation konkret analysieren, wie wir bei der Einführung des Bauwoll-Polyester-Fadens gearbeitet und angeleitet haben."

Anfang des Jahres hat die Parteigrundorganisation diese Aufgabe übernommen. Im wesentlichen waren zwei Gründe für diesen Beschluß verantwortlich. **Erstens:** Nachfrage der Verbraucher nach Stoffen mit synthetischen Fasern, unter anderem wegen ihrer Schönheit und Festigkeit; **zweitens**: Schaffung neuer Möglichkeiten für den Export, da der Absatz von reinen Baumwollprodukten auf den Weltmärkten nach wie vor recht schwierig ist.

Ein Beschluß und seine Durchführung

Nun ist erfahrungsgemäß ein Beschluß, auch wenn er noch so richtig und notwendig ist (und Export- und Nachfrageargumente sind gewiß sehr schwerwiegend), die eine Sache, die andere ist die Durchführung und die Kontrolle der Durchführung. Und die Durchführung eines Beschlusses steht und fällt damit, ob man es versteht, die Werktätigen dafür zu mobilisieren.

Doch wie? Mit Befehlen ist da nichts zu machen, schließlich lebt man bereits seit knapp 37 Jahren nicht mehr in der alten Zeit und auch nicht im Kapitalismus, und da man auch nicht die Absicht hegt, dorthin zurückzukehren, dürfte jemand, der sich in der Rolle des Befehlshabers gefällt, nicht lange auf verantwortlichem Posten bleiben. Das hat die Partei der Arbeit Albaniens oft genug im Großen wie im Kleinen bewiesen. Auch die Anglo-Amerikaner, die Titoisten, die Chruschtschowianer und die Maoisten und wie sie noch alle heißen mögen haben ja nicht zuletzt deshalb den Stuhl vor die Tür gesetzt gekriegt, weil sie sich einbildeten, das „kleine" Albanien herumkommandieren zu können.

Also, die Befehlsmethode verbietet sich wie in jeder kommunistischen Partei und sozialistischen Gesellschaft von selbst. Wie es unsere Grundorganisation angepackt hat, geht schlagwortartig aus den Zwischenüberschriften des Berichts der Genossin Sofie hervor: **„Politische und ideologische Arbeit und die Vorbereitung aller Werktätigen"; „Organisatorische Maßnahmen zur Einführung der Faser in die Produktion"**. Und diese beiden Aspekte sind sozusagen Zwillinge, um nicht zu sagen siamesische Zwillinge, denn das erste ist ohne das zweite nicht lebensfähig und umgekehrt. Sich auf den ersten Punkt zu beschränken hieße, die Arbeiter zwar aufzuklären und zu überzeugen, sie dann aber ihrem Schicksal zu überlassen, also die Partei auf einen nur „ideologischen Faktor" ohne **konkrete** Führung zu reduzieren; sich auf den zweiten Punkt zu beschränken hieße, sich auf das bloße Administrieren zu stützen, die Arbeiter als unbewußte Masse zu betrachten und die Partei auf einen nur „operativen Faktor" zu beschränken.

Wie unsere Grundorganisation hier vorgegangen ist, berichtet uns Genossin Sofie:



Arbeiterinnen im Textilkombinat

„Zahlreiche Arbeiter verpflichteten sich, als erste an der neuen Produktionsstraße zu arbeiten. An der Spitze standen die Kommunisten Xhemali Elezi, Vitori Malaj, Naim Shyti, Vasilika Guga sowie viele andere Arbeiter."

Das persönliche Beispiel der Parteimitglieder

Die Grundorganisation hat auch den Massenorganisationen, der Gewerkschaft und dem Jugendverband, Aufgaben erteilt. Diese ergriffen alle Maßnahmen zur Popularisierung durch individuelle Arbeit und schließlich durch die Diskussion auf Versammlungen, die eigens für dieses Problem durchgeführt wurden."

Schließlich haben auch die einzelnen Mitglieder der Grundorganisation selbst unter vier Augen mit den Arbeitern gesprochen und einen regen Meinungsaustausch durchgeführt, in allen in Frage kommenden Abteilungen.

Mit anderen Worten: Der Arbeiter hatte zunächst einmalig die Möglichkeit, sich die ganze Sache mit eigenen Augen gewissermaßen aus der Distanz anzuschauen, so daß auch solche Kollegen, die dem Neuen nicht gleich mit fliegenden Fahnen entgegenstürmen, Gelegenheit haben, sich in Ruhe und angesichts eines konkreten Beispiels mit dem Neuen auseinanderzusetzen und auch anzufreunden. Das Prinzip der Freiwilligkeit führt hier die Regie. Das wichtigste Überzeugungsinstrument ist das persönliche Beispiel der Parteimitglieder.

Sofie Shehu: „Die besten Arbeiter verpflichteten sich und, wenn sie insgesamt dazu bereit waren, auch die anderen."

Nun zeigten sich natürlich Schwierigkeiten, tauchten Probleme auf, schließlich hatte man für die Produktion von Mischfasern noch keine Erfahrung. Die Maschinen waren nicht optimal justiert. Die Wollflocken sammelten sich nicht, und hier und da riß auch der Faden, was natürlich ärgerliche Unterbrechungen der Produktion hervorruft.

So gab es „im Verlauf der Arbeiten einige", berichtet Genossin Sofie, „die unzufrieden waren, andere, die sich zurückzogen und schlapp machten, doch alles in allem ging die Sache positiv, so daß das Ziel schließlich unabhängig von den anfänglichen und späteren Schwierigkeiten doch erreicht wurde ...". Man konnte Schritt für Schritt von der Experimentierphase zur normalen Produktion übergehen. Wurden im ersten Quartal 1981 96 Prozent des Plans realisiert, so waren es im zweiten dank des Kampfes der Kommunisten 115 Prozent, und auch im Juli und August wurde der Plan zu 100 bzw. 105 Prozent erfüllt.

Wo liegen die Gründe dafür? Der Bericht hat sie herausgearbeitet;

- das politische und ideologische Verständnis;
- die Bereitschaft und die Verpflichtung der Werktätigen, vor Schwierigkeiten nicht zurückzuweichen;
- die Ausbildung und Qualifizierung in erster Linie der Kommunisten mit Mittel- und Hochschulabschluß;
- die richtige Verteilung der Kommunisten, die alle an den wichtigsten und schwierigsten Arbeitsplätzen standen.



Stalin-Denkmal vor dem Werkseingang

„Es gibt in unserer Arbeit Mängel...

Die größte Hürde war also genommen, was sehr wichtig ist, denn im nächsten Jahr soll die Produktion der Mischfasern weiter ausgedehnt werden und die Erfahrungen der Vorhutschichten sind da natürlich sehr wichtig. Doch war das alles erst die Einleitung.

So heißt es z. B. im Bericht: „Obwohl wir ... über die große Arbeit gesprochen haben, die wir in dieser Hinsicht geleistet haben, dürfen wir uns dennoch mit diesen Erfolgen nicht zufrieden geben, denn es gibt in unserer Arbeit auch Mängel, für die wir die Verantwortung spüren und tragen; wir müssen Maßnahmen ergreifen, um sie in Zukunft zu korrigieren und zu verbessern."

Durch Erfahrungsaustausch, Kurzgespräche und Konfrontation der verschiedenen Leistungen ist die Erfahrung der Besten effektiver zu verbreiten. Besonders angesprochen dabei sind vier Mitglieder der Grundorganisation: Xhemali Elezi als Gewerkschaftsverantwortliche, Eleni Qendro als Jugendverantwortliche und die beiden Schichtführerinnen Engjellushe Tuçi und Myrije Tafaj.

Neben noch existierenden objektiven Problemen wie fehlende Erfahrung usw. werden auch subjektive Mängel beim Namen genannt:

„Im Verlauf der Produktion wurde der Maschinenwartung seitens der technischen Dienste nicht die nötige Aufmerksamkeit geschenkt ...

Für diese Mängel tragen wir als Kommunisten die Verantwortung, vor allem die beiden Schichtverantwortlichen und erst recht die Verantwortlichen der Abteilungen, die mehr Rechenschaft verlangen müssen."

Allerdings gibt es auch Mängel und Schwächen, deren Ursachen nicht im unmittelbaren Verantwortungsbereich der Parteigrundorganisation liegen. Gegen Ende des Berichts schreibt die anwesende Fabrikdirektorin, der man im übrigen überhaupt nicht anmerkt, daß sie etwas „Höheres" darstellt als die „einfachen" Arbeiterinnen, besonders emsig mit.

„Wir sind der Auffassung, daß die Fabrikdirektorin hinsichtlich der materiell-technischen Versorgung mehr von der Kombinatsleitung verlangen muß. Doch bislang sehen wir, daß von der Kombinatsleitung für die Lösung dieses Problems nur träge gearbeitet wird."

All das sind lebendige Beispiele, daß **Kritik und Selbstkritik konkrete Instrumente** sind, das Leben, in unserem Fall vor allem die Produktion voranzubringen.

Mit den letzten Worten des Berichts leitet die Zellensekretärin zum nächsten Punkt über:

„Gestützt auf diese Analyse haben wir mehrere Aufgaben ausgearbeitet; doch diese Aufgaben werden durch die Diskussionsbeiträge der Kommunisten, die heute auf dieser Versammlung gemacht werden, noch weiter vervollständigt."

Nacheinander ergreifen sie das Wort, sechs Genossinnen und ein Genosse, letzterer kommt in der Diskussion nicht sonderlich gut weg, nicht etwa, weil das männliche Geschlecht sich in der Minderheit befindet, sondern weil er für die Wartung der Maschinen verantwortlich ist, und die ist ja schon im Bericht der Zellensekretärin kritisiert worden. Es sei schon in Ordnung, daß man die Wartung kritisierte, meint er, dann wäre manche Anfangsschwierigkeit erspart geblieben, doch auch er bemängelt die Bemühungen der Kombinatsleitung in Sachen materiell-technischer Versorgung; ohne neue Zylinder und ausreichend Ersatzteile könne man nun einmal keine vernünftige Arbeit machen.

„Die Verantwortlichen mehr rannehmen"

Nun kommt eine Kommunistin zu Wort, die an der Maschine arbeitet. „Der Bericht hat das Problem gut analysiert. Auch bei mir gab es anfangs Schwierigkeiten, doch mit Beharrlichkeit und Hilfe ging's ganz gut. Ich möchte aber noch folgendes hervorheben. Wir Arbeiterinnen und Arbeiter befinden uns in zwei Positionen, wir sind gleichzeitig **Produzenten** und **Konsumenten**; wir müssen uns fragen, gefällt das eigentlich, was wir machen. Wir dürfen nichts erzeugen, was wir selber überhaupt nicht kaufen würden. Und hier habe ich eine Kritik: Die Qualität unserer Produktion läßt noch zu wünschen übrig. Und es ist ja nicht so, als wenn wir das nicht wüßten. Da müssen die Verantwortlichen noch viel mehr rangenommen werden."

Eine Genossin, auch sie ist mit dem Bericht einverstanden, bereichert die Diskussion durch einen knappen Erfahrungsbericht. Zuerst habe man die Sache in den Massenorganisationen beraten, um dann die Belegschaft über die Vorteile der

Fortsetzung auf Seite 10

Fortsetzung von Seite 9

neuen Produktion zu unterrichten. Besonders wichtig sei gewesen, den Ingenieuren und Technikern die ganze Geschichte begreiflich zu machen, denn Mängel in diesem Bereich wirken sich sogleich negativ auf die Moral aller Werktätigen aus.

„Wir haben die in Frage kommenden Maschinen jeden Tag gewartet, denn ist die Maschine in Schuß, schafft der Arbeiter auch gern. Wir haben auf einer Maschine mit der neuen Produktion begonnen, jetzt sind es bereits fünf."

Sie wolle noch einmal zum Problem der Qualität Stellung nehmen, ergreift eine weitere Genossin das Wort, die Sache habe bekanntlich zwei Seiten, einmal habe man die Verantwortung gegenüber der Nachfrage, also gegenüber dem Volk, zum anderen sollte man aber nicht vergessen, daß, je besser die Qualität der Exportwaren ist, desto besser kann die imperialistisch-revisionistische Blokkade durchbrochen werden. Drei Punkte seien es, die sich auf die Qualität auswirken:

- gute Maschinenwartung;
- Qualifikation der Werktätigen im allgemeinen;
- Qualifikation der Produktionsarbeiter im besonderen.

Die Diskussion dauert eine knappe Dreiviertelstunde. Herausragendes Merkmal ist, daß nicht belangloses Zeug geschwätzt wurde; alle Diskussionsredner sind vorbereitet in die Sitzung gekommen, sprechen zuerst über die eigene Arbeit, kritisieren dann, wenn nötig, verschiedene Genossen oder übergeordnete Stellen und nehmen vielleicht noch zu einem allgemeineren Problem Stellung, das ihrer Meinung nach noch nicht umfassend genug behandelt worden ist, z. B. Wartung, die Verantwortung gegenüber dem Volk und Export hinsichtlich der Qualität; und alle, die das Wort ergreifen, weisen darauf hin, daß man sich am Vorabend des 40. Jahrestages der Parteigründung und des 8. Parteitags besonders anstrengen müsse.

Die Kandidaten

Eine Kommunistin hat in jhrem Beitrag auch darauf hingewiesen, daß es sehr wichtig sei, die Kandidaten der Grundorganisation mit konkreten Aufgaben zu betrauen und daß das in ihrem Bereich gute Ergebnisse gezeitigt hätte.

Eine der vier Kandidaten der Grundeinheit ist die höchstens 25jährige Arbeiterin Vasilika Guga. Sie ist im Dezember 1979 in die Partei eingetreten. Sie gehört somit zu dem Heer von 24363 Werktätigen, die zwischen dem 7. und 8. Parteitag der Partei beigetreten sind. Heute kämpfen 122600 Kommunisten in den Reihen der PAA, das sind 4,5 Prozent der Bevölkerung. Nach dem 8. Parteitag, im Dezember etwa, entscheidet die Grundeinheit darüber, ob Vasilika als Vollmitglied aufgenommen wird. Das wird neben der allgemeinen politisch-ideologischen Einschätzung auch davon abhängen, wie sie die Aufgaben erfüllt hat, die jeder Kandidat der PAA von seiner Grundorganisation übertragen bekommt. Bei der Genossin Vasilika sind das folgende:

- zwei Kollegen aus der Belegschaft zwei Qualifikationsstufen höher bringen;
- im Auftrag der Partei die Arbeit der Jugendorganisation vorantreiben;
- in der Jugendorganisation zwei Themen durcharbeiten, a) „Imperialismus und Revolution", b) „Betrachtungen über China", beides verfaßt vom 1. Sekretär der PAA, Genossen Enver Hoxha.

Gegen Ende der Sitzung, es ist jetzt vielleicht 17.10 Uhr, ergreift noch einmal Genossin Sofie Shehu das Wort. Sie verlangt, die aus dem Bericht und den Diskussionsbeiträgen herausgekommenen Aufgaben in einem für alle verbindlichen Parteibeschluß festzuschreiben, und formuliert sogleich einen Beschlußentwurf:

„Mit den Arbeitern sind Kurzversammlungen durchzuführen; die Gewerkschaft muß vorbildliche Arbeit popularisieren und jeden Tag die Produktionsergebnisse auf Abteilungsebene veröffentlichen; schwache Leistung ist zu kritisieren; die Gewerkschaft muß den Wettbewerb organisieren, zwischen Kollektiven und zwischen einzelnen Arbeitern.

Zusätzliche Aufgaben: mehr Rechenschaft verlangen, hartnäckiger auf der Durchführung der Aufgaben bestehen; die für die Maschinenwartung verantwortlichen Genossen müssen sorgfältiger arbeiten; weitere Arbeiter sind zur neuen Produktion heranzuziehen; unbedingt die Qualität in den Vordergrund stellen; die Kombinatsleitung muß die verschiedenen Abteilungen besser beliefern; auf der Novembersitzung der Grundorganisation muß jedes Mitglied Bericht erstatten."

Der Beschlußentwurf wird einmütig und ohne Diskussion verabschiedet. Die Tagesordnung für die Novembersitzung wird festgelegt: Wirtschaftsfragen, konkret: Wie ist der Plan für die ersten 9 Monate gelaufen? Wie sieht es mit dem Jahresplan 1981 aus, dem ersten Jahr des 7. Fünfjahrplans?

Schon ist die Sitzung zu Ende. Die Kommunistinnen (während der Sitzung wurde nicht eine Zigarette geraucht) strömen nach draußen, der Bushaltestelle zu, die sich auf dem Gelände des Textilkombinats befindet, vielleicht 15 Meter rechts vom großen Stalin-Denkmal, das jeden, der das Kombinat besucht, begrüßt.

Johannes Vetter

Militarisierung der Wirtschaft vertieft Krise

Reagans warmer Regen für Rüstungsgewinnler

10,5 Millionen Menschen ohne Arbeit

WASHINGTON. — Die Ergebnisse der Wirtschaftspolitik der Regierung Reagan und des sie stützenden rechten Flügels der Republikanischen Partei der USA sind eindeutig: Noch nie nach der großen Depression zu Beginn der 30er Jahre gab es so viele Arbeitslose, so viele Firmenpleiten, so viele Arme in den USA wie heute. Der einzige Sektor, der floriert, ist die Rüstung.



Der Bundespräsident dankt den amerikanischen Besatzungssoldaten. Nicht ganz so hintergründig wie Franz Josef Strauß auf dem CSU-Parteitag, der kühn behauptete, die NATO-Mitgliedschaft sei auch ein Schutz vor den USA, die Bündnisland anders betrachten würden, denn neutrales Gebiet ...

Man solle die Friedensbewegung nicht personalisieren, das war im Vorfeld des NATO-Gipfels, bei dem Reagan zu uns kommt, ein Argument gegen eine Großdemonstration, die sich direkt gegen den US-Präsidenten richtet. Betrachtet man aber die heutige Lage in der USA selbst, so kann man sehr schnell sehen, daß Reagan mit seiner Person und seiner Regierung für jene gesellschaftlichen Kreise steht, die am meisten an der Hochrüstung verdienen und die diesen Kurs ganz bewußt fordern und immer weiter verstärken wollen.

Die Reagansche Politik ist konzentriert in den beiden Rüstungshaushalten, die in diesem Jahr gelten, bis und ab dem 1. Oktober. Im Jahr 81/82 sind dies 185 Milliarden US-Dollar, im darauffolgenden sogar 216 Milliarden Dollar. Umgerechnet zusammen etwa 850 Milliarden Mark. MX-Interkontinentalraketen, Mittelstreckenraketen, Neutronenbombe, chemische Kampfstoffe, Trident-Unterseeboote, B 1 und B-52-Bomber, Yah-64-Hubschrauber, Flugzeugträger, 7000 neue Panzer, 12000 neue LKW-Transporter, bis hin zu neuen Maschinengewehrtypen und Handgranaten geht das größte Rüstungsprogramm der Weltgeschichte.

In den nächsten fünf Jahren soll sich die Summe auf insgesamt etwa 3200 Milliarden Mark belaufen — falls eine solche Summe irgend jemandem noch etwas sagt. Und betrachtet man die Nutznießer dieses Programms, so sind es die größten Monopole der USA, die die größten Aufträge „an Land gezogen" haben. 30 Milliarden Mark etwa will Rockwell International für sein Bomberprogramm in diesem Zeitraum kassieren. 15 Milliarden Mark will General Dynamics allein 1982 kassieren, denn dieser Konzern liefert die größte Vielfalt an Rüstungsgütern. Diese Reihe könnte man fortsetzen mit Unternehmen wie ITT, United Technologie, Lockheed, Mc Donnell Douglas, General Motors, General Electric und Litton Industries.

Es sind jene Betriebe, die im Besitz bzw. unter dem Kommando der größten Kapitalistengruppe der Vereinigten Staaten von Amerika stehen, der Rockefeller, Morgan, Dupont de Nemours, Vanderbilt und Kaiser. Das sind die Leute und Gruppen, die Reagans Aufstieg von Anfang der 60er Jahre an bezahlt und organisiert haben, die von ihm dieses Programm gefordert haben, die ihre direkten Beauftragten in dieser Regierung haben, wie den Rockefeller-Angestellten und früheren CIA-Chef George Bush, heute Reagans Stellvertreter.

Auf der anderen Seite dieser wahrhaft irrsinnigen Aufrüstungspolitik steht eine Politik des scharfen sozialen Abbaus, der Verarmung von mehreren Millionen Menschen, längst nicht nur nationaler und rassischer Minderheiten, sondern zunehmend auch der Arbeiterschaft selbst, die diesen Kurs mit millionenfacher Arbeitslosigkeit bezahlt. Während die Bänder der Rüstungsschmieden auf Hochtouren laufen, ist die gesamte Auslastung der Kapazität der Industrie auf 71,1 Prozent gesunken. Dabei ist — neben der Automobilindustrie — inzwischen vor allem das Bauwesen betroffen: Im ersten Vierteljahr 1982 wurde über ein Drittel weniger gebaut als noch im selben Vorjahreszeitraum, wo es ebenfalls bereits abgesunken war.

Reagan versucht nun, seine Hochrüstungspolitik als Mittel gegen die ständig wachsende Massenarbeitslosigkeit zu verkaufen. Man werde damit im Zeitraum der Jahre 82/83 rund 330000 neue Arbeitsplätze schaffen. Einmal abgesehen von den 45000 neuen Soldaten, die dabei mitgezählt werden — alleine 20000 zusätzliche Bombenpiloten sind eingerechnet —, wollen die Rüstungsbetriebe 285000 neue Arbeiter einstellen.

Diese Propaganda widerspricht jedoch den Tatsachen. Wenn beispielsweise General Motors in seine Rüstungsbetriebe rund 5000 Arbeiter einstellen will und dies als Erfolg der Reaganschen Wirtschaftspolitik gefeiert wird, so sollte man zur selben Zeit wissen, daß seit seinem Amtsantritt — und auch nur seitdem sein Programm wirksam wird — schon ein Mehrfaches dieser Zahl den Arbeitsplatz verloren hat.

Dann sollte man auch daran denken, daß zahlreiche Firmen verschiedener Branchen nicht zuletzt deswegen Pleite machten und Hunderttausende auf die Straße warfen, weil Militärausgaben und Sozialkürzungen einen immer geringeren privaten Verbrauch erlauben.

Und man sollte auch wissen, daß Arbeitslose aufgrund dieser Sozialpolitik in einem Zustand leben, der ihnen keinerlei Konsum mehr erlaubt. Alles dies sind Rückwirkungen der Militarisierung der gesamten Wirtschaft, die Reagan betreibt, die die Krise immer mehr vertiefen und die — im Gegensatz zur staatlichen Propaganda — keine Arbeitsplätze schaffen, sondern vernichten.

Für diejenigen Kreise aber, die am Rüstungskapital beteiligt sind, und die eine immer weitere Verstärkung der allseitigen Aufrüstung fordern, für diese ist es das Jahrhundertgeschäft schlechthin. Ihre Profite wuchsen ins Unermeßliche, ihre Aktien steigen, als wären es selbst Raketen.

Und diese Rüstungsgewinnler sind ja, wie oben schon gesagt, keine Randgruppe der Reichen in den USA, keine besondere Gruppe. Sondern es sind jene Superreichen, die auch das Ölgeschäft beherrschen und ihre Ölmanager als erste nach Aufrüstung zur Sicherung der Ölversorgung rufen ließen.

Regans Politik wird weder durch irgendwelche Automatismen, nicht näher erklärbaren Prozessen oder ähnliches bestimmt und auch nicht durch eine Handvoll Generäle, sondern von den Großkapitalisten, die einmal mehr an einem Waffengang verdienen wollen und ihre Geschäfte, wenn nötig, durch einen Krieg, sichern werden.

Hinter der Person Reagan, der nach Bonn kommt, steht das amerikanische Großkapital, das schon so viel Blut an seinen Händen hat und schon so viele kleine und mittlere Kriege in Szene gesetzt hat, das sich auch vor einem großen Krieg, möglichst in Europa, nicht scheuen wird.

Deshalb handelt es sich bei der Demonstration gegen Reagan nicht um eine Personalisierung, sondern um eine Aktion gegen Kräfte, die am meisten am Krieg interessiert sind.

Nun auch offiziell

Spanien ist NATO-Mitglied

MADRID. — Über Pfingsten wurde offiziell die NATO-Mitgliedschaft der spanischen Monarchie bekanntgegeben. Gegen den Widerstand großer Teile der Bevölkerung vollzog die spanische Regierung diesen lange vorbereiteten Schritt. Die Parteien der parlamentarischen Opposition hatten alles getan, um die Protestbewegung gegen den Beitritt möglichst unwirksam zu lassen. Von den großangekündigten Kampagnen der PSOE und PCE war kaum etwas zu sehen. Bei den wenigen organisierten Aktionen aber waren Hunderttausende im Protest versammelt.

Ihr Protest galt dabei nicht nur der Aufgabe eines Stücks Souveränität des Landes durch den Beitritt zu diesem von den USA beherrschten Pakt. Denn schon vorher waren ja zahlreiche USA-Stützpunkte in Spanien, gab es einen zweiseitigen Vertrag, der eine solche Aufgabe ebenfalls festschrieb.

Der Protest richtet sich vor allem gegen die Gefahr einer stischen Kräfte in Spanien, der Franco-Truppen, die jetzt wieder mobil machen. Für diese Kräfte ist die Armee schon von jeher und erst recht nach Francos Tod ein Sammelpunkt gewesen. Ihre politische Rolle offenbarte sich nicht erst mit dem Putschversuch zu Beginn des letzten Jahres und auch nicht mit den seitdem immer wiederholten erneuten Putschdrohungen.

Rechte unter der Führung Iribarnes im Angesicht der ständigen Wahlniederlagen zu einem einzigen reaktionären Parteiblock zusammenfindet, um die Mehrheit zu behalten, da die Haßtiraden der Faschisten immer offener werden, ist dieser NATO-Beitritt ein zusätzlicher Gefahrenpunkt auch für die innere Entwicklung des Landes. Denn, daß die NATO nicht nur gegen faschistische Armeen nichts hat, nicht nur glänzend mit ihnen zusammenarbeitet, sondern solche Kräfte fördert, angeblich zur „Verteidigung der Demokratie", das ist seit der Salazar-Diktatur in Porutgal, seit dem Putsch der griechischen Obristen und seit dem Putsch in der Türkei allgemein bekannt.

Die spanische Reaktion nutzt denn auch diesen Beitritt sofort dazu aus, eine Kampagne sich dieser Mitgliedschaft würdig erweisen — das heißt natürlich vor allem, in ihren Augen, das „Treiben" der linken, demokratischen und revolutionären Kräfte zu unterbinden. Mit Sicherheit, das kann man heute unterstellen, gibt es bereits jetzt innerhalb der spanischen Generalität Überlegungen zur Vorbereitung eines ähnlichen Putsches wie es ihnen ein anderer NATO-General vorgemacht hat: Evren aus der Türkei.

Aber auch international bringt der NATO-Beitritt Spaniens neue Probleme und Gefahren: So zum Beispiel die Forderung der herrschenden Klasse Spaniens, die afrikanischen Besitztümer Spaniens in den NATO-Vertrag einzubeziehen und andererseits die Besetzung Gibraltars durch den jetzigen NATO-Partner Großbritannien. Und bereits jetzt wurden erstmals Pläne bekannt, auch Spanien zu einem Depot amerikanischer Atomwaffen zu machen, wogegen sich insbesonde-

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
13.00-13.30	9375 kHz 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
14.30-15.00	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
16.00-16.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
18.00-18.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
19.00-19.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW
	2. Programm	
21.30-22.00	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
23.00-23.30	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
6.00-6.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW



Lob aus dem Westen und aus Moskau

Ungarns kapitalistische Wirtschaftsreform wird fortgesetzt

Anfang Mai wurde der Vertrag über den Beitritt der Volksrepublik Ungarn zum Internationalen Währungsfonds (IWF) unterzeichnet. Damit ist nach Rumänien bereits das zweite Land des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), der von der UdSSR beherrschten Wirtschaftsgemeinschaft, IWF-Mitglied. Polens Beitritt, der ebenfalls bereits vorbereitet wurde, war nach der Verhängung des Kriegsrechts suspendiert worden.

Dieser Schritt Ungarns in den IWF ist kein Zufall, sondern Ergebnis einer seit langem angelegten Wirtschaftspolitik der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei von Janos Kadar.

Drei Tatsachen muß man erwähnen, um deutlich machen zu können, wohin die Entwicklung dieses pseudosozialistischen Staates läuft. Zum ersten ist der Charakter dieses IWF, dem Ungarn nun beigetreten ist, ganz eindeutig. Es handelt sich dabei um eine internationale Organisation zur Verleihung von kurzfristigen Krediten für Länder in Finanzschwierigkeiten. Die Entscheidungen werden in Abstimmungen getroffen, bei denen jeder so viele Stimmen hat, wie es dem von ihm einbezahlten Anteil entspricht. Von daher ist es keine Überraschung, daß es die USA sind, die rund ein Drittel aller Stimmen auf sich vereinigen, und das bei rund einhundert Mitgliedsstaaten. Zusammen mit den größten EG-Staaten eine sichere absolute Mehrheit. Hinzufügen sollte man, daß der IWF dafür bekannt ist, daß er bei der Vergabe von Krediten sehr umfangreiche und sehr konkrete wirtschaftliche Auflagen macht, die stets dem Wirtschaftsmoddell der USA entsprechen, Portugal und die Türkei waren in der letzten Zeit Objekte des IWF in Europa, und die Werktätigen dieser Länder bezahlten die Kredite an ihre Kapitalisten mit wachsender Arbeitslosigkeit und steigender Inflation.

Es handelt sich also um den freiwilligen Beitritt eines angeblich sozialistischen Landes in eine vom Kapitalismus beherrschte Organisation, um eine Eingliederung der Wirtschaft Ungarns in die kapitalistische Weltwirtschaft.

Abgerundet wird diese Integration durch eine weitere Maßnahme, die in Richtung auf einen freien Geldwechsel zwischen dem ungarischen Forint und den westlichen Währungen wie Mark und Dollar hinzielen. Die volle Konvertierbarkeit des Forint wurde durch eine Festlegung von 1:35 zum US-Dollar faktisch bereits vollzogen. Was so gut klingt, freie Möglichkeit des Geldwechselns, bedeutet in der Praxis, daß beispielsweise westliche Großbanken die Möglichkeit haben, durch Ansammlung von Forints auch als einzelne direkt in die ungarische Wirtschaft hineinzuwirken.

Schließlich muß man erwähnen, daß diese beiden Maßnahmen auf Grundlage einer seit langem durchgeführten und in der letzten Zeit entscheidend verstärkten Reprivatisierungspolitik getroffen werden, die den Charakter der ungarischen Wirtschaft bereits entscheidend verändert haben. Tatsache ist, daß heute nicht nur die Hälfte aller sogenannten Dienstleistungen von privaten Betrieben geleistet werden.

Auch ein immer wichtigerer Teil der landwirtschaftlichen Erzeugung wird in den Privathöfen produziert, bei einigen Erzeugnissen bis zu drei Vierteln der nationalen Gesamtproduktion. Und jetzt wird dies auch auf die Industrie ausgedehnt. Zwar heißt es offiziell, nur etwa 3 Prozent der Gesamtleistung der ungarischen Wirtschaft würden durch Betriebe in Privatbesitz erzeugt und diese dürften auch nur bis zu 100 Arbeiter und Angestellte beschäftigen. Aber dem steht entgegen, daß selbst in der ungarischen Presse bereits private Betriebe genannt werden, die bis zu 1000 Menschen beschäftigen, private Großbetriebe also, und daß die Erzeugung in speziellen Sektoren wesentlich stärker privatisiert ist als im Durchschnitt.

Und so werden in Ungarn dann auch bereits Stimmen laut, die fordern, daß man das Recht auf einen Arbeitsplatz beispiesweise auch offiziell abschaffen sollte, daß man sogenannte unrentable Betriebe eben leider schließen müßte — ein Argument, das gerade heute bei uns so gut bekannt und keineswegs sozialistisch ist.

Über diese Entwicklung in Ungarn ist man allgemein des Lobes voll. Im Westen, wo man jeden Schritt, der im Osten in Richtung offenen Kapitalismus getan wird, lebhaft begrüßt, sowieso. Hier wird das ungarische „Wirtschaftswunder" damit erklärt, daß zunehmend westliche Methoden eingeführt werden, die eben, so die Propaganda, sich einmal mehr als Überlegene erwiesen hätten. Aber auch die „Prawda" lobt — für manchen vielleicht erstaunlich — die ungarischen Reformen. So, schrieb die „Prawda", könne man Probleme lösen.

Man sollte sich dabei daran erinnern, daß noch vor fünf Jahren, 1977, Polens Edward Gierek — ebenfalls in Ost und West — für einen ähnlichen Kurs ebenfalls lautstark gelobt wurde, bis dann die Arbeiterbewegung Polens, die sich gegen ihr immer schlechteres Leben zur Wehr setzte, dazwischen kam.

Und für Moskau, das erweist sich an diesem Beispiel in aller Deutlichkeit, sind ein kapitalistisches Wirtschaftssystem und entsprechende Reformen solange kein Grund zu Drohungen und Erpressungen, wie die Führungsschicht des betreffenden Landes ihre Bereitschaft erklärt, bei der Moskauer Stange zu bleiben. Die aus Moskau so sehr diffamierten Forderungen der polnischen Gewerkschaft Solidarność, selbst wenn man sie einmal ganz einseitig nur prokapitalistisch auslegen würde, waren der angebliche Grund für das von Moskau inszenierte Spektakel des Generals Jaruzelski, sie waren aber um keine Spur extremer als das, was Ungarns Kadar mit Moskauer Billigung macht.

Der Unterschied: in Ungarn gibt es keine kämpfende Arbeiterbewegung, die für Gewerkschaftsrechte eintritt, wie in Polens Kapitalismus. Das kann ja noch kommen. Das „polnische Wunder" verblaßte bei zunehmender Verschuldung, Rumänien hat mit erheblichen Problemen und ebenfalls mit kämpfenden Arbeitern zu tun, in Ungarn kann sich so etwas anbahnen. Und dann wird sich mit Sicherheit der Moskauer Ton verändern ...



Ungarische Arbeiter — die „Reformer" bereiten Pläne vor, bis zu einem Drittel zu entlassen. Grund, gut bekannt aus unseren Landen: Mangelnde Produktivität

Regierung schwer angeschlagen

Komplizierte Lage in Portugal nach dem Generalstreik

LISSABON. — Mehrere wichtige Funktionäre des in Portugal regierenden „AD"-Blocks der bürgerlichen Parteien sind in den Tagen nach dem Generalstreik zurückgetreten, darunter ein Fraktionsvorsitzender im Parlament und hohe Funktionäre zweier der drei den Block bildenden Parteien. Sie traten zurück und aus den jeweiligen Parteien und dem Block aus. Unter ihnen waren auch zwei Politiker, die als Architekten des Blocks „AD" galten. Sie sahen ihre Ziele als gescheitert an, gaben sie zur Begründung ihres Schrittes an, da die Veränderung der Verfassung so nicht mehr durchzusetzen sei.

Die Verfassungsreform war das Hauptziel, das sich der Block bei seiner Bildung und siegreichen Wahlkandidatur gesetzt hatte. Damit sollte die jahrelange Restaurationspolitik, mit der alles, was die Revolution vom April 1974 erreicht hatte, wieder rückgängig gemacht werden sollte, gekrönt werden. Denn in dieser Verfassung ist festgehalten, daß Portugal ein Land auf dem Weg zum Sozialismus sei.

Nun: Sicher stimmt dies heute längst nicht mehr, wenn man sich die Lage im Lande betrachtet. Aber trotzdem: Diese Verfassung zu ändern würde eine einschneidende Machtveränderung bedeuten. Zugunsten der Reaktion und des Großkapitals. Denn damit soll der Landreform das endgültige „Aus" beschieden werden, soll die Reprivatisierung der Banken vollends durchgesetzt werden, sollen die — relativ weit gehenden — politischen und gewerkschaftlichen Rechte, die sich die Arbeiter Portugals in Stadt und Land erkämpft haben, beseitigt werden.

Der Überfall der Polizei auf die Maikundgebung in Porto war dann Anlaß für den zweiten eintägigen politischen Generalstreik in Portugal in diesem Jahr gewesen. Denn die beiden Todesopfer unter den Arbeitern, das war ein brutales Anschauungsbeispiel dafür, was nach einer Verfassungsänderung, die ja auch der Polizei mehr Rechte einräumen soll, auf die Werktätigen des Landes zukommen würde.

Deshalb auch die hohe Beteiligung von knapp über 70 Prozent aller Arbeiter und Angestellten trotz des Aufrufs der Sozialistischen Partei Portugals und der von ihr geführten UGT-Gewerkschaft, sich nicht am Generalstreik zu beteiligen, da dies nur ein kommunistischer Streik sei — die Beteiligung hat das Gegenteil deutlich bewiesen.

Daß an diesem zweiten Generalstreik wesentlich mehr Arbeiter und Angestellte teilnahmen als im Februar, daß vor allem in den Industriezentren von Lissabon und Porto die Beteiligung nahezu geschlossen war, daß hat nun den politischen Rückhalt der „AD"-Regierungskoalition entscheidend geschwächt. Nicht nur, daß alleine die Zahlen schon zeigen, daß auch viele derjenigen, die damals der demagogischen „AD"-Propaganda aufgesessen waren und sie gewählt hatten, jetzt gegen die Regierung streikten. Auch viele noch Unentschlossene sind durch diesen Streik davon überzeugt worden, daß dies eine Regierung ist, die längst nicht mehr mit einer Mehrheit rechnen kann.

Dabei gibt es innerhalb der „AD" eine Kräfteverschiebung nach rechts, denn während die Sozialdemokratische Partei immer mehr an Einfluß und auch Posten verliert, wird im Verhältnis dazu das Demokratisch-Soziale Zentrum immer stärker.

Die Teilnehmerzahlen am Generalstreik hätten noch wesentlich größer sein können, hätte nicht beispielsweise die Führung der CGTP-Gewerkschaft von sich aus darauf verzichtet, die Busfahrer und Eisenbahner im Süden des Landes zum Streik aufzurufen — wegen des gleichzeitigen Papstbesuchs. Die Kader der revisionistischen KP Portugals haben dabei in vielen Fällen ebenfalls verhindert, daß Massenstreikposten vor den Betrieben organisiert wurden, was den Schutz vor Streikbruch wesentlich verstärkt hatte.

Die Kommunistische Partei (Wiederaufgebaut) aus Portugal betonte in einer Erklärung des Zentralkomitees unserer Bruderpartei, die in Bandeira Vermelha (Rote Fahne), dem Zentralorgan der Partei, veröffentlicht wurde, daß die Situation jetzt erst recht den noch größeren überparteilichen Zusammenschluß und die noch größere Entschlossenheit für den Kampf zum Sturz der „AD"-Regierung erfordert. Die revisionistische KP Portugals dagegen setzt auf die Taktik, die Arbeitermassen herauszuhalten und Abkommen mit dem Staatspräsidenten zu schließen.

Diese Diskussion um den weiteren Weg zum Kampf für den Sturz der reaktionären Bürgerblockregierung nimmt innerhalb der CGTP, der mit Abstand größten Gewerkschaft des Landes, nun breiten Raum ein. Denn nach den wichtigen Erfolgen der Revolutionäre bei den Gewerkschaftswahlen und den Wahlen zu den Betriebskomitees hat auch ihr mutiges Verhalten und ihr großer Einsatz beim Generalstreik zu einem weiteren Anwachsen ihres Einflusses und Ansehens geführt. Die Ausgangslage zur Verstärkung des Kampfes, die Chancen für den Sturz dieser Regierung, die die Ergebnisse der Aprilrevolution beseitigen will, sind also gegenwärtig sehr günstig. Die anfangs genannten Rücktritte und Austritte sind ein deutliches Zeichen dafür, daß die Regierung und die sie tragenden Blockparteien in einer schwierigen Lage sind.

Nach vier Wochen Dauer

Westdeutsche Hetze gegen Streik der Rotterdamer Hafenarbeiter

Seit vier Wochen streiken im Rotterdamer Hafen die fast 3000 Arbeiter. Sie fordern die Einführung der 35-Stunden-Woche und die Senkung des Rentenalters. Dieser Hafenarbeiterstreik ist erneut ein Zeichen dafür, daß auch in den Niederlanden, noch vor kurzem ein von der bürgerlichen Propaganda laut gelobtes „sozial stabiles" Land, die Arbeiter sich immer entschiedener gegen die kapitalistische Krisenpolitik zur Wehr setzen. Ein wichtiger Anstoß für die in letzter Zeit zunehmenden Streiks in den Niederlanden war im letzten Jahr der erfolgreiche Kampf der Ford-Arbeiter gegen die angedrohte Werksschließung. Dieser Kampf im Rotterdamer Hafen, der auch auf die westdeutsche Wirtschaft sich auszuwirken beginnt, ist nun Gegenstand einer heftigen Hetzkampagne in den bundesdeutschen Medien.

Den Vogel schossen dabei sozialdemokratische Blätter im Ruhrgebiet ab, wie die Dortmunder „Westfälische Rundschau", die sich zum Sprachrohr der Stahlkonzerne machte. Wenn der Streik weiter andauerte, so stand es da in einem groß aufgemachten Artikel, dann müßten die Stahlbetriebe an der Ruhr deswegen Kurzarbeit einführen.

Mit anderen Worten: Den Stahlarbeitern soll nahegebracht werden, daß es die Hafenarbeiter aus Rotterdam sind, die daran Schuld sind, wenn sich ihre Lage hier an der Ruhr weiter verschlechtert. Fast drei Viertel des hier verarbeiteten Erzes würde über Rotterdam angeliefert, der Lagervorrat reiche nicht mehr lange, die Beschäftigung sei wegen des Streiks sehr kritisch. Mit dem Aufruf der Internationalen Transportarbeiterföderation, keine Streikbrecherarbeit für den Rotterdamer Hafen zu leisten, sehen die Stahlkonzerne sozusagen den Teufel hervorkriechen.

Der Versuch, die Arbeiterklasse — nicht nur verschiedener Länder — durch solch eine Propaganda gegeneinander aufzubringen, ist weder neu noch mit neuen Argumenten versehen.

Die Politik, die die Unternehmer betreiben, wird dabei — natürlich — außen vor gelassen. Um was es den Rotterdamer Arbeitern geht, wird — bestenfalls — nebenbei erwähnt.

Und auch vom DGB wird herzlich wenig unternommen, diesen Kampf der Hafenarbeiter, der ja nicht nur in Rotterdam ausgetragen wird, hier im Lande bekanntzumachen. Vielleicht fürchtet da manch einer, daß die Idee, sich ständig und unablässig für die Verkürzung der Arbeitszeit in der Woche einzusetzen, die Unternehmer zu bekämpfen, sich hierzulande breit machen könnte? Immerhin läuft ja der Tarifvertrag über den Kniefall, den die IG Metall 1978 machte, demnächst aus ...

Dabei ist es in den Niederlanden, wie auch in einigen anderen EG-Staaten so, daß in einigen Branchen bereits eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit — bei vollem Lohnausgleich — erkämpft wurde.

Der Streik der Rotterdamer Hafenarbeiter ist für die Stahlarbeiter an der Ruhr wahrlich weder eine Gefahr noch ein Übel, im Gegenteil.

Es ist ja schließlich einzig ein Problem der Konzerne, ihren Nachschub zu organisieren. Wenn sie das nicht schaffen, wäre es nur gerecht, sie und nicht die Arbeitslosenversicherung müßten Löhne weiter bezahlen, wenn sie kurzarbeiten lassen, und zwar voll. Für die Stahlarbeiter sollte und muß dies viel eher eine Ermunterung dafür sein, ihrerseits den Kampf, den sie 1978 nur durch die Rolle der Gewerkschaftsführung verloren haben, fortzusetzen, und dem Kampf der niederländischen Hafenarbeiter solidarisch beizustehen.



Polizeistaat in Brokdorf — verdient Kiep beim AKW-Bau mit?

Leisler Kiep gegen „taz"

Geschäfte mit Atomkraftwerken

Walter Leisler Kiep, der Mann, den die CDU nach Hamburg schickte, zeigte sich erbost: „Wir werden Schritte gegen diese Zeitung unternehmen, die übrigens auch mal sagen sollte, woher sie ihr Geld bekommt — Gerüchten nach aus dem Osten." Gemeint mit „dieser Zeitung" war die „taz", die mit Meldungen über Kieps Geschäftsverbindungen für Leben im Hamburger Wahlkampf gesorgt hatte.

Es ging dabei um das gerade in Hamburg seit Jahren heftig umstrittene Atomkraftwerk Brokdorf. Die SPD war unter Dohnanyi ja gerade erst aus Kloses Ausstieg wieder voll in das Projekt eingestiegen — während die CDU, an der Spitze ihr an die Alster geschickter Kandidat Kiep, sich von vornherein für Brokdorf stark gemacht hatte. Der „taz"-Bericht nun ließ vermuten, daß speziell bei Kiep nicht nur die berühmten übergeordneten Interessen für seine Pro-Brokdorf-Haltung verantwortlich waren, sondern auch ganz massive persönliche Interessen.

Kiep nämlich ist mit 10 Prozent bei Gradmann & Holler beteiligt, dem zweitgrößten Versicherungsmakler in der BRD. Die „taz" hatte geschrieben, daß G & H auch beim Brokdorf-Projekt aktiv sei und für die Firma einen jährlichen Reingewinn von 1,5 Millionen Mark bei der Versicherungstätigkeit für dieses Projekt ausgerechnet. Einige fehlerhafte Formulierungen in der „taz"-Berichterstattung machten es Kiep dann leicht, mit einer einstweiligen Verfügung zu kontern.

Aber damit ist die Sache für ihn durchaus nicht aus der Welt. Der vor allem durch den unermüdlichen Einsatz seines Schreibautomaten bekanntgewordene CDU-Politiker nämlich machte in einem NDR-Interview über die Brokdorf-Angelegenheit interessante Ausführungen zu den Geschäftspraktiken seiner Firma G & H. Auf die Frage, ob Gradmann & Holler denn überhaupt am Geschäft mit der Versicherung von Atomkraftwerken beteiligt sei, antwortete Kiep freimütig: „Das ist sie. Sie gehört wahrscheinlich zu den führenden Unternehmen in Europa auf diesem Gebiet."

Und inzwischen hat immerhin schon die Preußenelektra, Betreiberin des niedersächsischen AKWs Grohnde, auf Anfrage bestätigt, daß G & H dort Versicherungen vermittelt habe. Die Genehmigung für den Bau von Grohnde erteilte das Sozialministerium in Hannover übrigens just zu dem Zeitpunkt, als der Versicherungsmakler Kiep Finanzminister in Niedersachsen war. Ein Zufall ist das sicher nicht gewesen.

Denn um die Frage zu beantworten, woher denn der Millionär Kiep sein Geld bekommen hat, muß man nicht auf selbstgebastelte „Gerüchte" zurückgreifen, wie es der CDU-Politiker bei seinen Anwürfen gegen die „taz" getan hat. Kiep wußte schon in Hannover seine Amtsgeschäfte als Minister aufs Schönste mit seinen privaten Profitinteressen zu verbinden.

Einige Beispiele: Für den wirtschaftlich schwer angeschlagenen Textilkonzern Povel besorgte Minister Kiep eine Landesbürgschaft. Povel zeigte sich erkenntlich, bootete seinen langjährigen Versicherungsvermittler Gerling aus und schaltete dafür die Firma des Maklers Kiep ein. Das gleiche Spiel wiederholte sich beim Braunschweiger Unternehmen Rollei: Zuschüsse vom Land — Beteiligung von G & H an dem Versicherungsgeschäft.

Den größten Coup landete Kiep in seiner Zeit als Finanzminister ausgerechnet bei dem Staatsbetrieb VW. Zwei Monate nachdem er dort in den Aufsichtsrat eingezogen war, faßte der VW-Vorstand den Beschluß, G & H mit einem Drittel an der äußerst lukrativen VW-Versicherungsvermittlungs GmbH zu beteiligen.

Schützenhilfe vom Kardinal



Kardinal Höffner (Mitte).

Den westdeutschen Kirchenfürsten ist es gegenwärtig zwar noch versagt, wie ihre britischen und argentinischen Amtskollegen Waffen für einen richtigen Krieg zu segnen. Aber der Reagan-Besuch bot ihnen doch immerhin die Möglichkeit, einem der größten Kriegstreiber hilfreich beizustehen. Und diese Möglichkeit wurde denn auch voll ausgeschöpft.

„In aller Deutlichkeit" hat der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Höffner, den Aufruf der Katholischen Jungen Gemeinde und der Christlichen Arbeiterjugend zur Beteiligung an der Bonner Demonstration verurteilt. Katholische Verbände, so der Kardinal, dürften „nicht mit kommunistischen Gruppen zusammenarbeiten". Das wäre eine Mißachtung der Menschenrechte. Und die sind ja bekanntlich bei Ronald Reagan am besten aufgehoben.

Freibrief für Hetze

Rechtzeitig zur Anti-Reagan-Demonstration ist das Ermittlungsverfahren gegen Ludolf Hermann, Chefredakteur der Zeitschrift „Capital" wegen Volksverhetzung eingestellt worden. Hermann hatte nach der letzten großen Bonner Friedensdemonstration einen Kommentar im Jargon des Dr. Goebbels abgesondert. Für die meisten Demonstranten, so Hermann damals, diene „der Begriff Frieden nur als gruppentherapeutisches Mittel, um für Momente der Massenerotik die kleine rachitische Seele aus dem Gefängnis des pickligen Körpers flattern zu lassen."

Die Münchner Staatsanwaltschaft stellte das Verfahren jetzt mit einer bemerkenswerten Begründung ein: Wegen Volksverhetzung könne nur derjenige belangt werden, der „Teile der Bevölkerung" böswillig verächtlich mache. Teilnehmer einer Demonstration würden jedoch nicht unter diesen Begriff fallen.

Demonstranten sind also keine „Teile der Bevölkerung" — es darf weitergehetzt werden.

Neue-Heimat-Skandal

Ex-Pressechef hinter Gittern

Püntklich wie die Lottozahlen gibt es Woche für Woche neue Enthüllungen aus dem Sumpf der Neuen Heimat. In Nordrhein-Westfalen, wo kürzlich erst die Grundmann-Affäre aufgeflogen war (der CDU-Spitzenpolitiker hatte von den NH-Bossen beim Eigenheimbau einen sechstelligen Preisnachlaß bekommen) ist inzwischen auch die Staatsanwaltschaft aktiv geworden.

Düsseldorfer Fahnder ließen in einer Filiale der örtlichen Stadtsparkasse zwei Schließfächer öffnen und wurden dabei fündig: Die Fächer waren vollgestopft mit NH-Aktien. Unmittelbar nach der Durchsuchungsaktion folgte der Zugriff auf den Besitzer der Schließfächer. Es war der ehemalige Pressechef der NH in Nordrhein-Westfalen, Claus Schwörbel.

Auch der Besuch bei Schwörbel lohnte sich für die Staatsanwaltschaft. Der Ex-Pressechef war gerade dabei, seine Koffer zu packen, um sich gemeinsam mit seiner Freundin in die Schweiz abzusetzen. 120000 Mark in bar lagen in seinem Schreibtisch. Wegen Flucht- und Verdunklungsgefahr wurde Schwörbel verhaftet; jetzt sieht er einem Verfahren wegen Untreue entgegen.

Genau so wie die Bosse im Vorstand hatte auch der ehemalige Pressechef seine Tätigkeit bei der Neuen Heimat unter das eine große Ziel gestellt: so schnell wie möglich an soviel Geld wie möglich heranzukommen. Sein Pech war es, daß er dabei nicht die Möglichkeiten wie die Vietor und Co. hatte, die sich ja ihre Millionen im Rahmen der bürgerlichen Legalität zusammengerafft haben. Schwörbel holte sich sein Geld auf dem Wege des ganz primitiven Betrugs. Er stellte fingierte Rechnungen für nie erbrachte Leistungen auf und kassierte auf diese Weise — wie die Neue Heimat errechnete — genau 421344,92 Mark. Immerhin eine beachtliche Summe. Aber ein unbedeutender Klacks gemessen an den 30 Millionen, die der frühere NH-Vorstand und seine engsten Kumpane allein aus dem Projekt der Münchener Trabantsiedlung Neu-Perlach herausholten. Und die Vietor und Co. können ja — unbehelligt von eifrigen Staatsanwälten — das Geld, das sie Gewerkschaftern, Mietern und Steuerzahlern aus der Tasche gezogen haben, auf ihren luxuriösen Feriensitzen verprassen.

Was den Fall Schwörbel über die unmittelbare Betrugsaffäre hinaus interessant macht, ist die Tatsache, daß nicht nur in den erwähnten Schließfächern, sondern auch in Schwörbels Privatwohnung bündelsweise NH-Aktien gefunden wurden, darunter auch vertrauliche Vorstandsprotokolle. Sicher hat der Ex-Pressechef diese Aktien nicht zum Selbstzweck gesammelt. Es ist eher anzunehmen, daß er sie — nach dem Vorbild des bayrischen Staatsschützers Langemann — zum Verkauf anbieten oder Erpressungsmanöver gegen die NH-Bosse starten wollte.



Claus Schwörberl, Ex-Pressechef der Neuen Heimat NRW.

Es findet sich in den Unterlagen des Claus Schwörbel denn auch eine Aufzeichnung über ein Gespräch zwischen ihm und dem neuen NH-Chef Diether Hoffmann am 19. April diesen Jahres. Zu diesem Zeitpunkt war Schwörbel schon aus dem Konzern ausgeschieden und das Gespräch mit Hoffmann soll nach den Aufzeichnungen des Ex-Pressechefs einer „gütlichen Einigung" gedient haben. NH-Sprecher Bier bestreitet allerdings nachdrücklich, daß dieses von Schwörbel protokollierte Gespräch stattgefunden habe.

Wie dem auch sei — die bei Schwörbel beschlagnahmte Akten werden sicherlich für Unruhe in den Chefetagen der Neuen Heimat sorgen. Weitere Enthüllungen sind zu erwarten. Und dabei werden sich die Beteuerungen des DGB-Vorstands, nach dem Rausschmiß der Vietor und Co. sei alles in Ordnung bei der Neuen Heimat, einmal mehr als Geschwätz entlarven.



Kampf gegen Arbeitslosigkeit — auf Bonner Art.

Tips

Samstag, 12. Juni
23.05 Uhr, ZDF
Scharfschütze Jimmy Ringo. Western von Henry King über einen Gunfighter, der sich ins Privatleben zurückziehen will, der aber immer wieder dazu gezwungen, wird, das Ritual der Revolverduelle zu wiederholen. Mit Gregory Peck u. a.

***

Sonntag, 13. Juni
20.15 Uhr, ARD
Wem die Stunde schlägt. 1943 verfilmte Sam Wood den gleichnamigen Roman von Ernest Hemingway: Robert Jordan, ein Amerikaner, der auf der Seite der Republikaner im spanischen Bürgerkrieg kämpft, begegnet der Partisanin Maria. Es entwickelt sich eine Liebesbeziehung, die ständig vom Tod bedroht ist. Mit Ingrid Bergmann, Gary Cooper u. a.

***

Sonntag, 13. Juni
22.15 Uhr, ZDF
Männer des Gesetzes. Film von Kirk Douglas über einen US-Marshal, der sich als skrupelloser Banditenjäger für eine politische Karriere profilieren will.

***

Sonntag, 13. Juni
20.15 Uhr, NDR/RB/SFB III
Der Realismus ist die Kunst. Film über zwei Meister des bürgerlichen Realismus, den Schriftsteller Theodor Fontane und den Maler Adolph Menzel.

***

Sonntag, 13. Juni
21.35 Uhr, BR III
Das rote Rathaus in Frankreichs Provinz. Der Bericht schildert die Versuche der französischen Regierung, sich eine Machtbasis in den Provinzstädten zu verschaffen.

***

Montag, 14. Juni
23.00 Uhr, ARD
Gefährliche Ruhe. In dem 1976 gedrehten Film beschreibt der polnische Regisseur Krysztof Kieslowski die Geschichte eines Arbeiters, der sich aus allem Streit heraushalten will, dann aber in den Konflikten zwischen seinen Kollegen und der korrupten Bürokratie zerrieben wird. Mit Jerzy Stuhr, Izabella Olszewska u. a.

***

Mittwoch, 16. Juni
19.00 Uhr, Südwest III
Jugend e. V. Schülerzeitungsredakteure zwischen Zensuren und Zensur.

***

Mittwoch, 16. Juni
22.15 Uhr, WDR III
Trockener Sommer. Türkischer Spielfilm von Metin Erksan.

***

Donnerstag, 17. Juni
14.25 Uhr, ARD
Nordsee ist Mordsee. Spielfilm von Hark Bohm über zwei jugendliche Aussteiger. Mit Dschingis Bowakow, Marquard Bohm u. a. Musik: Udo Lindenberg.

***

„Roter-Morgen"-Erzählwettbewerb

Weiter geht's mit der Vorstellung von Beiträgen zum Erzählwettbewerb des „Roten Morgen", der anläßlich des 15jährigen Bestehens unserer Zeitung ausgeschrieben wurde.

Dieser Beitrag stammt von Harry Dubinsky. Er hatte ihn schlicht „Erinnerungen" überschrieben — der Titel wurde also von uns eingefügt, dem „roten Faden" der Erzählung entsprechend.

Harry Dubinsky, Mitglied der VVN und Vorsitzender der *Volksfront* gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, ist vielen unseren Lesern sicher aus dem Interview ein Begriff, das er dem RM im Januar gegeben hatte.



1. MAI 19..

Erinnerungen

Ich bin in Berlin in einer Arbeiterstraße geboren und kenne den Beußelkiez aus eigener Erinnerung.

Zwischen der Turm- und der Stromstraße liegt der Kleine-Tiergarten. Dort fanden zum 1. Mai immer die Veranstaltungen der Arbeiterparteien statt. Hinter der Kirche stand ein Denkmal, etwas erhöht. Manchmal war alles voller roten Fahnen, und die Schallmeikappellen des Roten Frontkämperbundes spielten Arbeiter-Kampflieder.

Roter Wedding, grüßt euch, Genossen.
Haltet die Fäuste bereit!
Haltet die roten Reihen geschlossen,
denn unser Tag ist nicht weit!
Zitternd stehen die Faschisten drüben am Horizont!
Schlagt sie tot!

Ja, der **1. Mai 1929.** Ich war acht Jahre alt und meine Mutter bei der AEG am Band beschäftigt. Zum 1. Mai sah man in dieser Gegend nur rote Nelken. Zehn Pfennige kostete sie, dafür bekam man auch vier Zigaretten Mark Lloyd oder Schwarz/weiß. Deutschland hatte viele Arbeitslose, die Zahl ding in die Millionen. Aber der 1. Mai wurde als der Tag der Arbeiterklasse gefeiert, und dazu zählte auch die rote Nelke im Knopfloch. Ausgerechnet diesen Tag wollte der SPD-Polizeipräsident Zörrgiebel den Berliner Arbeiter verbieten.

Ruhe sollte herrschen, keiner sollte demonstrieren. Die Herrschenden zitterten vor der Kraft der arbeitenden Menschen, wenn sie einig waren. Und sie waren einig, daß sie sich nicht den 1. Mai verbieten lassen. Es formierten sich Demonstrationszüge auch in der Beußelstraße. Aus den Fenstern wehten nur rote Fahnen, der Beußelkiez war rot. Die Schupos stürmten die Straße und schossen in die friedliche Demonstration. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich diese Nachricht in ganz Berlin. Die Arbeiter wehrten sich, so gut sie konnten, aus den Fenstern flogen die Blumen mit den Töpfen, wenn sich einer dieser Schupos nur sehen ließ.

Trauer und Not warengroß, aber auch der Haß und die Solidarität. Arbeiter halfen Arbeitern, jeder spürte die Kraft, die von der Solidarität ausging. Im Klassenkampf stieg das Klassenbewußtsein.

1. Mai 1933. Der Hitler-Faschismus an der Macht. Arbeiterfunktionäre wurden gejagt und verhaftet. Da rief Die Deutsche Arbeitsfront zu einer Maifeier von Betriebsführern und Gefolgschaft auf dem Tempelhoferfeld auf. Es gab Gewerkschaftsbosse, unter ihnen Herr Theodor Leipart, der sich nicht nur diesem Aufruf anschloß, sondern sich auch bereit erklärte, im faschistischen Staat mizuarbeiten. Aber die Arbeiterklasse demonstrierte anders. In den Berliner Arbeiter-Bezirken wurden aus den Fenstern die Betten raus gehangen, diese Betteninletts waren rot.

In den nächsten Jahren wurden die Arbeiter gezwungen, den 1. Mai, den Arbeitertag, unter Hakenkreuzfahnen zu begehen. Wer nicht mitmarschierte, bekam keinen Lohn un mußte sich verantworten.

Auch da fanden die Arbeiter in Berlin einen Weg: Sie gingen zum Treffpunkt, und unterwegs verdrückten sie sich in eine Kneipe. So marschierten die Nazis unter sich. Betriebsleiter und ein paar Anhänger. Die anderen waren in der Kneipe.

1940 war ich im Konzentrationslager Sachsenhausen. Mir ist dieser 1. Mai nicht in Erinnerung geblieben. Ich kann mich nicht besinnen, was ich an diesem Tag tat. Ich stand noch unter dem Schock des Lagerlebens und kämpfte ums nackte Überleben. Terror, den man selbst erlebt, ist anders, als ob man davon erzählt bekommt. Der Körper durch Hunger und schwere Arbeit geschwächt. Es ist grausam, mit ansehen zu müssen, wie auch dein Nachbar mißhandelt wird und du nichts für ihn tun kannst. Ich lernte die Solidarität der Häftlinge kennen. Es wäre tödlich, uneins zu sein, und ich kann mich an die Worte älterer Genossen erinnern, die sagten: Warum erst jetzt, warum konnten wir nicht schon damals im politischen Kampf gegen Hitler und seine Hintermänner, die deutschen Monopolkapitalisten, einig sein und gemeinsam kämpfen? Das sollte eine Lehre sein, nie wieder darf die Arbeiterklasse sich von Arbeiterverführern spalten lassen. Nur gemeinsam sind wir stark.

Und dann erinnere ich mich an einen 1. Mai, im Lager auf Block 25 fand eine Veranstaltung statt. Es sprach der Stubenälteste, ein ehemaliger Landtagsabgeordneter der KPD. Er sprach über Ungeziefer, und Hygiene im allgemeinen und im Block. Er sprach über Ungeziefer, besonders Läusen, die uns zu schaffen machen. Diese müssen vernichtet werden, und wir müssen all unsere Kraft dafür aufwenden, denn sie bedrohen unser aller Leben. Nicht verzweifeln, sondern dagegen ankämpfen, wir werden es schaffen! Unter den Augen der anwesenden SS-Leute war das eine mutige Rede, wir verstanden, was er uns sagen wollte. Er bekam reichlich Beifall. Und zum Abschluß sangen wir das Moorsoldaten-Lied.

1. Mai 1944. Am 27. April bin ich aus dem KZ Sachsenhausen zur Wehrmacht eingezogen worden. Nachdem man mich viereinhalb Jahre eingesperrt hatte, bin ich plötzlich wieder wehrwürdig und soll mithelfen, das Leben der Nazi-Banditen zu verlängern. Mir wurde es klarer, es konnte nicht mehr lange dauern, daß man uns politische Häftlinge zur Armee zog, offenbarte ihre ganze Schwäche. Ich atmete die kleine Freiheit, die ich bekommen hatte, mit vollen Zügen ein. Stolz summten wir, es waren außer mir noch viele Ehemaligen, am 1. Mai die alten Arbeiter- und Kampflieder. Es war ein schönes Gefühl. Die Rote Armee war auf dem Vormarsch, jetzt hieß es richtig und überlegt handeln.

1. Mai 1945. Ich lag in einem Sanatorium auf der Krim, und heilte meine doppelseitige Lungen-TBC, die ich mir im KZ zugezogen hatte, aus. Der Naschalnik, ein hoher Offizier der Roten Armee, hielt vor den Patienten und dem Pflegepersonal eine Rede. Er sprach davon, daß der Krieg nur noch eine Frage von Stunden ist. Dann wird die ruhmreiche Roter Armee den Hitler-Faschismus, dort wo er seinen Anfang nahm, in der Stadt Berlin, vernichtend geschlagen haben. Ich feierte als Deutscher mit und stimmte freudig mit ein in die Hochrufe für den Genossen Stalin. Meine Gedanken wanderten nach Hause — was wird meine Mutter machen, ist sie noch am Leben? Was machen die Kumpels in dem Lager, leben sie noch? Viele Fragen belasteten mich.

Es war der erste 1.-Mai-Feiertag in Freiheit in der Sowjetunion. Ich mußte viele Hände schütteln, alle wünschten mir baldige Genesung, damit ich schnell wieder nach Hause kann, um mitzuhelfen, ein neues, ein schöneres Deutschland aufzubauen. Ein neues Deutschland, in dem kein Platz für Militaristen, für Nazifaschisten und andere Verbrecher mehr ist.

Viele Toaste wurden noch auf den Genossen Stalin gebracht, seiner klugen Führung war es letztlich zu verdanken, daß der Nazi-Faschismus in Berlin in der Stadt, in der Hitler am 30. Januar 1933 die Macht aus den Händen der Monopolherren und des Militärs erhalten hat, vernichtend geschlagen wurde.

Am 8. Mai 1945 erfolgte die bedingungslose Kapitulation. Deutschland war vom Faschismus befreit worden durch den selbstlosen und mutigen Einsatz der Roten Armee und der Anti-Hitler-Truppen.

Es ist gut, wenn man sich ab und zu daran erinnert, vergessen sollte man das nie. —

1. Mai 1982 in Frankfurt/Main. Über 8000 Kollegen nehmen an der Maikundgebung des DGB teil. Runde 250 Jugendliche randalieren, es kommt zu Schlägereien, Rufe wie „Sieg Heil" und „Kanaken raus" sind zu hören, sie haben es auf unsere ausländischen Kollegen abgesehen, es kommt zu Schlägereien. Mindestens sieben Kollegen werden verletzt. In den Nachrichten der Presse und des Rundfunks spricht man von unpolitischen Fußballfans, die übermütig waren.

War es wirklich so harmlos? Nein, es war eine Provokation, geplant und durchgeführt von den Nenonazis.

Und mir fiel die Maifeier in Sachsenhausen ein, wie der Genosse sagte: Seid wachsam, damit das Ungeziefer sich nicht ausbreiten kann. Wir müssen handeln, damit sich die Läuse nicht ausbreiten können.

Ich meine, es ist höchste Zeit, wieder wachsam zu sein!

Harry



1. Mai 1982 — Neo-Nazis und von ihnen aufgehetzte jugendliche Fußballfans überfallen die DGB-Kundgebung zum 1. Mai in Frankfurt. Besonders ausländische Kollegen sind Ziel ihres Angriffs. Die Polizei tut nichts, um den Sturm auf den Kundgebungsplatz zu verhindern.

Der 1. Mai...



... war in der Kaiserzeit noch kein gesetzlicher Feiertag, und gegen die Aufmärsche der Arbeiterschaft ging die Staatsmacht mit brutaler Gewalt vor. Schon die bloße Ankündigung versetzte sie in helle Aufregung, was hier in Form einer Karikatur aufs Korn genommen wird.



... stand auch in der Weimarer Republik immer im Zeichen heftiger Klassenauseinandersetzungen, und die SPD-Regierung scheute nicht vor blutigen Polizeieinsätzen zurück — wie 1928 in Berlin, wo es nicht nur — wie auf dem Foto gezeigt — Verhaftungen, sondern auch viele Tote gab.

MAIAPELL

An alle Jungarbeiter.

Warum geht es hier?

Warum diese Anbiederung beim Proletariat?

Diese Reserven sollt ihr Jungarbeiter sein!

Der Kampftag des internationalen Proletariats.

für den Sozialismus.

AM 1. MAI:

Die revolutionäre Jugend in Harburg-Wilhelmsburg

... wurde von den Nazis als „Tag der nationalen Arbeit" verfälscht und mißbraucht. Der Protest der revolutionären Arbeiterschaft war aber auch im Faschismus nicht völlig totzukriegen. Dieser „Mai-Appell" wurde gemeinsam von kommunistischen und sozialdemokratischen Jugendlichen in Hamburg herausgegeben.

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL ŞAFAK

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı: 23, 11 Haziran 1982 Yıl: 16 1 DM

Her hafta Cuma günü çıkar

Begin savaş kışkırtıcılığı yapıyor

İsrail ordusu Lübnan'a karşı saldırıya geçti

Hafta sonunda İsrail askeri birlikleri tekrardan harekete geçirildi. Üç panzer kolu, savaş gemileri ve sayısızca bombardıman uçakları komşu ülke olan Lübnan'a karşı şimdiye dek eşi görülmemiş bir şiddetle saldırıya geçtiler. Bu vahşice saldırının sonucunda yüzlerce insan ağır yaralandı, öldü. Özellikle Beyrut'ta bir stadyuma yapılan bombalı saldırının sonucunda halktan bir çok kişi hayatını yitirdi. İsrail siyonistlerinin Lübnan'a karşı giriştikleri bu saldırı, onların Irak atom reaktörlerine saldırmalarından sonra, en vahşi olanıdır. Begin ve onun arkasındaki güçler bu yeni saldırıları ile bölgede bulunan Birleşmiş Milletler Barış Birlikleri'nin varlığını hiçe saydılar. Bu da onları dünya kamuoyunun düşüncelerinin ne kadar ilgilendirdiğinin en açık bir göstergesidir.

Bir kaç haftadan beri Begin Hükümeti Lübnan'a karşı açık tehditlerde bulunmaktadır. Paris'te İsrail elçisine düzenlenen bir suikastı sahte bir şekilde gerekçe gösteren İsrail Hükümeti bu tehdidini hayata geçirdi. İsrail orduları Lübnan'a havadan ve karadan olağanüstü bir şiddetle saldırıya geçtiler. İsrail'in bu gerekçelendirmesi, emperyalist devletlerin izlediği şovenist cezalandırma metodunun aynısıdır.

İsrail Hükümeti bu vahşi saldırıları için ikinci gerekçe olarakta, PLO'yu Kuzey'e doğru göç etmeye zorlamak ve bununla onun İsrail topraklarına yönelik silahlı saldırılarını önlemek olduğunu göstermekte.

Birincisi, İsrail Birlikleri şimdiye değin bombalı saldırılarını sivil halka yaptı. İkincisi, ise diyelim ki, bu saldırı ile gerçekten silahlı PLO birlikleri hedefleniyordu. Bu bile İsrail'in saldırısını haklı çıkarmaya yetmez. Böylece İsrail siyonistlerinin ileri sürdüğü gerekçeler birer sahte gerekçe olmaktan öteye gitmemekte ve onların saldırgan ve şovenist yüzlerini gözler önüne sermektedir. Bugün Filistin halkının topraklarını işgal altında bulunduran ve onların özgürlük istemini kan ve vahşet saçarak bastırmaya kalkışan kendileridir.

İsrail hükümeti bugün saldırılarını, kendisinin izlediği politikanın sonucu kamplara yerleşen mülteciler üzerinde sürdürmektedir. Bu kamplarda İsrail yanlısı bir çizginin izlenmeyeceği tartışma götürmez bir gerçektir. Çünkü Filistin halkını bu mülteci kamplarında yaşamaya zorlayan, İsrail'in şovenist ve işgalci politikasıdır. Nitekim burada da Filistin halkının ulusal çıkarlarının temsilcisi olan PLO'nun varlığı ve etkisi söz konusudur. İşte böylece İsrail siyonistlerinin eski saldırılarında olduğu gibi bu yeni saldırının da hedefini Filistin halkının haklı direnişinin kırılması ve özellikle de onun mücadelesinin örgütleyicisi olan PLO'nun parçalanması oluşturmaktadır. Ancak bu saldırıda, delesinin örgütleyicisi olan PLO'nun parçalanması oluştur-maktadır. Ancak bu saldırıda, diğerleri gibi boşa çıkacaktır. Çünkü Filistin halkı varlığını koruduğu sürece, onun mücadelesinin örgütleyicisi PLO da var olacaktır.

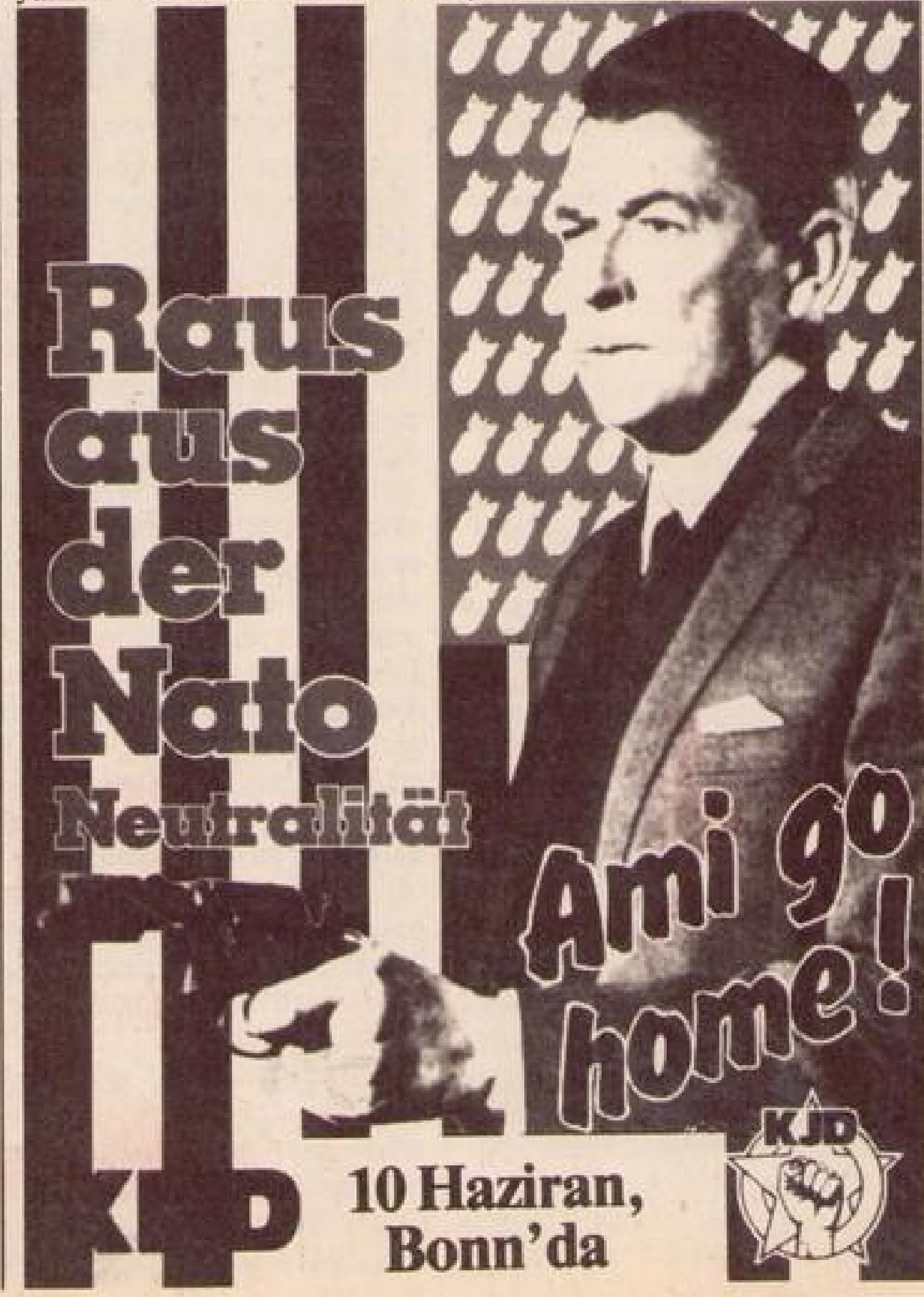
İsrail'in saldırısının ikinci hedefi ise Lübnan'da İsrail birliklerinin stratejik mevzilerini genişletmek ve diğer komşu Arap ülkelerine buradan saldırıya geçmenin zeminini yaratmak. Nitekim Lübnan'ın güneyi daha bugünden bile İsrail birlikleri tarafından kontrol edilmektedir.

Begin Hükümeti'nin bugün bu vahşice saldırıya geçebilmesinin nedenlerinden birini de onun ülke içinde hiç bir muhalefetle karşılaşmaması oluşturmaktadır. Sosyal Demokrat Parti bile onun bu saldırgan siyasetini desteklemektedir.

Ayrıca o, uluslararası alanda da bu konuda büyük bir direnişle karşılaşmayacağı kanısındadır. Çünkü iflasın eşiğinde olan İsrail bugün ABD emperyalizmi tarafından ekonomik ve siyasi olarak desteklenmekte ve Begin'in Filistin halkına ve Arap halklarına karşı giriştiği her saldırı pratik olarak ABD tarafından hoş görü ile karşılaşmaktadır.

Ancak şimdi artık İsrail'e karşı bu sessizliğe bir son verilmelidir. Begin'i sadece bir takım genel çağrılarla ve manifestolarla kağıt üzerinde mahkum etmek yeterli değildir. Onun savaş kışkırtıcı adımına karşı pratik önlemler alınmalıdır. Onun saldırgan çizgisine karşı sessiz kalındığı sürece, İsrail siyonistleri, Filistin halkına ve diğer Arap halklarına karşı saldırılarını daha da pervasız bir şekilde sürdüreceklerdir. İsrail saldırgan birlikleri derhal Lübnan topraklarından geri çekilmelidir!

İsrail birliklerinin en vahşi saldırısı bile özgürlüğü uğruna savaşım veren Filistin halkını yıldıramayacak. Çünkü onlar davalarında haklılar. Ve onlar bu haklı davalarında er geç zafer kazanacaktırlar.





Zanker'den elinizi çekin! **Geçen cuma günü Tübingen Zanker firmasında işi bırakan ve direnişe geçen 1000 işçi Almanca, Türkçe, İtalyanca, Yugoslavca bu şiarı gür bir şekilde haykırıyordu. AEG tekeline ait olan ve çamaşır makinesi üretiminin yapıldığı Zanker firması patronları perşembe günü işçilere aniden 1983 yılı sonuna kadar taksim taksim işyerini kapatacaklarını bildirdiler. İşsizliğin çığ gibi büyüdüğü bir ortamda kendilerinin açlık ve sefaletle kol kola yaşamalarına yol açacak patronunun bu planını öğrenen işçilerde kin ve nefret gelişmeye başladı. Patrona karşı kinlerini bileyen işçiler kendiliğinden greve gittiler. Cuma günü Tübingen Rathausplatz'ta gösterişli bir eylem düzenleyen işçi arkadaşlar hoparlörlerden şu sloganı haykırıyorlardı: "Kahrolsun patronlar, kahrolsun kapitalizm!"**

Hamburg'ta belediye seçimi yapıldı — KPD 720 oy aldı

Senato için çoğunluk oluşturulamadı

Son eyalet meclisi ve belediye seçiminde, seçime katılma konusunda başlayan dönüşüm bu seçimde de devam etti. SPD'nin 1978 yılına göre yüzde 8,7 oy kayıbı oldu. Buna karşılık CDU ise son seçime göre yüzde 5,6 oy daha fazla toplayarak SPD'ye karşın bir milletvekili daha çıkarabildi. Grün-Alternative Liste (GAL) ise yüzde 7,7 oy aldı ve böylece Hamburg Belediye Meclisine 9 milletvekili gönderecek.

Hamburg'ta da SPD şimdiye değin kendisinin kalesi durumunda olan işçi semtlerinde en büyük oy kayıbına uğradı. Bu da bugün onun emekçilerin aleyhine izlediği politikanın en açık bir belgesidir. Daha önceki seçimlerde olduğu gibi sürekli bu partiyi seçen seçmenlerin bir kısmı gene sandık başına gitmedi. Diğer bir kısmı ise alternativ yolu seçti. Görüldüğü gibi GAL'ın yanı sıra CDU da SPD'nin seçmenlerinin bir kısmının oyunu aldı.

Artık iki büyük burjuva partisinin çoğunluğu oluşturmasında anahtar rolünü oynayan FDP ise Hamburg'ta ikinci bir kez meclise milletvekili göndermeyi başaramadı. Böylece senatoyu oluşturmak için ne CDU ne de SPD çoğunluğu elde edebilmekte. GAL ise bir SPD azınlık senatosunu desteklemeye belirli şartlar koşmaktadır. Örneğin Hamburg'un Brokdorf'ta atom reaktörünü yapımı planından vaz geçmesi gibi. Ne varki SPD Yönetimi buna en küçük bir ilgiyi dahi göstermemektedir. Bunun yerine seçimlerin yapıldığı aynı gece yeniden seçimlere gidilmesi talep edildi.

Partimizi KPD ise 1978'de aldığı 880 oya karşın bu kez 720 oy toplayabildi. Bu oy sayısı GAL grubunun sol kesim üzerinde olan etkinliğine karşın olumlu bir sonuç olarak değerlendirilmelidir.

Hamburg belediye seçimlerinde vurgulanması gereken bir nokta da, faşist NPD tarafından yönlendirilen "Yabancıları durdurun Listesi"nin, Nazilerin umduğundan daha az, yani yüzde 0,7 oy toplamasıdır. Ancak yabancıların çoğunlukla oturduğu Wilhelmsburg gibi bazı semtlerde bu listenin oy oranı yüzde 2'ye kadar yükselebiliyordu.

Hamburg'ta yapılan seçimin sonuçları, Bonn'da CDU tarafından Başbakan Schmidt'in bir yenilgisi olarak yorumlandı. Tabii ki seçim sonuçlarından çıkarak Franz Josef Strauss'u destekleyen aşırı gericilik Batı Almanya çapında yönetime gelme isteklerini bir kez vurguladı.

Batı Almanya NATO'dan çıkmalıdır!

Yanki defol!

Federal Hükümet'in ısrarı üzerine NATO zirve toplantısının Bonn'da yapılması kararlaştırıldı. Bunun için de bu toplantıya katılmak için ABD emperyalist çetesinin elebaşısı Ronald Regan da buraya geldi. NATO zirve toplantısında Bonn Hükümeti "ittifaka olan sımsıkı bağlılığını" vurgulayacaktır. Bu toplantıda ayrıca NATO'nun savaş stratejisi tartışılacaktır.

Bunun için biz 10 Haziran yürüyüşünde gerek ABD savaş kışkırtıcılarına gerekse de NATO savaş paktına gereken doğru cevabı vermeli ve onların savaşı kışkırtan çizgilerinin teşhirine girişmeliyiz.

Şehir merkezinden geçen ve 10 Haziran'da Hauptbahnhof/Thomas-Mann-Str.'de buluşan KPD'nin bloğu, bu yürüyüşte gerek ABD emperyalizmine gerekse de NATO'ya karşı barışın korunması için berrak görüşlerin dile getirilmesinin üzerinde önemle duracaktır. Ayrıca taşıyacağı pankartlarla ve haykıracağı doğru sloganlarla diğer yürüyüş kollarında yer alan kitleyide etkilemeye çalışacaktır.

Reagan'ın Batı Almanya ziyaretini protesto etmek amacıyla geçen hafta sonu Hamburg'ta da bir yürüyüş düzenlendi. 10 Haziran'ın Hamburg'ta tatil günü olmamasından dolayı, bir çok savaş aleyhtarı insanın Bonn yürüyüşüne katılması söz konusu değil. Bunun için 5 Haziran'da 5000'e yakın insan Reagan'a ve NATO'ya karşı yürüdü. Bu eyleme partimiz KPD'de katıldı. DKP ve Juso'cular ve onların siyasi etkisi altında olan güçler bu yürüyüşü havadan sudan bahanelerle boykot ederek, bölücü bir eylem koydular. Yürüyüşe çağrı bildirisinin barışın korunması sorununda doğru bir yöneliminin olması onları rahatsız ediyordu.



Hamburg'ta 5000'i aşkın savaş karşıtı Reagan'ın Batı Almanya'ya ziyaretini protesto etti.

REAGAN DEFOL!

Reagan defol! sloganı giderek barış hareketi içinde yankısını bulmakta. Geçmişte Amerikan emperyalist işgal kuvvetlerine karşı atılan "Yankee defol" sloganının yerini alan bu slogan, barış hareketinde Amerikan emperyalizminin savaş kışkırtıcılığına olan nefreti dile getirmektedir. Bazıları bugün "Reagan defol!" demekle sorunun şahıslara indirgediğini ileri sürmekteler. Ancak bu çevreler iddialarında yanılıyorlar. Reağan bugün Batı Alman'ya savaş kırkırtıcısı süper devletlerinden biri olan ABD emperyalizminin temsilcisi olarak geliyor. Onun hükümet programı sosyal haklarının en açımasız bir şekilde kısıtlanmasını öngörmektedir. Ve bu programın bugün Amerikan halkına getirdiği sonuçlar ortada.

Reagan Hükümeti'nde yer alanlar, Kore ve Vietnam savaşında sınanmış şahıslar, Nixon'un ve tanınmış faşist Barry Goldwater'in adamlarıdır.

Onun hükümet programı çılgınca silahlanma, özellikle de atom silahlanmasıdır. O, Amerikan Bankasının, silah sanayiisinin ve Amerikan mali sermayesinin bir temsilcisidir. O, tüm gerici, ırkçı ve savaş kışkırtıcı çevrelerin bir temsilcisi olarak hükümete getirildi.

Reagan ve şürekası, Caspar Weinberger, Alexandar Haig vb. için bir atom savaşının "sınırlı" olarak sürdürülmesi, yani Avrupa ile, özellikle de Almanya ile sınırlandırılması ve hatta bu emperyalist paylaşım savaşını "kazanmak" bile mümkün. Savaş politikanın başka araçlarla sürdürülmesidir. Bu her şeyden önce bir ticarettir. Ordu sanayiisi uyguladığı silahlanma programıyla müthiş kârlar elde etmektedir. Örneğin beş yıllık silahlanma giderleri 1 400.000.000.000 Doları tutmaktadır.

Reagan, Batı Almanya'yı kendi savaş planlarının, emperyalist paylaşım planlarının ipine bağlamak istediğinden dolayı ve bunun içinde doğrudan desteğini almak için buraya geliyor. Ayrıca ona, savaş paktı NATO'nun barış paktı olduğunun propagandasını yapmak için parlamento kürsüsünden konuşma hakkı bile tanındı. O, aynı zamanda Batı Almanya'ya bir barış meleği olarak gelmek, insanların barış umut ve çabalarını kötüye kullanmak, gözboyacılığı yapmak istiyor.

O, özellikle Haziran ayının sonunda başlayacak olan START ("Stratejik Silahların azaltılması") görüşmesine işaret ederek kendisini barışın koruyucusu olarak lansetmeye, kitlelerin gözünü boyamaya çalışacaktır. Ancak bu görüşmelerde, SALT görüşmeleri gibi, silahların sınırlandırılmasına değil, iki süper devletin bu maske altında daha da çılgınca silahlanmasına hizmet edecektir. Ayrıca Reagan yakın geçmişte çok açık bir şekilde silahlanmaya devam edeceklerini açıkladı.

ABD'nin 1 nolu savaş kışkırtıcısının Batı Almanya'ya ayak basmasını istemiyoruz! Onun zayareti, barış hareketine karşı bir provokasyon, onlara meydan okumaktır. Bunun için 10 Haziran'da yapılacak yürüyüş muhteşem bir gösteriye dönüştürülmelidir !

Reagan defol — Yankee defol! NATO silahlanma planı için ne bir Mark ne de bir tek insan hazır bulundurulmalıdır!
Batı Almanya NATO'dan çıkmalıdır!
(„Reagan go home!")



2 Haziran, çarşamba günü Hamburg'ta 7 bine yakın yerli ve yabancı anti-faşist, giderek artan yabancı düşmanlığını, faşist örgütlerin fiili saldırılarını kınadı ve Hamburg belediye seçimine katılmasına izin verilen yabancı düşmanı, ırkçı HLA'nın yasaklanmasını talep etti. Hamburg şehir merkezinde yapılan bu yürüyüşte ayrıca 28 Mayıs'ta yabancı düşmanlığını protesto etmek amacıyla kendisini yakan Semra Ertan'ın olayına da dikkat çekildi. Yürüyüşe çeşitli yerli ve yabancı anti-faşist örgütlerin yanı sıra öğretmenler sendikası GEW ve Şehir Gençlik Birliği de çağrı yapmıştı.

10. 6 tarihindeki yürüyüş

Kennedy için mi bir yürüyüş?

4 Haziran tarihli "Die tat'' gazetesinde (VVN'nin yayın organı; DKP'nin siyasi etkinliği altında olan bir örgüt) şu satırlara rastlamaktayız: " ... *Biz, ABD'de McNamara ve Kennedy ve diğer Kuzey Amerikalıların yaptığı gibi, burada da bakanların ve milletvekillerinin kendi ülke halkının hayatlarını savunmaya zorlamak istediğimizden dolayı 10 Haziran'da Bonn'da yürüyeceğiz."*

Barış hareketini, ABD mali sermayesinin çeşitli çevrelerinin destekledikleri ABD eski savaş bakanı McNamara ve Kennedy'nin arkasına takmak; barış hareketini emperyalist pasifizmin kuyruğuna takmak, onun her türlü olumlu yönelimini boşa çıkarmak ve ona belli oranda silahlanma ve savaş hazırlığından yana olma hakkını tanımak demektir.

Uyanık olmak gerekli. Çünkü barış hareketi içinde çeşitli güçler silahlanmanın ve savaşın esas kaynağını örtbas ederek, sorunu sadece soyut "tehlikelere" silahların tehlikeli olmasına vb.'ne kanalize etmekteler.

İşte bunun içinde bizim imzaladığımız ve gerekçelerini "Kızıl Şafak"ın önceki sayılarında açıkladığımız Bonn yürüyüşünün resmi çağrısı, barışın korunmasına ilişkin hiç bir somut talepte bulunmamakta, hatta geçen yılın ekim ayında yapılan büyük barış yürüyüşünün resmi çağrısında yer alan görüşlerin de çok daha gerisinde kalmaktadır.

Kennedy, ABD'de ağırlığın sadece atom silahlarına verilmesini doğru görmeyen ve Reagan'ın bütçe planı ile tamamen hem fikir olmayan çevrelere dahil olan birisidir. Onlar, şunları ana hatları ile savunmaktalar:

Nükleer silahlar konusunda yaklaşık olarak denge mevcut, ama atom silahlanmasında SB'ye göre ABD üstünlüğü söz konusudur. Mevcut, hatta bundan daha az atom silahları ABD emperyalizminin siyasi amaçlarının gerçekleştirilmesi için yeterli görülmektedir. Onlar, ayrıca bir atom savaşının Avrupa ile sınırlandırılmasının mümkün olmadığını ileri sürüyor ve önce atom silahları "üretimini durdurmak", daha sonra ise sayılarını azaltmak üzerine görüşmek istiyorlar. Diyelim ki onlar gerçekten pratik olarak Batı'da ve Doğu'da "stratejik silahların" üretimini durdurmayı amaçlıyorlar. Ancak bu bile görüşmeler başlayıncaya dek hayli bir zaman geçeceği ve bu süre içinde silahlanmanın devam edeceği de demektir.

Öte yandan Kennedy ayrıca pahalıya mal olan atom silahlanmasında tasarruf yapmak istiyor. Peki o, tasarruf edilmesini öngördüğü bu parayla ne yapmayı amaçlıyor? O, bunun büyük bir kısmını "konvansiyonal birliklerin mücadele gücünü artırmak ve güvenliği sağlamak için", ve atom silahlanmasının pahalıya mal olmasından ötürü ağır zarar gören bazı ekonomi dallarını tekrardan canlandırmak için kullanmayı amaçlamaktadır.

Biz, bunun için mi yürüyelim? Ve kendimiz, ABD emperyalistlerinin bir temsilcisinin seçim yardımcısı rolünü mü oynayalım? Kennedy daha bugünden gelecek yıl yapılacak kongre seçimlerinin hazırlığına başlamış durumda.

Kennedy, ayrıca izleyeceği çizgisi ile ABD'nin Avrupa'da itibarını artıracağı düşüncesinde O, böylece NATO devletleri ile birliği pekiştireceğini, onların barış hareketi üzerinde etkinlik kuracaklarını ummaktadır. İşte bunun için de o, Bonn'da 10 Haziran'da yapılacak yürüyüşün kendisinin bu amaçları ile uyum sağlamasına sevinecektir.

Kennedy, silahların tek yanlı sınırlandırılmasına karşı. Ve NATO'nun çıkarı için güya ilkin nükleer saldırıda bulunma görüşüne karşı olduğunu söylüyor, ama bunun yerine ise Avrupa'daki konvansiyonal silah potansiyelini ve birlik gücünü artırmak istiyor.

Bugün herkesin izleyebildiği Falkland (Malvin) çatışması emperyalistlerin güçlü konvansiyonal birliklere ihtiyaçlarının olduğunu ve bunu kullanacaklarının en açık örneklerinden biridir. Bunun için barış hareketini sadece "bombaya" karşı yöneltmek, bir çok insanın ve kendimizin mezarını kendi elimizle kazımamız demektir. Barış Hareketi, barışın korunması konusunda ne kadar berrak görüşlere ve çizgiye sahip olur ve savaşın gerçek kaynağını görebilirse, o denli barış mücadelesinde başarılı olabilir. Bunun için görevimiz barış hareketi içindeki yanlış düşünce ve eğilimlere karşı mücadele etmek, barış mücadelesinin akışına doğru bir yönelim kazandırmaktır.

(„Demonstrieren für Kennedy?")

Tarafsızlaştırma, peki sonra?

NİHAİ HEDEF

Bizim, komünistlerin barış için mücadelesi sadece Batı Almanya'nın NATO'dan çıkması ve kendini tarafsız ilan etmesi ile sınırlandırılabilinir mi? Bununla barış sürekli teminat altına alınmış olur mu? Elbetteki değil. Çünkü, biz savaşın esas kaynağını kurutmadığımız, yani emperyalist sistemi yıkmadığımız sürece savaşlar gene var olur. Bunun için barış için verdiğimiz savaşım sadece Batı Almanya'nın kendini bloksuz ilan etmesi ile sona ermez. Çünkü, biz sosyalizmi ve komünizmi, yani sınıfsız toplumu kurmak istiyoruz. Ancak böylesi bir toplumsal sistemde savaşta kimsenin çıkarı yoktur ve olamazda. Ancak o zaman barış ebediyen teminat altına alınmış olur.

Biz bir taraftan 3. bir dünya savaşının, emperyalist paylaşım savaşının çıkmasını, Almanya'nın bir savaş alanı olmasını önlemek, NATO ve Varşova savaş paktlarının Orta Avrupayı bir savaş alanı yapma planını boşa çıkarmak için dünya görüşlerinden bağımsız olarak savaşa karşı insanların birliğini ve ortak mücadelesini ve bir kitle hareketinin oluşmasını sağlama doğrultusunda yılmadan savaşırken, öte yandan ise barışın ancak ve ancak sosyalizmi kurmakla ebediyen teminat altına alınabileceği propagandasını sürdürür ve kitleleri bu amaç doğrultusunda kazanmaya çalışırız.

Çünkü, bizim için savaşı hazırlama ya da onu önleme, "kötü" ile "iyi" arasında bir mücadele değil, aksine temel çıkarları birbirine zıt olan iki sınıf arasındaki bir mücadeledir. Bugün Batı Almanya'nın tarafsızlaştırılması, Batı Almanya'nın bir savaş alanı olmasını önleyebilir, barışın Almanya'da teminat altına alınmasını geçici bir süre sağlayabilir. Çünkü bununla savaşın esas kaynağı kurutulmuş değildir.

Partimizin, KPD'nin barışın korunması, "tarafsızlaştırma, peki sonra?" sorusuna nasıl yaklaştığının cevabını geçen yılın ekim ayında "Kızıl Şafak"ın 44. ve 45. sayısında KPD Merkez Komitesi'nin barış mücadelesine ilişkin tezleri'' adlı yazı bize vermektedir:

"Tarafsızlaşma talebini ileri sürmekle, böylece Federal Almanya'nın Amerikan süper devletinin saldırgan politikası ile bağını çözmesini, kendisini iki süper devletin çarpışma stratejisinin ve onların dünya hakimiyetliliği mücadelesinin dışında tutmasını talep ediyoruz. Fakat bunu ileri sürmekle hiç bir şekilde tarafsız bir Almanya'nın artık emperyalist bir devlet olmadığı hayali ile bağı kurmuyoruz. Tam tersine — tarafsız olsa dahi — gene emperyalist çıkarlarını ve hedeflerini izleyecektir. Bu nedenle tarafsızlaşma talebinin mutlaka silahlanma giderlerinin azaltılması, saldırı silahları yapımının durdurulması ve mevcut olanların imha edilmesi, Federal Almanya topraklarından, tüm nükleer kimyevi imha silahlarının uzaklaştırılması vb. gibi Batı Alman emperyalizminin zayıflatılması anlamını taşıyan taleplerle birleştirilmesi gerekmektedir.

Tarafsız bir Federal Almanya'nın bile — eğer saldırıya uğrar veya uğramasa dahi — iki süper devlet arasında çıkabilecek bir savaşa katılacağı tehlikesi sürekli mevcuttur. Fakat biz komünistler için sorun şu değildir: Saldırgan kim, "düşman" kimin ülkesinde bulunmaktadır. Bizim için sorunu savaşı hangi sınıf sürdürüyor ve onunla hangi politikanın devam ettirilmesi isteniyor oluşturmaktadır. Bu sorun ise bizim için açıktır. Emperyalist devletlerin politikasını, dünyanın yeniden paylaşılması mücadelesi oluşturmaktadır. Böylesi bir savaş ise bizim savaşımız değildir. Bu nedenle partimizin; "emperyalist savaşa karşı savaş" şiarı geçerlidir.

Biz komünistler barışın korunması için samimice mücadele ediyoruz. Biz sosyalizmi, yakıp yıkılmış Almanya'nın enkazının üzerinde inşaa etmek istemiyoruz. Bu nedenle birileşik bağımsız ve sosyalist bir Almanya için sürdürdüğümüz mücadele, bölünmez bir şekilde barışın korunması mücadelesi ile bağlantılıdır. Şüphesiz bu mücadelede fedekarlık gerekmektedir. Batı Alman emperyalizmi direnmeksizin mevzilerini terketmeyecek veya kendisinin zayıflatılmasını bile kabullenmeyecektir. Eğer kendimizin ve çocuklarımızın hayatını garantilemek ve kapitalizmin kaçınılmaz çöküşünün sonucunda geride atom silahları ile tahrip edilmiş bir dünyanın kalmasını engellemek istiyorsak, bu göstereceğimiz her türlü fedekârlıklara değecektir".

(„Thesen ZK der KPD Zum Friedenskampf")

NATO'ya üyelik sadece emperyalist savaşa katılmamızı "garantiliyor"

Tarafsızlık politikası ve barışı savunma

NATO zirve toplantısının ilkin Brüksel'de yapılması öngörülüyordu. Ancak gerek Schmidt gerekse de Genscher bunu kabul etmeyip, ABD emperyalizminin elebaşıları ile ilişkiye geçerek zirve toplantısının yerinin Bonn'a aktarılması kararlaştırdılar.

Bonn Hükümeti bu tutumu ile gelişen barış mücadelesi karşısında, NATO'ya ve ABD'bağlılıklarını dile getirmek istiyor. Reagan bu teklifi memnuniyetle karşıladı.

"İttifakımızın değerini kavrayabilmek için dünyamızı yeterince tanımalıyız. Müttefiklerimizin sesine kulak vermek, onlarla ortak çalışmayı pekiştirmek ve aramızdaki çeteleri dışlamak için birbirimize karşı akıllıca davranmalıyız.(...)

Hedefimiz barıştır. Bu barışı ancak ittifakımızı güçlendirmek le sağlayabiliriz....

İşte bu görüşlerle çarşamba günü Avrupa'ya hareket edeceğim.." diyordu Reagan geçenlerde yaptığı bir açıklamasında.

Reagan, Strauss, Schmidt, Kohl vb., başını ABD emperyalizminin çektiği savaş paktı NATO'nun barışı koruduğunu ileri sürüyorlar. Gerçekten NATO, bu bayların iddia ettiği gibi bir barış gücü mü?

Batı Almanya'nın NATO'nun bir üyesi olmasının sonucudur ki, bugün Batı Almanya dünyada en büyük atom silahı yığınağının yapıldığı barut fıçısı durumunda olan bir ülkedir, çıkacak bir savaşta Varşova Paktı birliklerinin Batı Almanya'ya yönelik atom saldırılarına karşı durmak için sayısızca atom füzesi ülkenin bazı şehirlerini hedefleme temelinde yerleştirilmiştir. Bunun için NATO, Batı Almanya'ya sadece Pershing 2 ve Cruise Missiles gibi yeni atom füzelerinin yerleştirilmesini ve yeni NATO stratejik planlarını garantilemektedir. Ama asla barışı değil. NATO'ya üyelik, çıkması mümkün olan üçüncü bir emperyalist paylaşım savaşında Batı Almanya'nın merkezi bir savaş alanı olmasını teminat altına almaktadır.

Batı Almanya bu savaş paktında yer aldığı sürece, yeni silahların yerleştirilmesini önlemede kazanılan kısmi başarılar esasi bir değişikliğe yol açamaz. Bunun için Almanya'nın NATO'dan çıkmasını ve kendisini bloksuz ilan etmesini talep etmeliyiz. Ancak bu şekilde Batı Almanya'ya yeni roketlerin yerleştirilmesi ve NATO'nun savaş planına uyma zorunluluğu ortadan kalkmış olur. Bu amaca ulaşmak emperyalist bloklar arasındaki mesafeyi açar. Bu adım aynı zamanda Orta Avrupa'ya yeni atom füzelerinin yerleştirilmesi planını da boşa çıkarır, barışın korunmasına hizmet eder ve diğer ülkelerin halklarını da aynı yolu izlemeye teşvik eder. Bu, NATO savaş paktının ve dolayısıyla onun başını çeken ABD emperyalizminin zayıflatılması konusunda somut bir adımdır.

Biz, bu talebi tek yanlı olarak ileri sürmeliyiz, yani Batı Alman devletine yöneltmeliyiz. "Askeri blokların" dağıtılması hiç bir zaman iki süper devlet arasındaki görüşmeler yoluyla mümkün kılınamaz. Biz, onları parça parça dağıtmalıyız.

Bu kısmi hedefe ulaşmak, özellikle işyerlerinde yükselen bir kitle hareketi ile mümkündür. İşte bu kısmi hedef doğrultusunda KPD sendikalar içinde ir faaliyet sürdürmektedir.

Barış hareketinin çok acil olarak NATO'ya ve Bonn Hükümeti'nin ittifaka bağlılığına karşı bu berrak yönelime ihtiyacı vardır. Tarafsız bir Almanya talebini gerçekleştirebilecek bir kitle mücadelesi, aynı zamanda Batı Alman tekelci burjuvazisinin silahlanma ve savaş hazırlıklarına da darbeler indirecek ve onu zayıflatacak durumdadır da. Böylesi bir kitle mücadelesi diğer talepleri de gerçekleştirebilir.

Öyleyse yürüyüşün yapıldığı 10.6 tarihinde Bonn Hükümeti'nin ABD'ye ve NATO'ya olan uyduluğunu protesto etmek için sesimizi yükseltmeliyiz!

(„Den Frieden sichern durch Neutralität")

Sosyal haklara yönelik yeni saldırı:

Hükümet, “1983 operasyonunu” hazırlıyor

BONN. — Federal Başbakan Schmidt yakın geçmişte SPD parlamento grubunun bir oturumunda açıkladığı gibi, “sosyal haklarda yeni kısıtlamalara” gidilmesini “gerekli” görmektedir. Bonn’da 1983 yılının bütçe görüşmelerinin hazırlığı yapılıyor. Başbakan şimdiden bile “83 operasyonu”nda sosyal haklarda yoğun bir kısıtlamanın yapılacağını açık seçik bir şekilde dile getirmektedir.

Schmidt’in yeni Maliye Bakanı Lahnstein, Çalışma ve Sosyal İşler Bakanı Wesphal işçi ve emekçilerin sosyal haklarında yapılacak kısıtlamaların kapsamının ne denli olacağını şimdilik gizli tutmaktalar. Ancak şu an bile Federal Çalışma Dairesi’nin giderlerinde, emeklilik alanında ve annelik parasında kısıtlamaların planlandığı haberleri sızmaktadır. Hiç kuşkusuz bu saydıklarımız sadece bir başlangıçtır.

Başta işverenler kampı olmak üzere, “1983 operasyonu” çerçevesinde sosyal haklar ağının tamamen parçalanması gerektiğini talep eden sesler son günlerde giderek daha da kulakları tırmalamaya başladı. Örneğin Alman İşverenler Birliği’nin (BDA) Başkanı Esser “sosyal devlette kapsamlı bir reformun yapılmasının kaçınılmaz olduğunu” belirtmekte ve şunu talep etmekte: “Sosyal yardım mehenk taşına vurulmalıdır”. Alman Sanayii ve Ticaret Odaları Başkanı Wolff von Amerongon tüm sosyal hakların genel olarak yüzde 10 kısıtlanmasını talep ediyor. Ve CDU/CSU partileri ise bu görüşleri daha da acımasız bir şekilde programına koymakta. CDU’lu Schleswig-Holstein Eyalet Başkanı Stoltenberg geçen hafta bir kez daha partisinin görüşüne göre harap edilen devlet maliyesinin yeniden istikrarlığını sağlamanın ancak sosyal haklarda çok tesirli bir kısıtlamaya gitmekle mümkün olabileceğini açıkladı.

Bonn’daki SPD/FDP hükümet koalisyonunun sermayenin sınırsız taleplerine karşı direneceğini düşünebilir miyiz? Kesinlikle hayır. Çünkü her şeyden önce onlar sermayenin sözcülüğünü yapmaktalar. Ve kendiliğinden sermayenin bu sınırsızca teleplerine karşı bir adım atmayacakları apaçık olan bir şeydir. Gerçi en büyük hükümet partisi olan SPD son parti kongresinde emekçilerin sosyal haklarının garanti altına alınması doğrultusunda bir dizi göstermelik kararlar aldı. Ne varki, kongrenin ardından alınan ortak kararları SPD yönetcilerinin bizzat kendileri FDP koalisyon partisine bunların ciddi bir şey olarak ele alınamayacağını açıkladılar. Bunun için de FDP’li Genscher’in ve şürekasının bütçe planlanma görüşmelerinin hazırlığında sosyal politika alanında yeniden “bir dönüşümün” yapılmasını istemesinde şaşılacak bir şey yoktur.

SPD tabanının gelecek yıl zenginlerin kasaya çağrılması talebine ilişkin olarak Lahnstein şunu açıkladı. “Ben. bütçe problemlerimi sadece zenginlere başvurmakla çözemem, onlar tek başına gerekli meblağı yerine getiremezler”. Diğer bir deyişle bu, sadece kitlenin yerine getireceği anlamına gelir. Gelecek yılın devlet bütçesindeki “açıklığı” kapatmak için (şimdilik 10 milyar dolayında tahmin edilmektedir) yeniden milyonlarca emekçinin kasaya çağrılması öngörülmektedir.

Çünkü Maliye Bakanı Lahnstein yukarıda kendisinden yaptığımız alıntıda milyonerleri kasaya çağırmanın güya bir şey sağlamayacağını belirtmektedir.

Bugün Lahnstein’in başvurduğu aynı sahte yöntemle dün de eski Maliye Bakanı Matthöfer çalışıyordu. Ancak gerçek olan şu ki, bugün Federal Almanya’da sayıları 100 milyonun üzerinde olan milyonerlerden yüzde 50 kesinti yapılacak olsa, bu 20 milyar Mark Bonn Devlet bütçesine getirir. İşte bugün yerli ve yabancı emekçilerin daha da kemerleri sıkmasını sağlamak, onları soyup soğana çevirmek isteyen Bonn’daki sosyal tasarruf bakanlarının istemediği de tam da budur. Onlar, kapitalistlerin sorumluları oldukları devlet bütçesindeki açıklığı kapatmak için bugün gene kapitalistlerin lehine emekçilerin üç beş kuruşluk aylıklarına göz dikmekteler. İşverenlere daha bu yıl yüzde 10’luk yatırım zammı hediye edildi. Ve gelecek yılın devlet bütçesi için ise Genscher “yeni yatırımların teşvik edileceğinden” söz etti ki, hiç kuşkusuz buna SPD’li bakanlar da karşı çıkmayacaklardır.

Biz, çalışan insanlar her yıl sosyal haklarımıza açımasızca düzenlenen bu saldırılara karşı sessiz kalamayız. Sosyal haklarımıza düzenlenen saldırıları geri püskürtmek için bugün her tarafta kızışmaya başlayan direnişi daha yoğunlaştırmalı ve yaygınlaştırmalıyız. Burada özellikle de sendikalara büyük görevler düşmektedir. Onlar, yerli ve yabancılardan oluşan Alman işçi sınıfını mücadeleye seferber etmek için çeşitli mücadele metodlarına başvurmalıdırlar. Sosyal haklarımıza düzenlenen bu saldırılara karşı mücadelenin yönelimini, bunalımın faturasını zenginlere ödettirmek oluşturmalıdır. Bunalımdan ağır bir şekilde etkilenen biz emekçiler değil, örneğin kitlesel işsizlikten sorumlu olan patronlar kapitalist krizin yükünü taşımalıdırlar. Bunun için partimiz KPD şunu talep ediyor:

★Silahlanma giderleri en az yüzde 20 oranında düşürülmelidir! Banka ve tekel kârlarının vergileri çok tesirli bir şekilde yükseltilmelidir!

★Senelik gelirleri 120 000 Mark’ın üzerinde olan miktar fiili olarak vergilendirilmelidir. Kişi başına yıllık gelirleri 80 000 DM’nin üzerinde olan şahıs ve anonim şirketlerinin gelir ve kâr vergileri yükseltilmelidir.

★Bankaların, tekellerin, ve aşırı kârlar elde edenlerin tüm vergi borçları uzlaşmaz bir şekilde toplanmalıdır! Ekonomik yolsuzluklara karşı önlemler alınmalıdır!

(„ Neue Angriffe auf sozialen Besitzstand“)

Yabancı düşmanlığını protesto etmek amacıyla

Bir Türkiyeli kendini yaktı

HAMBURG. — 28 Mayis’ta Hamburg’ta Semra Ertan adlı Türkiyeli bir kız kendini sokak ortasında yaktı. 25 yaşına giren Semra, doğum gününde, Batı Almanya’da yabancılara yapılan baskıları, saldırıları ve insanlık dışı uygulamaları protesto etmek amacıyla bu yolu seçeceğini daha önce yaptığı bir röportajında belirtiyor. Onun bu girişimi son dönemlerde giderek daha da yoğun bir şekilde kışkırtılan yabancı düşmanlığına karşı, aynı zamanda Türkiye ile Batı Almanya arasında yapılan insan ticaretine karşı ümitsizliğe itilen bir insanın protestosudur. Hiç kuşkusuz gencecik Semra’nın yaşadığı bunalım, bugün binlerce göçmen işçinin içinde bulunduğu bunalımın yansımasının gerçek bir örneğidir.

Semra Ertan eyleminin amacını duyurmak için olaydan iki gün önce NDR ve ZDF muhabirleri ile bir konuşma yaptı ve kendisini yakacağını bildirdi. Kendisi ile yapılan ayrıntılı bir konuşmadan sonra gerek iki muhabir gerekse de Semra’nın arkadaşları onun bu protesto yolu seçmekten vaz geçtiği kanısına varıyorlar. Ne yazık ki, onlar büyük bir yanılgı içine düşüyorlar.

Semra eyleminden önce yabancılar üzerine yazdığı şiir, mektuplarında, yazılarında ve son olarak iki radyo muhabiri ile yaptığı röportajda çok açık bir şekilde bugün yabancıların içinde bulunduğu durumun sorumlularının halklar olmadığını ortaya koyuyor. Eyleminden önce yabancıların durumuna ilişkin olarak yaptığı röportajda şöyle diyor: “Türklerin de Almanlarında bunda suçu yok. Çünkü Türkiye döviz, Almanya işgücü istiyor. Beni vatanım bu ellere bir üvey evlat gibi sattı. Orada da üvey evlat, burada da üvey evlat durumundayız. Ve birde bu yetmivormuş gibi, bizden döviz ve hoşnutsuzların sakin olmasını istiyorlar. Ülkem beni Almanya’ya sattı. Benim adım yabancı. (...)”

“Düşünün bir kere. 1961 yılında bizler buraya geldiğimizde ‘Hoşgeldiniz’, ‘misafir işçiler’ diyerek karşılamıştılar! Ama bunları sadece iş gücümüz için yapmışlar (...)”

Olaydan önce Semra Ertan, yabancı düşmanlığına karşı protestosunu duyurmak için Kiel’de, açlık grevine başlamıştı.

Türkiye’deki cuntanın borazanlığını yapan gerici ve faşist Türk basını Semra’nın bu eylemini gazetelerde büyük puntolarla yayınlayarak, Alman halkına karşı kışkırtmaya giriştiler. Faşist ve gerici Türk basını bir taraftan bunu yaparken, öte yandan ise Türkiye’den gelen göçmen işçilerin bu durumunun sorumlularından biri olan Türk hakim sınıflarını ve onların sözcülüğünü yapan cuntayı tamamen sorumluluk paylarından aklamaktadır. Onlar böylece yabancı düşmanlığına ağır darbelerin indirilmesinin ön koşulu olan yerli ve yabancı emekçilerin birbiriyle kaynaşmasını önlemek, Türkiyelilerde Alman halkına düşmanlık tohumları ekmek istemekte, dolayısıyla gerek cuntaya gerekse de Batı Alman burjuvazisine hizmetlerini sunmaktalar.

Semra, Türkiyeli göçmen işçilerin içinde bulunduğu bu durumun sorumlularının sadece Batı Alman makamlarının değil, aynı zamanda Türk yöneticilerinin de olduğunu vurguluyor. Ama faşist ve gerici Türk basını ise sorunu sadece tek bir yöne kanalize etmeye çalışıyor.

Semra’nın yabancı düşmanlığını kınamak amacıyla ümitsizliğe itilmesinin bir sonucu olarak gencecik yaşamına kıyması, yerli ve göçmen işçilerin, anti-faşistlerin yabancı düşmanlığına karşı ortak savaşımı daha kızıştırmalarının gerekliliğine işaret etmektedir.

Lübeck’te NPD’nin parti kongresi protesto edildi

(Halk Muhabiri) 22 Mayıs’ta faşist NPD Schleswig-Holstein’de Eyalet Parti Kongresi’ni yaptı. Son yıllarda küçük şehirlerde parti kongresini yapan NPD bu kez ise saldırgan bir şekilde ortaya çıkmak istiyordu.

Haberin duyulmasının ardından özellikle sendikalar içinde “Naziler Lübeck’ten defolun” şiarı altında bu parti kongresinin engellenmesi için bir hareket gelişmeye başladı. Böylece anti-faşistlerin bugün yürüyüş yapabilecekleri tek bir yer, yani faşistlerin toplandığı yer söz konusu olacağı başından açık olan birşeydi. Ne varki anti-faşist sendikal eylem beklediğimiz şekilde yapılmadı. DGB Yönetimi tarafından parti kongresinin tam da başladığı anda, onun yapıldığı yerden 15 km uzakta tüm eylemin yerine kısa yoldan şehir merkezinde bir miting yapıldı. Ve daha önce kararlaştırılan şiarın yerini ise “Demokratik Anayasanın savunulması” şiarı aldı. Hiç kuşkusuz bu tür bir eylem giderek daha da saldırganlaşan Nazilere karşı gerekli olan direnişin en küçük bir bölümünü bile yerine getirmedi. Çünkü bu eylem pratik olarak yapılmasını umduğumuz birleşik eylemin bölünmesine yol açtı. Burada özellikle diğişik yönde bir adım atmak yerine VVN (Nazi rejiminin takibine uğrayanların Birliği, DKP’nin siyasi etkisi altında) ve DKP’nin DGB eylemine sorumsuzca katılma tavrınada dikkati çekmek istiyoruz.

Buna rağmen içinde partimiz KPD’nin de aktiv olarak yer aldığı ve *Volksfront*’unda eyalet çapında seferberlik yaptığı NPD’ye karşı bir eylem konuldu. Parti Kongresi’nin yapılmasını engellemek amacıyla sabahın erken saatlerinde yaklaşık 300’e yakın anti-faşist bir araya geldi. Ne varki kongrenin yapılacağı alan kalabalık bir polis sürüsü tarafından sistematik bir şekilde kordon altına alınmıştı. Ve onlar faşist provokasyonların koruyuculuğuna hazırlanmıştılar. Böylece anti-faşistlerin artık alana girmesi söz konusu değildi.

Bu esnada DGB’de 20 dakika (!) süren mitingini yapıyordu. Bu mitingte *Volksfront* bugünde mücadele de anti-faşistlerin birlikte hareket etmesini sağlamak için mitinge katılan kitleyi Schlutup’ta bulunan anti-faşistlerle birlikte yürüyüş yapmaya çağırdı.

Ancak bu ortaklaşa eylem yapılamadı. DGB’nin eylemine 200 kişi katılmıştı ve bunlardan bazıları bu eylemi olumlu bir eylem olarak görüyordu (daha sonra bazıları ise Schlutup’a geldi). Aralıksız olarak yağmurun yağması da kitlenin bu eyleme katılma isteğini kırıyordu. Ayrıca yağmurun yağmasından ve yoğun polis seferberliği yapılmış olmasından dolayı zor durumda olan anti-faşistlerin böylece parti kongresinin yapıldığı yerde bir yürüyüş daha yapmaları anlamını yitiriyordu.

Nazilerin parti kongresi şehirde ortalığı karıştırdı, hatta işyerlerinde bile bunun üzerine tartışmalar sürdürüldü. DGB’nin baştansavma tavrı daha etkin ve özellikle de birleşik bir anti-faşist eylemin yapılmasını önledi.

NPD’ye karşı eylem, anti-faşistlerin Nazilere karşı mücadelede kendilerinin boş çağrıların yapıldığı arabanın önüne bağlanmalarına izin vermediklerinin bir işaretidir. Nazilere karşı sadece protesto yapmak yeterli değildir. Anti-faşistlerin önünde kendilerinin de Nazilerin faaliyetlerini engelleme görevi durmaktadır. Çünkü biz onların tekrardan yayılmalarına göz yumamayız. NPD’nin bu parti kongresinin gelecek yıl Schleswig-Holstein’de yapılacak eyalet meclisi seçimleri için “yabancıları durdurun listesinin” adaylığı üzerine görüşme görevini de olduğunu göz önünde bulundurmalıyız.

(„Heftige Proteste gegen NPD Landesparteitag in Lübeck“)

“Kızıl Şafak”a abona bulma yarışmasına katılalım!

“Kızıl Şafak” 15. yayın hayatını doldurmasından ötürü devrimci bir yarışma düzenledi. Bu yarışmalar yerel parti örgütleri arasında “Kızıl Şafak”ın satımını artırma, gazeteye abone bulma ve yazılı anlatım temelinde olmak üzere üç ayrı konu şeklinde yürümektedir. Bu üç ayrı yarışmaya katılıp ve kazananlar için çeşitli armağanlar verilecek. Ancak “Kızıl Şafak” Türkçe Yazı Kurulu’ndaki imkânlarımızın darlığından dolayı biz Türkiyeli okuyucuları “Kızıl Şafak’a abone bulma yarışmasına” katılmaya çağırıyoruz. Bu yarışmaya “Kızıl Şafak”ı okuyan herkes katılabilir. Yarışma 1 Eylül 1982’ye kadar sürecek. Yarışmaya katılmak isteyenler en geç 15 Ağustos’a kadar abone yaptıkları arkadaşların isimlerini aşağıdaki abone fişini doldurarak yazı kuruluna bildirmiş olmaları lazım. Herkes tanıdığını, iş arkadaşını gazeteye abone ederek “Kızıl Şafak”ın en geniş yığınlara ulaşmasını sağlayabilir. Yarışmayı birincilikle kazanan okuyucu Arnavutluk SHC’ye düzenlenen bir geziye katılacak. Diğerlerine ise çeşitli kitaplar armağan edilecek.

“Kızıl Şafak”a abone bulma yarışması

Ben, aşağıda ismi yazılı olanları “Kızıl Şafak”a abone ettim. Bunun için bende yarışmaya katılıyorum.
Abone sayı: ,1982 tarihinden itibaren başlayacak. Aboneler için bilinen genel kurallar geçerlidir.

Yarışmaya katılanın adı: ....

Cadde: ....

Şehir: ....

Abone olanın adı: ....

Cadde: ....

Şehir: ....

(Formülü doldurduktan sonra kesip bir zarfa koyarak KŞ adresine gönderiniz)

DÜZELTME

“Kızıl Şafak”ın geçen sayısında 2. sayfada “Kızıl Şafak”a abone bulma yarışmasına katılalım” başlıklı yazıda bir dizgi hatası olmuş. Doğrusu şöyle (...) Bu yarışmaya “Kızıl Şafak”ı okuyan herkes katılabilir. Yarışma 1 Eylül 1982’ye kadar sürecek. Yarışmaya katılmak isteyenler...
Düzeltir özür dileriz.

KPD Merkez Yayın Organı’na abone ol!

„KIZIL ŞAFAK“ı ......sayısından itibaren ısmarlamak istiyorum

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!
KIZIL ŞAFAK
Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

O yıllık 60 DM O 6 aylık 30DM O Deneme sayısı

Adı ve Soyadı: ....

Cadde: ....

Şehir: ....

Tarih: .... **İmza:** ....

Başvurudan sonra elinize bir formül geçecek. Ödemeyi bu formülle yapınız. Abone ücreti ödenmeden önce gazete gönderilemez. Deneme sayısı ücretsizdir.

Bu formülü doldurduktan sonra kesip şu adrese postalayınız:
Verlag “Roter Morgen”, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26 4600 Dortmund 30.